Mittwoch, 26. Juni 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 145 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Extremisten:** Im Saarland wird als erstem Bundesland der Extremistenbeschluß aufgehoben, entschied die SPD-Regierung. Er habe dem Ansehen der Bundesrepublik sehr geschadet, weil damit ein Klima der Angst vor Gesinnungsschnüffelei erzeugt worden sei, erklärte Innenminister Läpple. Bonn sieht allerdings keine Änderung der Rechtslage, da das Beamtenrecht, das sich gegen Extremisten im öffentlichen Dienst richtet, in allen Ländern gelte.

**RAF:** Anklage hat Generalbundesanwalt Rebmann gegen Helmut Pohl und Stefan Frey erhoben. Sie werden beschuldigt, der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion" anzugehören.

**Datenbanksysteme:** Bis 1988 will der Bund 939 Millionen Mark für den weiteren Auf- und Ausbau von Datenbanksystemen zur Verfügung stellen, beschloß das Bundeskabinett.

**Terror:** Beim Treffen mit US-Vizepräsident Bush hat sich Helmut Kohl gestern zu einer umfassenden Kooperation bei der Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus bereit erklärt. Bush überreichte dem Bundeskanzler einen Brief von Präsident Reagan. (S. 8)

**Anschlag:** Die Explosion einer Gaspipeline in Luxemburg in der Nacht zum Montag ist das Werk von Attentätern. In der Nähe des Tatorts wurden Reste eines Sprengsatzes gefunden.

**Mitterrand:** Im Herbst kommt der französische Staatspräsident zu einem offiziellen Besuch nach Berlin, teilte der Regierende Bürgermeister Diepgen mit.

**Großbritannien:** Im Zusammenhang mit einer geplanten Bombenserie der IRA hat die Polizei in zwölf Badeorten insgesamt 15 Personen festgenommen.

### WELT-Report Bayern

Das Schlagwort vom wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle hat sich längst ins Gegenteil gekehrt. Aus dem Agrarland Bayern ist ein moderner, industriell geprägter Staat geworden. Wie der 48seitige WELT-Report zeigt, braucht der Freistaat keinen Vergleich zu scheuen. Doch trotz des wissenschaftlich-technischen und industriellen Fortschritts hat Bayern nichts von seinem guten Ruf als Ferienland verloren.

### WIRTSCHAFT

**Sondergutachten:** Die „Fünf Weisen" kritisieren den seit 1983 zu beobachtenden Anstieg der Subventionen in Milliardenhöhe. (S. 2 und 9)

**Marktöffnung:** Die japanische Regierung hat beschlossen, die Zölle für 1850 Produkte vom kommenden Jahr an um 20 Prozent zu senken. Die Maßnahme ist Teil des angekündigten „Aktionsprogramms" zur Marktöffnung. (S. 9)

**Auto:** Der Anteil japanischer Pkw an den Neuzulassungen in der Bundesrepublik hat einen neuen Höchststand erreicht. Von den 1,05 Millionen Erstanmeldungen von Januar bis Mai kamen 13,2 Prozent aus Japan. Der Ausländeranteil insgesamt beläuft sich für die ersten fünf Monate des Jahres auf 30,6 Prozent.

**Börse:** Bei lebhaften Umsätzen war die Tendenz am Aktienmarkt uneinheitlich. WELT-Aktienindex 200,0 (200,9). Am Rentenmarkt gingen die Kurse leicht zurück. BHF-Rentenindex 103,096 (103,095). Performance-Index 103,828 (103,767). Dollar-Mittelkurs 3,0604 (3,0730) Mark. Goldpreis je Feinunze 315,50 (314,65) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



» Die Gleichung ‚Spende gleich Einflußnahme auf Entscheidungen' ist falsch. Wer einen solchen Automatismus behauptet, will unsere Demokratie schädigen. «

Der Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses, Manfred Langner (CDU), zu der undifferenzierten Kritik an Spenden für politische Parteien.
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

### KULTUR

**Oper:** Bei der Uraufführung 1831 hatte Giacomo Meyerbeers „Robert, der Teufel" noch großes Aufsehen erregt, doch diesmal löste die Pariser Premiere der Oper, in Ausstattung und Regie von Petrika Ionescu, beim Publikum nur Verlegenheit aus. (S. 17)

**Ausstellung:** Die Villa Favorita in Lugano sonnt sich derzeit im Glanz der „Meisterwerke aus ungarischen Museen". Unter den 57 Leihgaben befinden sich auch sechs Tafelbilder anonymer Meister des 15. Jahrhunderts, die im Westen kaum bekannt sind. (S. 17)

### SPORT

**Schwimmen:** Der 15 Jahre alte Peter Sitt aus Bonn hat bei den deutschen Meisterschaften einen Rekord von Doppel-Olympiasieger Michael Groß gebrochen. Über 200 m Kraul war er um 22 Hundertstelsekunden schneller als Groß im gleichen Alter. (S. 7)

**Fußball:** Die Polizei in Liverpool gab die ersten Verhaftungen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen vor dem Europapokal-Finale in Brüssel bekannt. Über die Anzahl der Festnahmen machte die Polizei keine Angaben.

### AUS ALLER WELT

**Nationalparks:** Das amerikanische „National Park System" besteht aus insgesamt 333 einzelnen Stätten, darunter Landschaften, Denkmäler oder auch Schlachtfelder. Das Budget hierfür wurde jetzt um 30 Prozent gekürzt. Darunter leiden vor allem die Nationalparks, die besonderer Pflege bedürfen. (S. 18)

**Sonnenenergie:** Das erste Solarmobil-Rennen der Welt wurde gestern in Romanshorn gestartet. Insgesamt 42 Teilnehmer kämpfen auf der 368 Kilometer langen Strecke bis Genf um die Siegprämie von rund 40 000 Mark.

**Wetter:** Stark bewölkt, zeitweise Regen. 16 bis 19 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Banken halten Stoltenbergs Zinskritik für unbegründet

## „Wettbewerb läßt überhöhte Spannen nicht zu" / Seit Monaten sinkende Tendenz

cd. Frankfurt

Nicht gerade erfreut, aber doch gelassen nimmt das Kreditgewerbe die Kritik des Bundesfinanzministers an den „überhöhten" Zinsspannen und seine Aufforderung hin, die Zinsen „im Interesse der Bürger und Investoren" zu senken. Die Banken und Sparkassen haben diesen Vorwurf von Gerhard Stoltenberg schon öfter gehört. Sie halten die Kritik für sachlich unbegründet. In Gesprächen unter vier Augen, natürlich nicht in Stellungnahmen für die Öffentlichkeit, werfen Geldmanager dem Finanzminister mangelnden Einblick in die Zinslandschaft vor. Seine unrichtigen Darstellungen würden auch nicht dadurch richtig, daß er sie mehrfach wiederhole.

Die Zinsen würden vom Markt bestimmt, und da herrsche ein harter Wettbewerb, kontert das Gewerbe. Bei dem nicht gerade sehr lebhaften Kreditgeschäft sei jede Bank bemüht, Kredite zu verkaufen, und da, so heißt es, könne man es sich einfach nicht leisten, überhöhte Kreditzinsen zu kassieren, weil die Kunden sonst zur Konkurrenz wegliefen. Ebenso würden die Zinsen für Einlagen vom Markt diktiert. Wer aus den in den Kassenhallen ausgehängten Einlagezinsen, besonders für Spareinlagen, auf eine unzureichende Verzinsung und damit auf eine überhöhte Zinsspanne der Banken schließe, erliege einer optischen Täuschung.

Tatsächlich verraten diese Zinsen nur die halbe Wahrheit. Ein großer Teil besonders der Spargelder wird weitaus höher verzinst, sei es durch die Zahlung eines Bonus oder durch die Vergütung marktnaher, von der Konkurrenzlage bestimmter Sätze für die diversen Sondersparformen. Immer mehr Kunden, Anleger oder Kreditnehmer, nutzen die Chancen des Wettbewerbs zum Aushandeln der Zinsen, wobei natürlich größere Kunden in einer stärkeren Position sind als Kleinkunden.

Die weniger beweglichen Zinssätze für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist oder für Ratenkredite können also nicht als repräsentativ für die gesamte Zinslandschaft angesehen werden, betonen die Banken – und das mit Recht. Denn die übrigen Zinsen sind praktisch dauernd in Bewegung. So sind zum Beispiel die Sparbriefzinsen von Januar bis März um rund einen halben Prozentpunkt gestiegen. Bei den Zinsen für Kontokorrentkredite passierte dagegen in der gleichen Zeit praktisch überhaupt nichts. Infolgedessen sind die Zinsspannen im ersten Quartal sogar gesunken. Diese „Klage" war auf den Bilanzpressekonferenzen von Banken und Sparkassen denn auch immer wieder zu hören. Seit April rutschen die Zinsen allerdings erneut, und zwar die für Einlagen ebenso wie diejenigen für Kredite.

Bereits im letzten Jahr waren die Zinsmargen bei sehr vielen Banken und Sparkassen geschrumpft, nachdem sie allerdings 1983 das höchste Niveau seit 1975 erreicht hatten. Das sei dem Bundesfinanzminister offenbar entgangen, heißt es im Kreditgewerbe; im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Zinsen für Hypotheken im Gleichschritt mit den Kapitalmarktzinsen jetzt auf den niedrigsten Stand seit Ende der siebziger Jahre gesenkt worden seien.

## DER KOMMENTAR

### *Geldgewerbe*

CLAUS DERTINGER

Kein Unternehmer läßt sich gern unter die Nase reiben, er nehme zu hohe Preise, wie es der Bundesfinanzminister dem Kreditgewerbe vorgeworfen hat. Darüber und über die mit dieser Kritik verbundene Aufforderung, die Zinsen zu senken, könnten die Banken und Sparkassen zur Tagesordnung übergehen, wenn diese Äußerungen nicht unausgesprochen dem Geldgewerbe eine gehörige Portion Mitverantwortung für eine einigermaßen flotte Weiterfahrt der Konjunktur zuschöben.

Die Banken haben Argumente zur Hand, warum ihre Zinsspannen nicht überhöht sind. Tatsache ist allerdings, daß die Spannen trotz einer inzwischen eingetretenen Schrumpfung noch überall im Gewerbe für zufriedene Mienen sorgen. Es ist jedoch eigentümlich, daß sozusagen mit staatlicher Autorität das kritisiert wird, was überall sonst in der Wirtschaft als wünschenswert gilt, nämlich gute Gewinne einzufahren. Gerhard Stoltenberg scheint da etwas von den Emotionen gegen „das große Geld" durchschimmern zu lassen, die in unserer Gesellschaft trotz der seit der Bonner „Wende" insgesamt positiveren Einstellung zum Gewinn immer noch vorhanden sind.

Es ist sicherlich richtig, daß Banken eine größere volkswirtschaftliche Verantwortung haben als manche anderen Branchen, und daß sie daher kritischer unter die Lupe genommen werden. Aber deswegen sind sie noch lange keine Wohltätigkeitsunternehmen. Sie können ihre gesamtwirtschaftlichen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn eine ordentliche Ertragskraft auch die geschäftlichen Risiken absichert. Die vielen Bankpleiten in den USA sollten eine Mahnung sein.

Im übrigen sorgt der Markt schon dafür, daß beim Geldverdienen die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Nur bleibt das manchem Außenstehenden, der nur die Spanne zwischen dem Spareckzins und den Kosten für Ratenkredite vor Augen hat, verborgen. Wenn immer wieder geklagt wird, Kredite seien zu teuer, dann ist das nicht anders als an den meisten anderen Märkten, an denen die Käufer glauben, die Lieferanten verlangten zu hohe Preise.

Da kann man nur einen Rat geben: Hart um Konditionen verhandeln. Gerade jetzt, nachdem die Bundesbank mehrfache Zinssenkungssignale gegeben hat, ist die Zeit dafür nicht ungünstig. Niemand sollte sich mit dem Argumet abspeisen lassen, die Bundesbank müsse erst den Diskont- oder Lombardsatz senken.

# Piloten fordern schärfere Kontrollen

## Tokioter Bombe war vermutlich für Air-India-Maschine bestimmt / Fahndung nach zwei Sikhs

DW. Bonn

Mit der Anregung, die Sicherheitskontrollen bei Linienflügen auch auf das „geladene Gepäck konsequent auszudehnen", hat sich der Präsident der Pilotenvereinigung Cockpit, Hubertus Maßmann, in die Diskussion um eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen eingeschaltet. Wie Maßmann im Bayerischen Rundfunk sagte, ließe sich damit der Sicherheitsstandard auch auf deutschen Flughäfen noch verfeinern. Seit den Bombenanschlägen wird in Zusammenarbeit mit den Ländern, der Lufthansa und den Flughafen-Direktoren geprüft, wie die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt werden können. (WELT v. 25. Juni)

Von Experten wurde allerdings darauf hingewiesen, daß verstärkte nationale Kontrollen nur dann wirksam sind, wenn auch die Schwachstellen im internationalen Luftverkehr ausgeräumt würden. Maßmann nannte dabei als problematische Flughäfen Athen, Beirut und Teheran. Heute wird in Athen eine Delegation der Internationalen Transportvereinigung IATA mit einer Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen des Flugplatzes beginnen. Auch eine Delegation des Bundesinnenministeriums hat in den vergangenen Tagen darüber in Athen Gespräche geführt.

Sowohl in Kanada als auch bei japanischen und indischen Behörden verstärkt sich der Eindruck, daß der Tokioter Bombenanschlag und der Absturz des Air-India-Jumbos „miteinander verbunden" sind. Die kanadische Zeitung „The Globe and Mail" berichtete, daß zwei Sikh-Extremisten in Toronto Gepäck für den Flug Vancouver–Tokio aufgegeben hatten, aber den Flug nicht antraten. Japanische Ermittlungsbehörden vermuteten, daß es sich bei dem in Tokio explodierten Gepäckstück ursprünglich um Transit-Gepäck handelte. Möglicherweise explodierte die Bombe, weil ihr Zündmechanismus defekt war, bevor der Koffer umgeladen werden konnte.

Die Ermittlungen der kanadischen Polizei konzentrieren sich nun auf die beiden Sikhs. Ihre Namen wurden mit Lal Singh und Ammand Singh angegeben. Nach Auskunft des Air-India-Büros in Tokio sollen sie am Sonntag einen Flug von Tokio nach Bombay gebucht und dabei angegeben haben, daß sie als Transit-Passagiere nach Tokio kommen würden. Ein kanadischer Sicherheitsbeamter sagte, es handele sich um dieselben Männer, die die amerikanische Bundeskriminalpolizei FBI verdächtigt, einen Mordanschlag auf Indiens Ministerpräsidenten Gandhi während seines USA-Besuches geplant zu haben.

Seite: Zweifel an Zeugenaussage

# Mainz erwägt den Gang nach Karlsruhe

Nea. Mainz

Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat jetzt die Absicht der Landesregierung von Rheinland-Pfalz bestätigt, vor dem Bundesverfassungsgericht klären zu lassen, ob die Abtreibung auf Krankenschein mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Gestern war dies Thema zum ersten Mal Beratungsgegenstand einer Kabinettssitzung. Ein Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt.

Vor der Sitzung erläuterte der Regierungschef seine Haltung: Es gehe nicht um eine Änderung des Paragraphen 218 und auch nicht um einen Vorstoß mit dem Ziel, jede Möglichkeit der Abtreibung auf Krankenschein zu beseitigen, sagte Vogel.

Die seit Jahren nicht zur Ruhe kommende Diskussion mache es aber nötig, durch eine Normenkontrollklage endlich klären zu lassen, ob die von der damaligen sozialliberalen Bundestagsmehrheit geänderte Reichsversicherungsordnung (RVO), die auch Schwangerschaftsabbrüche nach der sogenannten sozialen Indikation in die Liste der abrechnungsfähigen Leistungen einbezieht, in diesem Punkt gegen die Verfassung verstößt oder nicht. Vogel wies darauf hin, daß die rheinland-pfälzische Landesregierung damals zwar dem neuen Paragraphen 218, nicht aber der RVO-Änderung zugestimmt habe.

Eine feste Zusage an Bundeskanzler Kohl, nach Karlsruhe zu gehen, gebe es nicht, betonte Vogel. In Mainz wird jedoch mit einer positiven Entscheidung des Kabinetts gerechnet.

# Aktien des Hauses Springer zu 335 Mark

DW. Bonn

Der Verleger Axel Springer bietet 49 Prozent der Aktien seines Unternehmens zum Verkauf an. Vom 28. Juni 1985 an offeriert die Deutsche Bank AG die Papiere zum Preis von 335 Mark je Namensaktie zu nominal 50 Mark. Die Mindestzeichnung beträgt 100 Stück. Die Transaktion umfaßt nominal 83,3 Millionen Mark, das entspricht 49 Prozent des Grundkapitals der Axel Springer AG von 170 Millionen Mark. Die Aktien unterscheiden sich von denen großer Publikumsgesellschaften dadurch, daß ihr Weiterverkauf an die Zustimmung des Unternehmens gebunden ist. Mit dieser Konstruktion der „vinkulierten Namensaktien" will der Verleger verhindern, daß es zu einer Kapital- und Stimmenkonzentration kommt, die die verlegerische Unabhängigkeit gefährdet. Wenn die Plazierung durch die Deutsche Bank abgeschlossen ist, ergeben sich für die Axel Springer AG folgende Eigentumsverhältnisse: Im Besitz von Springer verbleiben 26,1 Prozent, das Verlagshaus Burda hält weitere 24,9 Prozent des Grundkapitals, der Rest der jetzt zum Verkauf stehenden 49 Prozent wäre dann Streubesitz. Wie das Unternehmen mitteilt, bleibe damit die Mehrheit in verlegerischer Hand. Die Aktien würden so gestreut, „daß sich hieraus weder ein unternehmerischer noch ein medienpolitischer Einfluß ableiten läßt". Ferner sei vorgesehen, die Aktien des Druck- und Verlagsunternehmens alsbald an den Börsen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München zum geregelten Freiverkehr zuzulassen.

Seite 9: Aktienmehrheit bleibt

# Kein volles Jahr Arbeitsplatzgarantie?

## Koalition sucht nach Kompromiß beim Erziehungsurlaub / Anspruch nur für Mütter

PETER JENTSCH, Bonn

In der Auseinandersetzung um eine Arbeitsplatzgarantie für Mütter, die im Rahmen des Bundeserziehungsgeldgesetzes eingeführt werden soll, suchen die Koalitionsfraktionen nach einem Kompromiß. Ein Koalitionsgespräch am Montagabend brachte kein Ergebnis; CDU und FDP beharrten auf ihren Standpunkten. In den Fraktionen wurde gestern nach Lösungen gesucht. Ein zweites Koalitionsgespräch ist für heute früh, sieben Uhr, angesetzt.

Der von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) vorgelegte Gesetzentwurf, der auch in der Union nicht unumstritten ist, sieht neben der Zahlung von Erziehungsgeld und einem Erziehungsurlaub eine Arbeitsplatzgarantie für Mütter für die Dauer eines Jahres vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betrachtet diese Arbeitsplatzgarantie als Kernpunkt einer „zukunftsorientierten Familienpolitik". Die FDP sieht in dieser „Garantie zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung" nach einem Jahr neue Erschwernisse für die Wirtschaft. Aus Kreisen der FDP verlautete gestern, die Fraktion sehe keinen Anlaß und auch zu wenig Entgegenkommen beim Koalitionspartner, um gegen ihren Parteitagsbeschluß zu handeln, der über den bestehenden Mutterschutz hinaus keine weitergehende Arbeitsplatzgarantie vorsieht.

Im Bundesfamilienministerium erwartet man dagegen „einen Kompromiß in nächster Zeit", da das Bundeserziehungsgeldgesetz Anfang 1986 in Kraft treten soll. Nach Informationen der WELT könnte dieser Kompromiß darin bestehen, die Arbeitsplatzgarantie über die bereits heute geltenden knapp acht Monate (Mutterschutzgesetz) hinaus zu verlängern, aber kein volles Jahr zu gewähren. Möglich erscheint auch, daß zum Schutz von mittelständischen oder Kleinbetrieben eine „Mittelstandskomponente" eingebaut wird, die Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung von der Arbeitsplatzgarantie ausnimmt. Darüber hinaus sollen Ausnahmeregelungen verankert werden, die Unternehmen etwa bei betriebsbedingten Rationalisierungsmaßnahmen von der Arbeitsplatzgarantie befreit.

Nicht durchgesetzt hat sich die Kommission Familienlastenausgleich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die in ihrem am 14. März 1985 vorgelegten Bericht „Familienpolitik im Wandel" noch für eine einjährige Beschäftigungsgarantie auch für erziehende Väter plädiert hatte. Ein Ehepaar hätte danach entscheiden können, wer den Erziehungsurlaub und damit die Beschäftigungsgarantie in Anspruch nimmt. Inzwischen hat man sich auf den Status quo geeinigt: Die Beschäftigungsgarantie soll nur für Mütter gelten.

# *Moskaus Drohung gegen TV-Satelliten*

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Ostblock hat eine neue Runde im Kampf gegen den grenzüberschreitenden Informationsfluß eröffnet. Fast zeitgleich drohten gestern die Sowjetunion und die „DDR" politische und technische Blockaden westlicher Satelliten-Fernsehprogramme auf ihren Territorien an.

Die Moskauer Nachrichtenagentur „Nowosti" stufte den „piratenhaften Fernsehfunk" über direktsendende Satelliten als „ideologische Aggression" ein; eine Formulierung, wie sie der Osten bereits im Vorfeld der KSZE-Vereinbarungen von Helsinki und in der Agitation gegen unliebsame Hörfunkstationen wie Deutsche Welle, BBC und Stimme Amerikas verwendet hatte. Jeder Staat sei „berechtigt, die ihm zugänglichen Maßnahmen" nicht nur „auf seinem Territorium, sondern auch im Weltraum" gegen einen „rechtswidrigen Fernsehfunk" zu ergreifen.

Das ist ein nicht zu überhörender Hinweis auf die Verstärkung des Störpotentials, das jetzt ausschließlich gegen Rundfunkwellen gerichtet ist. Rund 3000 Störsender „arbeiten" gegen Programme aus dem Westen. Hinzu kommen politische Pressionen auf Journalisten, die ein ungeschminktes Bild der Zustände in Osteuropa zeichnen.

Die Zeitschrift des „DDR"-Journalistenverbandes „Neue Deutsche Presse" sprach von einem „Informationsimperialismus der transnationalen Konzerne", der immer weiter expandiere. Das Blatt sieht Gefahren für die „nationale Souveränität, für die wirtschaftliche Stabilität und die kulturelle Identität vieler Staaten".

Beiden Attacken ist gemeinsam, daß hier einer „Neuen internationalen Informationsordnung" das Wort geredet wird. Das Prinzip der Informationsfreiheit soll durch eine „feste Ordnung in der Sphäre der internationalen Ausnutzung der Massenmedien, darunter auch verschiedener Fernsehkanäle" (Originalton Nowosti) aus den Angeln gehoben werden.

Der Ruf nach einer „Neuen internationalen Informationsordnung" erinnert an die jahrelangen Bestrebungen der Sowjets, über Länder der Dritten Welt in der UNO eine „Neue Weltinformationsordnung" durchzusetzen, die den freien Informationsfluß kanalisieren und die Informationsgebung an nationale Regeln binden sollte. Die freie Presse wurde als Medium des „kulturellen Imperialismus" angegriffen. Nur mühsam konnten die Versuche, Nachrichten und Meinungen nach ihrem „Wert" ideologisch zu sortieren, abgewehrt werden. Jetzt kommen die Zensur-Vokabeln, auf das Satelliten-Fernsehen bezogen, wieder zum Vorschein. Eine Kampagne um die Unterstützung auch von Entwicklungsländern, denen Moskau einen „Neokolonialismus" durch westliche Nachrichtenagenturen hatte einreden wollen, zeichnet sich ab. Zur Erinnerung: Die Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nation, Unesco, hatte sich zu einem Forum der Verfechter einer „neuen Weltinformationsordnung" machen lassen. Für die USA war das mit ein Grund, den Austritt aus der Unesco zu erklären.

Direkte „Gegenmaßnahmen" gegen westliche Nachrichten via Satellit, sprich die Störung von Sendungen aus dem Weltall, würden nach Experteneinschätzung soviel kosten wie das Senden an finanzieller Kraft erfordert. Also versucht es Moskau auf der politischen Schiene. Es besteht auf Regierungsabkommen, um „schädliche Einflüsse" für die Bevölkerung in der kommunistischen Hemisphäre abzublocken.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Wem nicht zu helfen ist

Von Rüdiger Moniac

In wachsender Zahl gibt es Ärzte in der Bundesrepublik, die ihren Eid, Kranken oder Verletzten zu helfen, erst durch eine politische Brille betrachten, bevor sie ihm folgen mögen. Diese Gruppe von Medizinern zählt sich zur Friedensbewegung und meint wie so mancher Pfarrer, Lehrer, Sozialarbeiter oder Architekt aus dem lilafarbenen Spektrum, der Sicherheitspolitik der Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit absprechen zu müssen. Diese Ärzte möchten den Menschen Angst machen mit der Behauptung, die Katastrophenmedizin mausere sich mehr und mehr zum Hilfsorgan einer in den Atomkrieg führenden Verteidigungspolitik.

Die Denkfigur, die das zwischen Angst und Ratio in den Köpfen – oder besser Gemütern – stimulieren soll, ist die Triage. So nennen Mediziner den Vorgang, wenn Ärzte bei vielen Verletzten entscheiden, wem zuerst geholfen werden muß; wer transportfähig ist, wem ärztliche Hilfe auch später noch Überleben verspricht und wer schließlich trotz Beistandes zum Sterben verurteilt ist. Die Politkämpfer im weißen Kittel behaupten, solche Art von Medizin sei unmenschlich, weil sie manchem ärztliche Hilfe verweigere und ihn dem Tode ausliefere.

Da die Sparte „Katastrophenmedizin" in der Bundesrepublik als Aufgabe und medizinisches Ausbildungsfeld erst spät definiert wurde, hat sie es schwer, sich in einer von Propaganda durchtränkten Atmosphäre, wie sie inzwischen so manchen Medizinerkongreß belastet, durchzusetzen. Denn die Triage zu verunglimpfen ist Unsinn. Denn häufig auch im Frieden müssen Ärzte – etwa bei schweren Unfällen auf der Autobahn – bestimmen, wem sie zuerst helfen, dem Schwerverletzten oder dem anderen, der mit ihrer Fürsorge eine sichere Überlebenschance erhält. Katastrophenmedizin, Triage und ähnliches haben nichts mit Kriegsvorbereitung zu tun. Sie gehören zu einem Land mit einer hochentwickelten Industrie und Infrastruktur, wo Unglücksfälle größeren Ausmaßes bis hin zu technischen Katastrophen möglich sind. In den Reihen der Mediziner muß deshalb die Zurechtweisung der politisierenden Angstmacher beginnen.

## Unser Unsriges

Von Joachim Neander

Unsere Wälder sind krank. Auf unseren Straßen wütet der Verkehrstod. Unsere Renten sind in Gefahr. Und unsere Kinder bedürfen um unser aller Zukunft willen des besonderen Schutzes unserer Gesellschaft. So reiht sich Phrase an Phrase. Medien und Politiker wetteifern nur so um das neue Unser-Gefühl, diese besitzanzeigende Variante des Wir-Gefühls. Wieso denn eigentlich „unsere" Wälder und „unsere" Kinder?

Es ist kurios, daß jetzt ausgerechnet linke Sprachkritiker die Inflation der Possessivpronomina aufs Korn nehmen. Da rügt einer zum Beispiel die Zeitungsformulierung „Menschenketten auf unseren Straßen" als perfiden Versuch, die Friedensbewegung aus der Gesellschaft auszugrenzen, indem der nachrüstungsbeflissene Teil der Bevölkerung die öffentlichen Straßen einfach für sich beschlagnahmt.

Ein anderer wittert hinter den Politikerfloskeln „unser Öl" und „unsere Rohstoffe" gar imperialistischen Besitzanspruch gegen die Dritte Welt und knüpft daran die Warnung: „In solcher Rede liegt eine Quelle für den Krieg." Wie schief und engstirnig dies ist, zeigen die eingangs erwähnten, ganz anderen Beispiele.

Was steckt wirklich hinter dem Unser-Gefühl? Optimisten werden sagen: staatsbürgerliche oder mitmenschliche Verantwortung aller für alle und alles. Doch es ist Mitverantwortung zum Nulltarif; es klingt eine plumpe Vertraulichkeit mit, die am liebsten alles vergesellschaftet, was ihr unter die Finger kommt: sogar „unsere Politiker" (auch die, die man nie im Leben wählen wird?) und „unsere Demonstranten".

Man sollte der Tendenz zur sprachlichen Vergesellschaftung, diesem etwas zu billigen Wir-Gefühl, nicht weiter nachgeben. Für Wälder, Renten und Kinder läßt sich auch ohne wolkige Mitbesitzansprüche eintreten. Mit dem Unser-Gefühl ist es wie in der Planwirtschaft: Wenn am Ende alles allen gehört, fühlt keiner sich wirklich verantwortlich.

## Desillusionierende Prawda

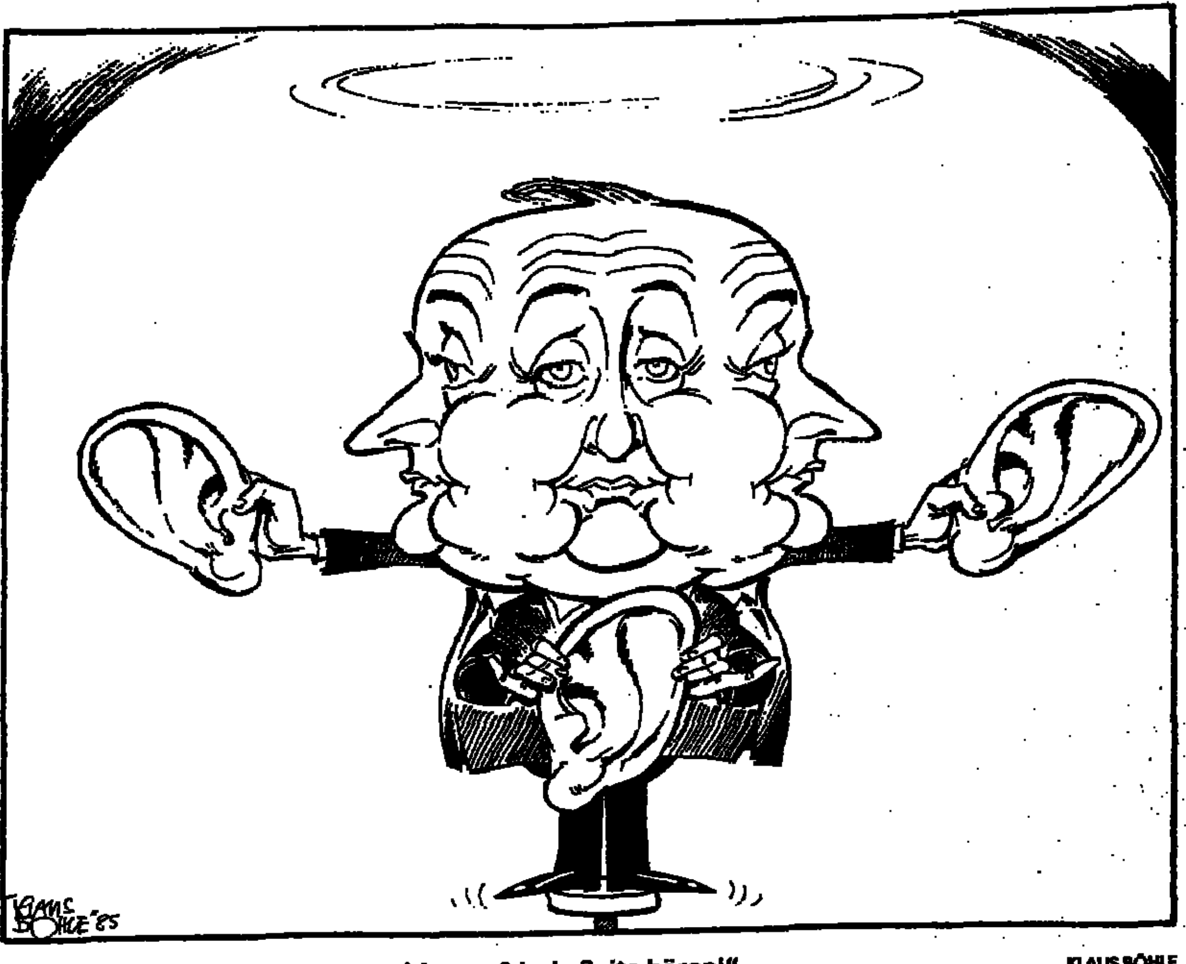
Von Carl Gustaf Ströhm

Zur Gipfelkonferenz der Regierungschefs der Comecon-Staaten, die gestern in Warschau zusammentrat, hat die sowjetische Führung auf die Pauke gehauen. In einem Artikel der Parteizeitung „Prawda" warnt der Kreml seine Bündnispartner und Vasallen vor jeglichen Eigenmächtigkeiten – vor allem aber verurteilt Moskau ausdrücklich jede unabhängige Außenpolitik kommunistischer Staaten (etwa die These von einer „Vermittlerrolle" der kleinen kommunistischen Regierungen zwischen UdSSR und USA). Ferner wird jede Wirtschaftsreform verdammt, die eine Schwächung der bisherigen zentralen Planwirtschaft und eine Stärkung des Privateigentums nach sich ziehen könnte. Schließlich wird den kleineren kommunistischen Ländern auch das Recht auf eigene, unabhängige Interpretation der kommunistischen Ideologie abgesprochen.

Der „Prawda"-Artikel muß auf alle jene Führungen in Osteuropa, die auf den neuen Kreml-Chef Gorbatschow als einen „Hoffnungsträger" wirtschaftlicher oder gar politischer Reformen gesetzt haben, wie eine kalte Dusche wirken. Was die „Prawda" verbreitet, erinnert in Ton und Inhalt an die fünfziger Jahre. Hier führte ein Dogmatiker, wenn nicht gar ein Neo-Stalinist die Feder.

Die Frage stellt sich: Ist das die Linie des neuen Generalsekretärs Gorbatschow? Sollte er so denken, dann wäre das meiste, was bisher über ihn im Westen verbreitet wurde, eine fromme Legende. Dann wäre der angebliche Reformer nichts anderes als ein Technokrat der Macht, der die im Inneren der Sowjetunion angelaufene Disziplinierungskampagne nun auch auf die Bruderländer ausdehnen möchte, um auf diese Weise „monolithisch" den USA entgegentreten zu können. Dann wären auch die Hoffnungen auf eine langsame Überwindung des Eisernen Vorhangs in Europa eine Illusion.

Handelt es sich aber nicht um die Meinung des neuen Parteichefs, dann kann man nur folgern, daß Gorbatschow nicht stark genug ist, um die Veröffentlichung solch dogmatischer Positionen im Parteiorgan zu verhindern. Das wäre ein Signal für Machtkämpfe im Kreml. In beiden Fällen läßt sich auch ein Zusammenhang mit dem sowjetischen Parteikongreß im Februar herstellen. Der Westen sollte sich jedenfalls vor Illusionen hüten.



„Man muß jede Seite hören!" KLAUS BÖHLE

# Immerhin: kräftiges Herz

Von Peter Gillies

Vertrauen ist der zentrale Nerv eines Wirtschaftsaufschwungs. Deswegen muß die Eingangsbemerkung der Fünf Weisen zu ihrem Sondergutachten nachdenklich stimmen. Sie lautet: „Unsicherheit hat sich eingestellt." Leicht ironisierend bemerken die Wirtschaftswissenschaftler, es bestehe derzeit ohnehin nicht der Eindruck, als verfolgte die Wirtschaftspolitik von Bund und Ländern ein glaubwürdiges Konzept zur Kräftigung des Wachstums und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. In der Tat – der Eindruck besteht nicht.

Fast hört man den Bundeskanzler mit seiner bekannten Erwiderung: „Ach ja, die Kerle mit der reinen Lehre..." Denen traut er manches zu, ausgenommen freilich ein Konzept, mit dem man Wahlen gewinnt. Nun pflegen Politik und Wissenschaft den Wirtschaftsorganismus aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu diagnostizieren und zu therapieren. Wer in regelmäßigen Abständen wiedergewählt werden will, hat eigene Maßstäbe. Will er etwas bewegen, muß er zuvor die Mehrheit erringen. Diesem Zwang unterliegen die „Ratgeber der reinen Lehre" nicht (jedenfalls nicht normalerweise).

Wer den überaus sensibel reagierenden und letztlich nicht erforschten Organismus einer Volkswirtschaft in regelmäßigen Abständen in Höchstform präsentieren muß, ist für längerfristige Ratschläge nicht unbedingt empfänglich. So unterliegen Politiker stets der Versuchung, zum Doping zu greifen, denn für den Prozeß einer ruhigen Gesundung fehlt ihnen zwar nicht das Geld, wohl aber die Zeit. Gleichwohl sollten sie sich den Mahnungen jener nicht verschließen, die vor Doping-Mißbrauch warnen.

In dieser Position eines unbequemen Mahners befinden sich die Fünf Weisen. Sie kritisieren die Politik für ihre Hektik, warnen vor übereilter Medikation, streichen die längerfristigen Entwicklungen heraus und predigen Gesundung aus eigener Kraft. So kann der Bundesregierung das Gutachten nicht in allen Teilen konvenieren, weil ihre kurzfristigen Zwänge andere sind. Andererseits wurzeln die Empfehlungen in der Wende-Logik des bürgerlichen Lagers, was diesem mehr als eine wehmütige Reminiszenz wert sein sollte.

Problem Nummer eins ist die bedrückende Arbeitslosigkeit. „Es gibt keine Therapie, die zugleich schnell, durchgreifend und dauerhaft Abhilfe schaffen könnte." Diese Binsenwahrheit wiederholen die Wirtschaftswissenschaftler wohl deshalb, weil die gegenteilige Ansicht in der Politik tief verwurzelt ist. Konjunkturprogramme helfen deswegen nicht (oder kaum), weil die Erwerbslosigkeit eben im Kern keine konjunkturellen Ursachen hat. Sie ist struktureller Natur: Die Unternehmen wachsen zu schwach oder reagieren zu träge, als daß sie für die jährlich um 200 000 bis 300 000 wachsende Zahl von Erwerbspersonen ausreichend rentable Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnten. Andererseits zeigt ein Blick auf das Arbeitskräfteangebot, daß mehr als eine Million Erwerbsloser nicht qualifiziert ist.

Bei anhaltend guter Konjunktur und einigen Handreichungen des Gesetzgebers sei es jetzt eine „Bringschuld" der Wirtschaft, neue Arbeitskräfte einzustellen, kontert die Regierung. Darin steckt ein massiver Vorwurf an die Wirtschaft. Er lautet: Sie könnte, wenn sie nur wollte, einige hunderttausend mehr einstellen. Das geht an der Realität vorbei. Gewiß sind auch Unternehmer dem Gemeinwohl verpflichtet, aber sie sind es gleichermaßen ihrem eigenen Unternehmen (und seinen Arbeitsplätzen). Niemand wird um der blauen Augen einer Regierung willen neue Leute einstellen, wenn er damit seinen Betrieb gefährdet. Ausdrücklich sei er davor auch gewarnt – die eigene Belegschaft dürfte es ihm danken.

Gleichwohl bedeutet das nicht Tatenlosigkeit. So gibt es gewiß Millionen von Überstunden, die in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln wären, auch bieten Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse manche Möglichkeit. Aber der Königsweg, der rasch in die Vollbeschäftigung zurückführt, sind sie nicht. Die Vorsicht gegenüber Einstellungen ist keine ideologische oder politische Uneinsichtigkeit, sondern die Folge der Erkenntnis, daß soziale Besitzstände und drückende Kostenblöcke jede Einstellung zu einem hohen Risiko machen. Es ist hausgemacht, weil der Arbeitsplatz vor allem nach dem Wunsch der Arbeitsbesitzer ausgefüttert ist, weit weniger nach den Interessen derer, die ihn suchen.



Kohl und Stoltenberg: andere Maßstäbe als die Fünf Weisen FOTO: SCHÜRING

Bei aller Kritik an der Bonner Wirtschaftspolitik – sie richtet sich gegen die zaghafte Steuerentlastung und den plötzlich ausgebrochenen Aktionismus mit „Programmen" – braucht die Bundesregierung jedoch nicht verzagt über die Zustandsbeschreibung der Fünf Weisen zu sein. Die konjunkturelle Dynamik bleibt ungewöhnlich lebhaft, ein krisenhafter Schock ist nicht zu erkennen. Die Investitionen, Herzmuskel der Wirtschaft, wachsen überaus kräftig, und „unter solchen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen wird die Anzahl der Beschäftigten weiter ansteigen", heißt es in dem Sondergutachten. Sie ist bereits 1984 geklettert, freilich nicht so stark, daß auch die Arbeitslosigkeit gleichermaßen zurückgeht, weil die geburtenstarken Jahrgänge nachrücken.

Bonn braucht die untaugliche Empfehlung, einige Verbrauchssteuern zu erhöhen, um die Einkommensteuern zu senken, nicht zu befolgen. Auch die von den Gutachtern wiedereröffnete Diskussion um die Einstufigkeit der Steuerreform kommt etwas spät, kratzt sie doch am Image des Bundesfinanzministers, der allseits als Garant der Konsolidierung empfunden wird. Aber eines darf die Regierung getrost annehmen: die Lage ist besser als die Stimmung, und bei einer Politik der ruhigen Hand, der verbesserten Wachstumsbedingungen sowie der nötigen Entschlossenheit sind auch Erfolge am Arbeitsmarkt keineswegs unmöglich. Den Weg zu diesem Ziel umschreiben die Fünf Weisen mit einer Vokabel: Kurstreue.

## IM GESPRÄCH Ricardo Bofill

# Alles – nur kein Wabenbeton

Von August Graf Kageneck

Er steht nicht einmal im französischen Who's who. Und die neuesten Lexika des Gastlandes widmen dem 44jährigen Katalanen aus Barcelona nur wenige Zeilen. Aber Tausende von Franzosen, die heute in den luftigen, provozierend kühnen Schöpfungen des Baumeisters wohnen, sind ihm weit über das hinaus, was papierener Ruhm sei kann, dankbar und sprechen ihm Anerkennung aus. Denn Ricardo Bofill hat den französischen Wohnungsbau umgekrempelt, erneuert, ja auf den Kopf gestellt und hat sich einen Teufel geschert um das, was die Kritiker über ihn schrieben. Und er hat sich nie auf Kompromisse eingelassen – wenn seine Entwürfe nicht gefielen, pfiff er auf die Aufträge.

Mittelgroß, drahtig und mit rebellischer, schwarzer Haartolle, eher einem Torero gleichend in seinen engen dunkeln Anzügen, trifft man ihn heute auf einem halben Dutzend von Bauplätzen zugleich; in Paris, dem Hauptfeld seiner Phantasie, aber auch in den Städten des Südens und vor allem in der riesigen Bannmeile der Hauptstadt mit ihren schnell wachsenden Satellitenstädten. Bofill, ein Freund des früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, hat den nicht gerade mit Ruhm bedeckten französischen Wohnungsbau der Nachkriegszeit mit der unvergänglichen Marke seines Genies versehen. Er hat den Urbanismus Frankreichs mehr gezeichnet als irgend jemand sonst seit 1945. Das New Yorker Museum of Modern Art ehrt den Künstler daher (von morgen an) mit einer achtwöchigen Ausstellung.

Es ist nicht möglich, hier alle Monumente aufzuzählen, die sich der unermüdliche Erfinder mit seiner eigenen Architekturfirma „Taller de Arquitectura" in seinen Gebäuden gesetzt hat. Klassizistisch-bombastisch ist sein „Palacio d'Abraxas" im Ostpariser Kleine-Leute-Viertel Marne la Vallée, iberisch inspiriert seine „Arcade" in der bei Versailles entstandenen Satellitenstadt Saint-



Bofills Selbsteinschätzung: „Größter Baumeister seit Michelangelo" FOTO: AP

Quentin-en-Yvelines und unerhört kühn sein Palast „Die Stufen des Barocks" an der südlichen Pforte von Paris. Sie alle sind Wohnbauten, die nichts mehr gemein haben mit dem monotonen Bienenwaben-Beton, den zwei Generationen von Immobilienspekulanten der Nachkriegszeit zumuteten. Bei Bofill herrscht Luft und Lebensfreude, Schönheitstrunkenheit, hier fühlt man sich in die Antike oder die Romantik zurückversetzt, je nach der gerade vorherrschenden Laune des Schöpfers.

Bofill nennt sich in katalanischer Selbstüberschätzung den größten Baumeister seit Michelangelo. Bernini und Palladio sind seine Vorbilder. „Ich will Utopien realisieren", sagt er. Zuweilen allerdings wirft er mitten im Strom die Pläne über den Haufen: „Ein Bau dauert vom ersten Gedanken bis zu seiner Vollendung viele Monate. So lange kann mein Geist nicht stillhalten", erklärt er in rührender Einfalt. Nicht allen Freunden und Konkurrenten gefällt sein Stil. Und der Zeitgeist kann sich gerade in der Architektur schnell wandeln. Aber Bofill hat vorgesorgt: Er ist sicher einer der größten Steuerzahler Frankreichs.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Nordwest Zeitung

**Die Oldenburger Zeitung registriert Spannungen in der Koalition:**

Graf Lambsdorff tat kund und zu wissen, daß die freien Demokraten nicht geneigt seien, Kiechles Veto mitzutragen. Den deutschen Landwirtschaftsminister trifft noch am wenigsten Schuld an diesem Streit. Er konnte in dem guten Glauben handeln, das Kabinett stünde hinter ihm. Weit gefehlt. Auch Helmut Kohl läßt ihn jetzt allein. Die Auseinandersetzung um Kiechle, die Lambsdorff so forsch heraufbeschworen hat, könnte auch eine liberale Retourkutsche für die sich in den letzten Tagen häufenden Angriffe der CSU gegen die Außenpolitik des freien Demokraten Genscher sein. Nach dem Motto „haust du meinen Genscher, hau ich deinen Kiechle" kann man zwar immer wieder in die Schlagzeilen kommen, Vertrauen kann man so allerdings nicht gewinnen.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

**Sie lobt das Verhältnis Kohl/Stoltenberg:**

Dem Bundeskanzler wird auf verschiedenen Gebieten mangelnde Geschäftigkeit vorgeworfen. Auf einem Feld allerdings ist der Verzicht auf publikumswirksamen Aktionismus eine indirekte Leistung, deren Nachteil freilich ist, daß kaum jemand sie bemerkt und daß sie daher nicht wählerwirksam ist. Sie besteht darin, daß Kohl dem Bundesfinanzminister bei dessen Haushaltskonsolidierung beziehungsweise Sparkurs nicht in den Arm fällt, sondern ihm, auch gegen mancherlei Murren in der eigenen Fraktion, den Rücken freihält. Gerhard Stoltenberg hat soeben seinen Etatentwurf für 1986 vorgelegt, der diese Politik fortsetzt, die auf längere Sicht ebenso segensreich ist wie sie heute als beschwerlich empfunden wird.



**Die Kölner Zeitung kritisiert Abgeordnete:**

Ein 13. Monatsgehalt haben die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz sich genehmigt, nachdem ihre hessischen Kollegen den Vorreiter gespielt hatten. Der Scham-Damm ist damit durchbrochen – eine hervorragende Gelegenheit für alle anderen Parlamentarier, einen Schluck aus der Pulle zu nehmen. Zu normalen Zeiten wäre nicht allzuviel dagegen einzuwenden. Doch wenn Sparen die Devise ist?

### HAMBURGER MORGENPOST

**Sie sieht einen Trendwechsel in der Fußball-Bundesliga:**

War es nun vernünftige Einsicht, die da plötzlich regierte, oder war's ganz einfach der Rotstift? ... Erstmals blieb die Elite-Klasse vor einer neuen Saison von unverantwortlichen Millionen-Transfers verschont. Statt dessen setzten die Macher und Manager im Wirtschafts-Unternehmen Fußball-Bundesliga auf neugierige Nachwuchsspieler. Nach dem Motto „noch nie war es so leicht wie heute, Bundesligaspieler zu werden" drängen nun also Kicker wie Gommenginger, Kubik und Schmadtke auf den grünen Rasen, der für sie in erster Linie die Welt – und nicht viel Geld bedeutet. Deutschland ist eben nicht Italien, wo ... die Tifosi nach einem 90minütigen 0:0-Gekicke freudetrunken nach Hause schaukeln.

# Das Leiden in Uganda ist noch lange nicht zu Ende

**Gefangene dursten zu Tode – Erhöhte deutsche Entwicklungshilfe / Von Achim Remde**

Die Welle der Gewalt reißt in Uganda nicht ab. Rund sechs Monate vor den Parlamentswahlen häufen sich die Meldungen vor allem über Grausamkeiten der Rebellen; sie zerhacken ihre (mutmaßlichen) Feinde einfach mit Buschmessern. Auch, was Amnesty International vor kurzem schrieb, ist Horror: Autoreifen werden angezündet, so daß schmelzendes Gummi auf das Opfer tropft, eine glühende Heizspirale wird auf den Körper gedrückt, ein mit Paraffin getränktes Tuch um den Arm gewickelt und angezündet. Männern werden die Hoden mit Gerät zerquetscht, das eigentlich zum Kastrieren von Vieh dient. Auch vom Verhungern oder Verdursten der Gefangenen und von Vergewaltigung der Frauen ist die Rede.

Auch diese Täter sind von unabhängigen Beobachtern längst identifiziert: Es sind die Soldaten der Armee, die ironischerweise den Namen Nationale Befreiungsarmee (Uganda National Liberation Army) trägt. 1978/79 war sie hastig aus Regimegegnern, Arbeitslosen und Kriminellen gebildet worden, um (mit tansanischer Hilfe) dem Terrorregime des Idi Amin Dada das Ende zu bereiten. Seitdem ist sie ihrerseits zum Trauma des Landes geworden.

Zu Ostern predigte Kardinal Emanuel Nsubuga, Erzbischof von Kampala: „Ich wünsche, Jesus besucht das Gefängnis von Luzira, die Kasernen von Mbuya und Makindyia und die anderen Lager, um die Kerkermeister zu bekehren!" Ungewißheit herrscht über die Zahl der Opfer. Vor Jahr und Tag hat des Präsidenten Milton Obotes Regierung gesagt, daß 15 000 Bürger seit der Amtsübernahme (vor viereinhalb Jahren) von Soldaten ermordet worden sind. Andere Quellen nennen 100 000 bis 500 000. Uganda hat 14 Millionen Einwohner (Schätzung '82).

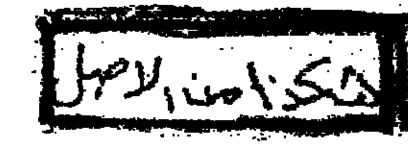
Das Ausmaß der Gewalt kann größer sein als zu Zeiten Idi Amins, der in das Monsterkabinett eingegangen ist. Die Armee hat damals auf seinen Befehl gemordet. Der Grad der Verantwortlichkeit Obotes hingegen ist unklar. Die UNLA ist schlecht bezahlt, schlecht ernährt und völlig disziplinlos. Ein Großteil der Übergriffe geht auf das individuelle Konto verwilderter Soldaten. Auf Befehl aber handeln sie im Kampf gegen die Rebellenbewegung Yoweri Musevenis, eines früheren Verteidigungsministers, der Obote Wahlfälschung vorwirft. Daß auch Museveni mit der Zivilbevölkerung nicht zimperlich umgeht, wurde bereits erwähnt. Fest steht, daß die UNLA das Leid, das sie der Zivilbevölkerung zufügt, mit der Notwendigkeit rechtfertigt, Musevenis Guerrilla zu fangen. Die Gefolterten sind angebliche Sympathisanten.

Kardinal Nsubuga und Paolo Ssemogerere, der Führer der parlamentarischen Opposition (Democratic Party), haben Obote aufgefordert, mit Museveni zu verhandeln und die Guerrilla zu amnestieren. Ohne Erfolg. Die übliche afrikanische Tendenz zur Einheitspartei ist bei Obote offensichtlich; auch die DP hat ihre Existenz wohl der Überzeugung zu verdanken, daß man mit Demokratie im Westen Kredit hat.

Wie dem auch sei, der Westen hat seine Bedingungen für Entwicklungshilfe reduziert. Nicht demokratisches Wohlverhalten, nur noch eine „vernünftige Politik" und ein Minimum an Wahrung der Menschenrechte werden gefordert. Im Vertrauen darauf hat die Bundesrepublik die Entwicklungshilfe von 27 Millionen Mark 1983 auf 46 Millionen 1984 erhöht. Als erste Anzeichen für eine Besserung der ruinierten Wirtschaft Ugandas auftauchten, gab man sich der Hoffnung hin, daß nun Frieden einziehen werde. Inzwischen hat es den Anschein, als könne die Reihenfolge nur umgekehrt sein.

Deswegen muß Entwicklungshilfe stärker an Forderungen geknüpft werden. Die Absicht, „sich nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen", hat sich in drei Dekaden erfolgloser Entwicklungshilfe als falsch erwiesen. Darüber hinaus ist es eine moralische Pflicht, alle legalen Mittel einzusetzen, um das Leiden der mißhandelten Menschen in Uganda zu beenden. Das Entwicklungshilfe-Ministerium ist überfordert. Gefragt ist die Außenpolitik.

Bezeichnend für die UNO ist es, daß sie zu den Menschenrechtsverletzungen in Schwarzafrika nie ein Wort sagt. Bonn hat sich dabei als schlapp, der UNO-Mehrheit hörig erwiesen. Deswegen muß der Westen sich auch den Vorwurf gefallen lassen, Amin zu lange gestützt zu haben. Obote ist kein Idi Amin. Der Niedergang von Recht und Ordnung sind in erster Linie das Vermächtnis des Diktators. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Obote diesen Zustand ausnutzt, um seine Macht zu festigen. Es bleibt der Vorwurf der Untätigkeit – an Obote und an unsere Diplomatie.



# Wolfsburgs Traum: er läuft und läuft durch China

**Noch sind es erst 15 Volkswagen täglich, die in Shanghai produziert werden. Doch das Ziel der Wolfsburger ist hoch gesteckt: Die über eine Milliarde Chinesen sind für sie „der Automarkt der Zukunft".**

Von HEINZ HORRMANN

Bei den schönen Sonntagsreden hatte die chinesische Delegation in Wolfsburg wie immer freundlich genickt, beim obligaten Gruppenfoto auf der Werkstribühne höflich gelächelt und schließlich der Kapelle, die ein deutsches Volksliederpotpourri einstudiert hatte, applaudiert. Als VW-Konzernchef Carl H. Hahn dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und seinen Begleitern dann eine Weltkarte mit allen eingezeichneten VW-Fertigungsstätten vorlegte, die ausgerechnet Anting bei Shanghai und nicht die Zentrale Wolfsburg als exakten Mittelpunkt der Konzernwelt auswies, löste das spontane Begeisterung und lautstarke Freude bei den Gästen aus dem Reich der Mitte aus.

Die Kapazität von zur Zeit 15 dort gebauten Santanas pro Tag kann natürlich nicht den Ausschlag gegeben haben, sondern vorerst nur die geographisch glückliche Lage. Doch das minderte den Stolz nicht, zumal Hahn bei einem Blick nach vorne China mit mehr als einer Milliarde Einwohnern als den „Automobil-Markt der Zukunft" bezeichnete.

VW ist das einzige Unternehmen der westlichen Welt, das in China nicht Personenwagen in Lizenz bauen läßt, wie viele irrtümlich glauben, sondern dem der Abschluß eines Joint-Venture-Vertrages gelang. Das bedeutet echte Zusammenarbeit, ein Gemeinschaftswerk mit Kapitalbeteiligung. Partner der Wolfsburger, die insgesamt rund 500 Millionen Mark investieren, sind die Shanghai Tractor und Automobile Cooperation (25 Prozent), die Bank von China zu 15 und zu zehn Prozent der Dachverband der chinesischen Automobilindustrie.

Es gab eine Menge Arbeit nach der Vertragsunterzeichnung (am 10. Oktober letzten Jahres), auch Probleme für das Team um Bereichsleiter Wolfgang Pust. Das hatte nichts mit der Qualitätsvorstellung und der Arbeitsbereitschaft der neuen Kollegen zu tun, wohl aber mit den Sprachschwierigkeiten, dem technischen Verständnis durch mangelhafte Ausbildung und den starken Mentalitätsunterschieden.

Auf der einen Seite steht in der Denkweise das bislang konkurrenzlose chinesische Staatsunternehmen, auf der anderen Seite der auf Effizienz angewiesene deutsche Hersteller. Bei der äußerst schwierigen Anpassung an deutsche Vorstellungen spielt bei den Chinesen stets die Wahrung des Gesichts eine wichtige Rolle.

Heinz Bauer (48), verantwortlich im Bereich Auslandsbeteiligung und Unternehmensplanung, war zwölfmal im neuen Werk und stellt fest, daß es an Arbeitsbereitschaft bei den fernöstlichen Kollegen, die monatlich rund 70 Yuan (nach dem offiziellen Wechselkurs 70 Mark) plus Prämien verdienen, zu keinem Zeitpunkt fehlt und die Deutschen vor allem Geduld haben müßten. Die Nerven der deutschen Macher wurden freilich durch Pannen, Falschlieferungen, Verspätungen, bedingt durch die Entfernung und dadurch entstehende Produktionsverzögerungen, oft arg strapaziert.

Damit aber die über vordergründige Arbeitseinteilung und -abstimmung hinausgehende zwischenmenschliche Harmonie trotz der schwierigen Bedingungen erreicht wird, hat VW jetzt einen Verbindungsmann eingesetzt, der in diesen Tagen seinen Dienst antritt: einen Wolfsburger Chinesen sozusagen, Dr. Wenpo Lee, der in Nangking geboren wurde, Maschinenbau studierte und sich dann auf Motoren spezialisierte. Als Dr. Ing. unterschrieb er 1971 bei VW in Wolfsburg und wurde schließlich Leiter der Abteilung „Arbeitsverfahren Otto-Motoren".

Lee sieht seine zukünftige Aufgabe so: „Ich werde nicht als Dolmetscher agieren, sondern Verständnis in den Arbeitsgruppen schaffen und Vertrauen fördern. Vor allem in der Anfangsphase gilt es die Gemeinsamkeit zu betonen und Irritationen zu vermeiden." Zwei bis drei Jahre will der Ingenieur diese Mittlerrolle spielen und dann zurück in die praktische Entwicklungsarbeit wechseln.

上海大众汽车公司的发展远景

Volkswagen Projekt China mit Perspektive

**Eine Aufmerksamkeit für Ministerpräsident Zhao Ziyang: China als Land der Mitte – auch für Wolfsburg.**




**Stolz wie Orden tragen chinesische VW-Arbeiter ihre Aufnäher, die sie sich in Wolfsburg verdienten.** FOTO: DPA

Obwohl bis Oktober in Anting, dem Industrieort, 35 km westlich der Millionenmetropole Shanghai, von den chinesischen Automobilbauern auch noch die schwere Limousine, die den Namen Shanghai trägt (und dem alten Mercedes 220 nachempfunden ist) gebaut wird, fühlen sie sich doch bereits als Volkswagen-Arbeiter.

Als deutsche Manager, die sich zweimal im Jahr – einmal in China und einmal in Wolfsburg – zum Erfahrungsaustausch zusammensetzen, die Fertigungshalle besichtigten, zeigten zwei fernöstliche Mitarbeiter auf blaue VW-Embleme auf dem Monteuranzug. Sie hatten sich die Abzeichen von einer Schulungsreise aus Niedersachsen mitgebracht.

Mitten im Eingang zur Lackiererei spannten Wolfsburger Fertigungsspezialisten und chinesische Kollegen ein feuerrotes Transparent. In deutschen Buchstaben und chinesischen Pinyin-Schriftzeichen leuchtet da der Hinweis: „Qualität ist unsere Zukunft". Noch in diesem Jahr soll die Fertigungskapazität auf 7500 Wagen erhöht werden, mehr und mehr nach deutschen Verarbeitungsvorstellungen. Das ist eine Steigerung von 15 auf 20 Einheiten täglich.

Das nächste Etappenziel ist eine Montage von 100 Wagen am Tag. Zur gleichen Zeit sollen dann bereits in einem zweiten Werk jährlich 100 000 Motoren gefertigt werden, ebenfalls in Wolfsburger Qualität, wie Heinz Bauer betont, denn 80 000 sind für den Bedarf des Konzerns außerhalb Chinas bestimmt.

Wenn es schon so etwas wie ein langfristiges Marketing-Konzept für den neuen Markt gibt, wird es in der Absatzaufteilung sicherlich reziprok zu europäischen Plänen aussehen, die immer erst ein „Brot-und-Butter-Auto" für breite Schichten und erst dann die ausgefalleneren und teureren Modelle für besondere Wünsche vorsehen. Die Santanas, montiert in China, sind für Funktionäre der zweiten Ebene, für Hotels und Behörden und für Taxis bestimmt. Darum auch die Entscheidung für das größere und repräsentativere Modell und nicht für den Golf.

Dieses Modell hat frühestens im Jahr 2000 eine Chance, wenn, so hofft man, auch Privatkunden in breiter Front Bestellungen aufgeben. Von ein paar vereinzelten Ausnahmen abgesehen, gibt es in China zur Zeit noch keinen privaten Automobilverkehr. Auf 50 000 Chinesen kommt gegenwärtig ein Personenwagen.

Doch Chinas große Fähigkeit, veränderte Kräfte der Geschichte mit den jeweiligen Gegebenheiten in Einklang zu bringen, nährt die Hoffnung der Verantwortlichen mittel- und langfristig auf einen gewaltigen Individualmarkt.

Vorher allerdings wird die oberste Funktionärsgarde mit größeren „Staatskarossen" versorgt. Seit vor drei Jahren das Eigenmodell „Rote Fahne" eingestellt wurde, werden die Repräsentationskarossen einzeln im Westen und in Japan eingekauft. Im November wird für diese Zielgruppe der Audi 100 in einer Probeserie von 100 Stück vom Band laufen. Für den Wolfsburger Konzern kommt die Konkurrenz aus dem eigenen Land. Im Automobilwerk Changchun richtet Daimler-Benz die Montagemöglichkeit für erst einmal 3000 leicht veränderte W 123 (die alte Serie der 200er und 230er) ein. Geräte und Werkzeug werden dazu aus den Montagestätten in Südafrika und den Philippinen angeliefert.

Seit das gemeinsame Konzept der Wolfsburger und Chinesen erarbeitet wurde, steht fest, daß in China gefertigte Einzelteile nach und nach in die Produktion einfließen. Zur Zeit sind es nur Radios, Antennen und Reifen. Schon im nächsten Jahr werden die Sitzbezüge und weitere Elemente aus China angeliefert. Bis 1992, das sieht der Vertrag vor, sollen 90 Prozent des Wagenmaterials aus China stammen. Das bedeutet für 20 bis 25 deutsche Firmen der Zuliefererindustrie ebenfalls neue Marktchancen durch Kooperationen mit chinesischen Partnern.

Ein gemeinsames Jubiläum wird das deutsch-chinesische Team nach Vorausberechnungen im Dezember feiern. Dann nämlich ist der tausendste Santana LX fertig. Das ganz genaue Datum läßt sich noch nicht in den Werksplan schreiben, weil der präzise, schnelle Rhythmus westlicher Automobilwerke zur Zeit fehlt. Es wird an kleinen Bändern gearbeitet und noch viel mit der Hand montiert. Auch das wird sich in absehbarer Zeit ändern. Läuft erst einmal alles reibungslos, sollen 300 000 Autos im Jahr aus den Fertigungshallen rollen. Doch auch der tausendste wird gefeiert: mit Peking-Ente, Bier, süßem Rotwein und Maotai zum Anstoßen. Prost verstehen schon alle.

# Die UNO zwischen Idealen, Niedergang und Hoffnung

**Heute vor 40 Jahren unterzeichneten in San Francisco 50 Staaten die Charta der Vereinten Nationen. Von den großen Hoffnungen der Gründerzeit ist nicht viel geblieben?**

Von GITTA BAUER

„Mit den Vereinten Nationen ist nichts verkehrt, nur mit ihren Mitgliedern." Der Ausspruch Lord Caradons, des langjährigen britischen UNO-Delegierten, ist nicht purer Zynismus. Er entspringt den Gefühlen der Ohnmacht, die den Beobachter der vor vierzig Jahren mit soviel Hoffnungen aus der Taufe gehobenen Weltorganisation beschleicht, wenn wieder einmal eine Chance vertan wird, Frieden zu stiften. Denn Friedenssehnsucht war es, die heute vor vierzig Jahren fünfzig Nationen nach San Francisco brachte, um „nachfolgenden Generationen die Geisel des Krieges zu ersparen, die zweimal in unserem Leben unsagbaren Schmerz über die Menschheit gebracht hat".

In Ostasien tobte damals noch der Krieg. Europa lag in Trümmern, Sieger und Besiegte beklagten gleichermaßen Millionen von Toten, litten Hunger, begannen mühselig den Wiederaufbau ihres zerstörten Kontinents.

Seit San Francisco hat sich die Zahl der Mitglieder mehr als verdreifacht. Die Ausgestoßenen von damals, die Achsenmächte, sitzen längst vollberechtigt und geachtet im Rund der Völker. Aus der Konkursmasse der großen Kolonialreiche stießen Nationen dazu, die bei Gründung der UNO noch keinen eigenen Namen trugen. Und doch hat diese Völkerversammlung nicht verhindern können, daß überall auf der Welt immer wieder Kriege wie Buschfeuer aufflackern.

Der einzige Friedensschluß im blutenden Nahen Osten, der von Camp David zwischen Israel und Ägypten, wurde mit Hilfe der USA, nicht der Vereinten Nationen, geschlossen. Diese ignorieren ihn entweder oder erklären ihn für null und nichtig. Ähnlich war es in Vietnam.

Flammende UNO-Resolutionen halfen weder dem Freiheitswillen der Ungarn 1956, noch dem „menschlichen Sozialismus" des Prager Frühlings 1968 gegen sowjetische Panzer. Die Unterschrift von über hundert Nationen treibt die Sowjets nicht aus Afghanistan und auch nicht die Vietnamesen aus Kambodscha.

Als die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila in Libanon von christlichen Milizen überfallen wurden, während israelische Truppen im Lande standen, ging ein Aufschrei durch die Hallen des New Yorker Glaspalastes. Jetzt sind es Schiiten, die mindestens ebensoviele Menschen, Frauen, Kinder, Greise umbringen und die Lager unbewohnbar machen. Doch diesmal schweigen die Vereinten Nationen.

Sicher: Ohne die Vereinten Nationen wäre Korea heute unter Hammer und Sichel vereint. Unter dem UNO-Kommando garantieren heute noch, 35 Jahre nach dem Überfall des Nordens auf den Süden, amerikanische Soldaten den Frieden. Auf Zypern halten Blauhelme die streitenden Türken und Inselgriechen auf Distanz. Im Nahen Osten wird Israels Grenze zu Syrien auf den Golan-Höhen von einem Häuflein internationaler UNO-Beobachter bewacht. Aber: „Man ruft die UNO erst an, wenn man in einem Krieg zu unterlegen droht", sagt resigniert ihr Generalsekretär, der Peruaner Javiér Pérez de Cuéllar.

Bei Gründung der Vereinten Nationen war die Sowjetunion – „aus Gründen des Gleichgewichts" – gleich dreimal vertreten, nämlich noch durch die Ukraine und Bjelorußland, eine Fiktion, die bis auf den heutigen Tag aufrechterhalten wird. Sie konnte damals aber nur auf zwei Bundesgenossen zählen: Jugoslawien und Polen, das nach Abschluß der Konferenz von San Francisco als 51. Gründungsstaat dazustieß.

In den ersten 25 Jahren der Vereinten Nationen beschränkte sich die Sowjetunion daher fast ausschließlich auf Obstruktion. Sie spielte sich hauptsächlich im Sicherheitsrat ab, wo die ständigen Mitglieder, die USA, die UdSSR, Frankreich, England, China (damals noch Nationalchina), etwas gleicher als die anderen waren, die reihum nur zwei Jahre in diesem obersten Entscheidungsgremium dienten. Sie besaßen das Vetorecht. Bis 1969 hatten die USA noch nicht einmal davon Gebrauch gemacht, als die Sowjetunion bereits 105mal den Rat blockiert hatte, hauptsächlich deshalb, um die Aufnahme von Mitgliedern, auf die sie nicht als Stimmvieh rechnen konnte, zu verhindern.

Die USA bemühten sich dennoch, die Gefühle des ehemaligen Allierten zu schonen. So wurde das Ende der Berliner Blockade 1948 in der Stille der Herrentoilette der Delegierten, damals noch im Lake Success auf Long Island, angebahnt. Die Luftbrücke, über die sich Stalin lustig gemacht hatte, im Verein mit der festen Haltung der Berliner, zwang den Diktator, nach einem Ausweg zu suchen, möglichst ohne Prestigeverlust. Er entsandte einen neuen Delegierten nach Lake Success, Jakob Malik. Der glatte Malik ersetzte Andrej Wyschinski, der vor dem Forum der UNO tobte, als sei er noch Chefankläger der Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre.

Malik fing den US-Delegierten Philip Jessup an dem bewußten stillen Örtchen ab und machte ihm unbeobachtet die Offerte: Abbruch der Blockade gegen diskrete Behandlung durch den Westen. Der Westen verzichtete auf einen Propagandaerfolg und ließ den Generalsekretär, den Norweger Trygve Lie, ankündigen, daß der Abbau der Beschränkungen „auf beiden Seiten" bevorstehe. Die Pariser Konferenz nahm ihren Lauf. Berlin konnte aufatmen.

In den sechziger Jahren änderte sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft rasant. Vom Kolonialismus befreite oder entlassene Nationen strömten nach New York, die Bewegung der Blockfreien wuchs zur „Gruppe der 77" und zählt heute mehr als 100 Staaten. Die Äquidistanz zum Westen wie zum Osten zugunsten des Ostblocks zu verändern, wurde das Ziel der Sowjetunion. Sie schien es mit Hilfe von Staaten, die – wie Kuba, Vietnam, Äthiopien, Angola – zwar kommunistisch verfaßt sind, sich jedoch „ungebunden" nennen, zunächst auch zu erreichen.

Das im Gefolge des Jom-Kippur-Krieges 1973 unter dem Druck der Ölkrise von den Arabern gezimmerte Bündnis mit den afrikanischen Staaten gegen Israel und gegen Südafrika war ein weiterer Schritt zu jener „Tyrannei der automatischen Mehrheit", von der als erster US-Botschafter John Scali sprach. So kam es zu beschämenden Schauspielen wie der Ovation für den Massenmörder Idi Amin, zur Ehrung des mit Pistole bewaffneten PLO-Chefs Yassir Arafat als Staatpräsident. Südafrika wurde aus der Vollversammlung widerrechtlich ausgesperrt. Höhepunkt dieser Degenerierung der Vereinten Nationen war 1975 die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus.

Triumphe machen übermütig. Als Fidel Castro die Führung der Blockfreien zufiel, versuchte er, die „natürliche Allianz der ungebundenen mit den sozialistischen Staaten" mit einem Schlage durchzusetzen. Er hatte nicht mit Tito gerechnet, der sich in Havana brüskiert fühlte, weil der bärtige Diktator zwar von den toten Gründern der Bewegung, von Nasser, Sukarno und Nehru sprach, den lebenden, vor ihm sitzenden Marschall jedoch ignorierte.

Die freche Besetzung Kambodschas durch den Liebling der Vereinten Nationen, das „heroische" Vietnam, die so unpassend die Domino-Theorie des Westens bestätigte, die Vergewaltigung Afghanistans ein Jahr später durch Sowjettruppen taten ein übriges, den Zug Richtung Osten aufzuhalten. Kuba konnte trotz eines Rekords von Abstimmungen nicht in den Sicherheitsrat einziehen. Die Sowjetunion mußte sich von 108 Mitgliedern zum Abzug aus Afghanistan auffordern lassen, eine ähnlich hohe Mehrheit richtet sich Jahr für Jahr gegen Vietnam.

Die USA, die zunächst die Vereinten Nationen nicht allzu ernst genommen hatten und in der Zeit des Niedergangs der Organisation gänzlich die Lust an ihr verloren, begannen umzudenken. Mit einem Viertel des Etats Hauptgeldgeber waren sie auch durch die Rockefellersche Schenkung des teuersten Baugrunds der Welt am East River an die UNO und die zinslose Finanzierung des 38stöckigen Glaspalastes materiell die Hauptstütze des Unternehmens, das sie nahezu täglich vor das politische Schienbein trat. Die ehemalige US-Botschafterin Jeane Kirkpatrick machte deutlich, daß die beliebte Hatz auf die USA nicht länger ein Spielchen ohne Konsequenzen ist.

Ob allerdings das vertane Vertrauenskapital der mit so großen Ansprüchen angetretenen Völkerorganisation wiederhergestellt werden kann, ob sie von ihrer Bedeutungslosigkeit wieder zu wirklicher machtpolitischer Entscheidungskraft vorstößt, ist eine Frage, die auch Lord Caradon nicht beantworten könnte.

## US-Gouverneure kommen 1987 nach Berlin

hrk. Berlin

Nach seiner Rückkehr von einer Amerika-Reise betonte der Berliner Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU), in den Beziehungen zwischen Amerika und Europa gebe es „keinen Grund zum Pessimismus". Lummer: „Es gibt mehr Kontinuität als Brüche, und es gibt mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Vor allem aber gibt es mehr gegenseitiges Vertrauen als gegenseitigen Zweifel aneinander."

Lummer brachte von seiner Transatlantik-Visite die Zusage der „Vereinigung amerikanischer Gouverneure" mit, sich anläßlich der 750-Jahr-Feier Berlins in zwei Jahren an der Spree zu treffen. An dieser Zusammenkunft wollen sich auch deutsche Bürgermeister beteiligen. Die Ministerpräsidenten mehrerer Bundesländer, die wie Lummer, an einem Erfahrungsaustausch mit amerikanischen Politikern in Minneapolis teilgenommen hatten, sagten ebenfalls zu, 1987 nach Berlin zu kommen.

Die deutschen Politiker und ihre Gastgeber diskutierten wirtschaftliche Probleme und besichtigten Technologie- und Forschungseinrichtungen. Die deutschen Gäste trafen mit Senator Richard G. Lugar, dem Vorsitzenden des Komitees für auswärtige Beziehungen, dem Abteilungsleiter im State Department, sowie dem künftigen US-Gesandten in Berlin, John Kornblum, zusammen.

## Blüm fordert die Arbeitgeber auf: Alle Möglichkeiten ausschöpfen

**Bundesregierung und Spitzenverbände der Wirtschaft bekräftigen Willen zur Zusammenarbeit**

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sind sich darin einig, alles zu tun, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu mobilisieren. Nach einem mehrstündigen Gespräch am Montagabend, an dem neben den Bundesministern Blüm (Arbeit), Bangemann (Wirtschaft) und einem Vertreter des Finanzministeriums die Präsidenten der Wirtschaftsverbände teilgenommen haben, bekräftigten sie gestern ihren Willen zur Zusammenarbeit „aus Sorge um die Arbeitslosen". Zugleich appellierten sie an Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungsbetriebe, durch die Ausschöpfung aller gesetzlichen Instrumente und Regelungen zu einer spürbaren Verbesserung der Beschäftigung beizutragen.

Nach Auffassung der Gesprächsteilnehmer, die Blüm und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, gestern vor der Presse erläuterten, habe die Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft bisher noch nicht in allen Bereichen zu einem entsprechenden Anstieg der Beschäftigung geführt. Zwar signalisierten eine zunehmende Kapazitätsauslastung und ein deutlicher Rückgang der Kurzarbeit, daß in diesem Jahr erstmals seit langem die Gesamtzahl der Beschäftigten wieder zunehmen werde. Dieser Prozeß müsse aber durch Ausschöpfung und Intensivierung aller verfügbaren Möglichkeiten beschleunigt werden. Blüm: „Das Ja zur sozialen Marktwirtschat erfordert ein uneingeschränktes Ja zur Mobilisierung aller Beschäftigungsmöglichkeiten."

Der Bundesarbeitsminister forderte die Wirtschaft auf, insbesondere die Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes zu nutzen. Dadurch könnten neue Arbeitsverhältnisse rasch geschaffen und Überstunden möglichst vermieden werden. Esser begrüßte zugleich die erweiterte Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Daran sei die Erwartung geknüpft, daß möglichst viele Dauerarbeitsverhältnisse geschaffen werden könnten.

In diesem Zusammenhang wies Blüm daraufhin, daß gut die Hälfte der Arbeitslosen keine qualifizierte Berufsausbildung besitze. Er forderte die Wirtschaft auf, im Rahmen bestehender betrieblicher Kapzitäten befristet Beschäftigten eine berufliche Qualifikation zu ermöglichen, um ihnen so den Übergang in ein Dauerarbeitsverhältnis zu erleichtern.

Übereinstimmend befürworteten die Gesprächspartner eine Ausweitung des Angebots von Teilzeitarbeitsplätzen. Dadurch könne die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf diesem Markt beseitigt werden. In diesem Sinne sprach man sich auch für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit aus.

Esser verwies auf die erfolgreichen Anstrengungen der Wirtschaft, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu beschaffen. Die Wirtschaft habe zwar über den eigenen aktuellen Bedarf hinaus ausgebildet. Es sei aber jetzt das Ziel, alle Auszubildenden in ein Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Die Gesprächspartner stimmten schließlich auch darin überein, weitere Belastungen durch Lohnnebenkosten zu vermeiden, die Schwarzarbeit zu bekämpfen und die Steuerbelastung der Wirtschaft weiter zu verringern. Sie gaben der Erwartung Ausdruck, daß zu diesem Gesprächskreis bald auch die Gewerkschaften stoßen.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat die Regierungsmaßnahmen zur Stützung der Bauwirtschaft heftig kritisiert. In einem Zeitungsbeitrag schreibt Wolff: „Das jetzige Programm halte ich – mit Ausnahme der Verkürzung der Abschreibungsfrist für Betriebsgebäude – für eine gefährliche Rückwende zum alten Trott." Die Regierung gebe damit wichtige Grundpositionen auf.

## Evangelikale kritisieren Kirchenfunk

idea, Wetzlar

Die Konferenz Evangelikaler Publizisten (KEP), ein Zusammenschluß christlicher Journalisten und Verleger, hat die Kritik des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), unterstützt. Spranger hatte in einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten" unter anderem geäußert, in den Sendeanstalten wachse der „Antiamerikanismus", und der Terrorismus werde verharmlost. Über die westliche Demokratie, die Leistungen der USA wie der Bundesrepublik Deutschland werde negativ berichtet. Wie der Geschäftsführer der KEP, Wolfgang Baake (Wetzlar), erklärte, werde der tatsächliche Verursacher von millionenfacher Unfreiheit, von Flüchtlings- und Hungersnot, die kommunistische Ideologie, in den Massenmedien verschwiegen. Die USA dagegen stünden oft am Pranger, obwohl sie nicht nur die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland und Berlins, sondern des Westens überhaupt garantierten und ein Vielfaches mehr an Entwicklungshilfe leisteten als der gesamte Ostblock. Sprangers Kritik treffe besonders auf den evangelischen „Kirchenfunk" zu. Wer ihn regelmäßig verfolge, müsse oft den Eindruck haben, die westdeutsche evangelische Christenheit sei politisch links und bestehe aus glühenden Anhängern der marxistischen Diktatur in Nicaragua.

## „Endlich mit Abbau der Subventionen beginnen"

Von HANSHEINZ HAUSER

Vor kurzem hat ein nicht unbedeutender Wirtschaftsverband in Bonn das Ergebnis einer Umfrage unter seinen Mitgliedern vorgelegt. 1300 Unternehmer aller Branchen und Größenklassen äußern zunehmende Kritik an der Politik der Bundesregierung. Zwar wird sie nicht für falsch gehalten, aber für zu unentschlossen, „weil die Bundesregierung zuwenig Richtiges macht und das Richtige nur halb".

Auf der anderen Seite hören wir landauf, landab das Wehklagen der DGB-Gewerkschaften und anderer Hilfstruppen über die Dreistigkeit der Bundesregierung, die angeblich in unserem Land eine „neue Armut" hat ausbrechen lassen. Merkwürdig an der Haltung der Unternehmerverbände wie auch der Arbeitnehmerverbände mutet allerdings an, daß die Zukunftsaussichten insgesamt als günstig angesehen werden. Wie verträgt sich dies mit dem Wehklagen? Viele Mittelständler haben Schwierigkeiten, sich in den Korrekturen wiederzufinden, die als erste Notmaßnahme nötig waren. Die ersehnte, tiefgreifende Entlastung bei der Abgabenlast ist nicht nur bei den Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, sondern auch bei den Selbständigen-Einkommen ausgeblieben. Aber immerhin hat doch Bonn erste Schritte eingeleitet.

Es ist natürlich sehr einfach, mit steuer- und sozialpolitischen und insgesamt mittelstandspolitischen Maximalforderungen in die Öffentlichkeit zu gehen. Nur: Mit seriöser Politik hat das nichts zu tun! Vielmehr werden damit im Mittelstand Erwartungen geweckt, denen die Politik überhaupt nicht gerecht werden kann. Beispiele: Wer heute die Abschaffung der Gewerbesteuer fordert, muß sich im klaren darüber sein, daß für den Einnahmeausfall ein Ersatz gesucht werden muß. Zur Zeit zahlt aber nur noch etwa ein Drittel aller Betriebe überhaupt Gewerbesteuer. Wird sie abgeschafft und kommt eine Ersatzlösung, so werden alle Betriebe herangezogen, also auch die, die bisher keine Gewerbesteuer mehr bezahlen mußten. Ergebnis: Höhere Belastung aller Betriebe, 2. Ergebnis: Enttäuschung über die Politiker, die Entlastung versprochen haben!

Zweites Beispiel: Seit Jahren werden bestimmte Verkaufsstrategien beklagt, mit denen große Wettbewerber ihre kleinen Konkurrenten aus dem Markt drängen wollen. Bei vielen tausend bedrängten Einzelhändlern ist die Hoffnung erweckt worden, man könne ihre Existenz dadurch sichern, daß man ihren Konkurrenten den Verkauf unter Einstandspreis verbietet. Auch hier ist also wieder ein Erwartungshorizont aufgerichtet worden, dem der Gesetzgeber nicht gerecht werden kann. Wir müssen weg von der Auffassung, mit einer kleinen Gesetzesänderung da könne wirkungsvoll Mittelstandspolitik betrieben werden. Zu viele einzelne Änderungswünsche haben ausschließlich den besonderen Nutzen für eine bestimmte Gruppe im Auge. Eine solche Politik ist legitim für einen Interessenverband, nicht für den Gesetzgeber.

Viele Mittelständler haben ungeduldig die Meßlatte auf Weltrekord gelegt und machen nun der Bundesregierung den Vorwurf, sie sei zu kurz gesprungen. Dies ist nicht immer redlich, aber verständlich aus der Drucksituation der 70er



Hansheinz Hauser, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU FOTO: UDO GIESEN

Jahre und der hohen Erwartungshaltung, die mit dem Regierungswechsel verbunden wird. Ungeachtet solcher ungeduldigen Forderungen geht es für uns um eine Wirtschaftspolitik, eine Steuer- und Finanzpolitik, eine Sozialpolitik, die Sonderregelungen für den Mittelstand nicht nötig hat. Dazu gehört, daß wir endlich mit dem Abbau der Subventionen ernst machen. Wenn der Staat der Wirtschaft Subventionen gibt, so tut er nichts anderes, als erfolgreiche Privatunternehmer zu besteuern, um erfolglose Privatunternehmer zu unterstützen.

Der Gordische Knoten des Subventionswesens muß gelöst werden. Dies wäre schon ein Stück Nachteilsausgleich für den Mittelstand gegenüber subventionierten Groß-Konkurrenten. Wünschenswert ist, daß wir in der Mittelstandspolitik wie in anderen Fragen einen Weg der politischen Entscheidungsfindung beschreiten, ohne vorher bereits die jeweilige Maximalposition mit lautem Posaunenschall zu verkünden. Sonst wird auch in Zukunft zuviel Zeit darauf verwendet werden müssen, sich gegenseitig heimlich von der öffentlich erkletterten Gipfelposition abseilen zu müssen.

## Späth auf Suche nach neuen Arbeitsplätzen

**Aktion der Regierung findet bei DGB und Wirtschaft Anklang**

XING-HU KUO, Stuttgart

Am 1. Juli beginnt in der baden-württembergischen Region Mittlerer Oberrhein eine bundesweit sorgfältig beobachtete Aktion „Arbeit nach Maß" gegen die Arbeitslosigkeit. Denn der Regierung Lothar Späth (CDU) ist es nach Gesprächen und Verhandlungen mit den relevanten Organisationen und Gruppen im Lande gelungen, alle für diese in diesem Ausmaß bisher einmalige Aktion, zumindest im Grundsatz, zu gewinnen.

Am 14. Juni hat zu diesem Zweck ein Spitzengespräch im Stuttgarter Staatsministerium stattgefunden. Neben Späth und den Ministern Martin Herzog (Wirtschaft) sowie Barbara Schäfer (Arbeit) und Regierungssprecher Kleinert waren u. a. DGB-Landesbezirkschef Siegfried Pommerenke (SPD) und der Vorsitzende der Arbeitgeberverbände in Baden-Württemberg, Helmut Eberspächer, und andere Spitzenvertreter von Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern Teilnehmer der Runde.

Wie der zuständige Regierungsdirektor im Staatsministerium Hans-Dieter Frey in einem WELT-Gespräch mitteilte, war dieses Gespräch „ausführlich, intensiv und konstruktiv" verlaufen.

Die genannten Vertreter der Organisationen und Verbände „waren sich alle einig und unterstützen die Aktion der Landesregierung". Es geht darum, „alle Möglichkeiten auszuschöpfen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen oder Beschäftigungsreserven auszuschöpfen".

Dabei wollen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften zunächst untersuchen, „welche strukturellen Besonderheiten auf den einzelnen regionalen Arbeitsmärkten" vorhanden sind, welche Möglichkeiten vorhanden sind, „Strukturprobleme zu beseitigen". So etwa im Bereich der „Mobilität, Qualifikation" der Leute, so Frey weiter.

Die Landesregierung denke dabei auch an die Nutzung des neuen Beschäftigungsförderungsgesetzes, das befristete Arbeitsverträge unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht. Hier allerdings hat DGB-Landeschef Pommerenke darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in diesem Punkt „nicht einig" mit den anderen Teilnehmern der Aktion seien.

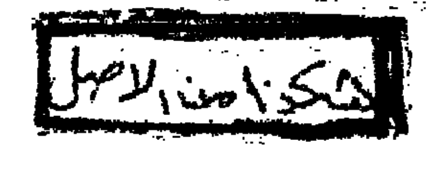
Frey ist dennoch optimistisch, daß es bei konkreten Stellenangeboten vor Ort nicht zu „ideologisch" motivierten Streitigkeiten kommen werde.

Anfang Juni hatte Regierungssprecher Kleinert die Einzelheiten dieser konzertierten Aktion bekanntgegeben: Danach solle „ohne Tabus" in allen zwölf Regionen des Landes erforscht werden, wie zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden könnten: etwa durch den Abbau von Überstunden, Vorruhestandsregelungen, Flexibilisierung der Arbeitszeit. Kleinert nannte in diesem Zusammenhang auch die Überlegung, junge Wehrpflichtige „unmittelbar nach Abschluß der betrieblichen Ausbildung" einzuberufen. Wichtig ist nach Auffassung des Regierungssprechers ferner, offene Stellen deutlicher, „plakativer" als bisher bekanntzugeben.

Kleinert bemängelte ferner, daß die „Struktur der Arbeitslosigkeit" durch die Statistik nicht richtig wiedergegeben werde. Frauen würden sofort als „Arbeitslose" registriert, die nach mehrjähriger Betreuung der Kinder ins Berufsleben zurückkehren wollen.

Nachdem diese konzertierte Aktion in einem „unterentwickelten" Gebiet des Landes Mittlerer Oberrhein beginnt, soll sie im Dezember in der Region Mittlerer Neckar (um Stuttgart) beendet werden, teilte der Sprecher des Staatsministeriums weiter mit. Denn in diesem Gebiet um die Landeshauptstadt gebe es „prozentual die geringsten Probleme" mit der Arbeitslosigkeit. Nach wie vor hat Baden-Württemberg bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern.





# Cossigas Wahl bringt die KPI wieder ins Spiel

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach der Wahl des Christdemokraten Francesco Cossiga zum neuen Staatspräsidenten rückt in Italien die sachliche und personelle Überprüfung der Regierungszusammenarbeit in der von dem Sozialisten Bettino Craxi geführten Fünferkoalition an die erste Stelle der politischen Tagesordnung. In Rom wird damit gerechnet, daß der bisherige Staatspräsident Sandro Pertini schon am 1. Juli, also eine Woche vor dem Ende seiner siebenjährigen Amtsperiode, seinen Rücktritt erklärt. Craxi müßte Cossiga dann sofort die Demission seines Koalitionskabinetts anbieten.

Dem Beispiel seiner Vorgänger folgend, dürfte Cossiga dieses Rücktrittsangebot ablehnen. Craxi und die Parteiführer seiner Koalition haben sich jedoch bereits dafür ausgesprochen, das Regierungsprogramm schnellstens zu überarbeiten und die Regierung teilweise zu erneuern.

Daß die Fünferkoalition bestehen und Craxi Ministerpräsident bleiben wird, gilt als ziemlich wahrscheinlich, obwohl das von dem christdemokratischen Parteisekretär De Mita dirigierte Verfahren bei der Cossiga-Wahl die Kommunisten wieder ins politische Spiel gebracht hat.

Dieses Mißtrauen artikulierte sich nicht zuletzt in der Aktion von etwa 140 „Heckenschützen" aus dem Regierungslager, die Cossiga in der Geheimabstimmung ihre Stimme verweigerten und entweder weiße Stimmzettel abgaben oder für andere Politiker votierten. Ohne die Stimmen der KPI hätte Cossiga nicht einmal die absolute Mehrheit, geschweige denn die in den ersten drei Wahlgängen erforderliche Zweidrittelmehrheit bekommen.

KPI-Parteisekretär Natta versäumte nicht, auf diese Tatsache hinzuweisen und die Erwartung zum Ausdruck zu bringen, daß eine derartige vornehmlich von der DC und der KPI getragene Konvergenz der Kräfte des „Verfassungsbogens" kein Einzelfall bleibt. Bei den Sozialisten scheint man die Gefahr eines neuerlichen Arrangements nach dem Muster der von Cossigas Lehrmeister Aldo Moro begünstigten „Politik der nationalen Solidarität" zu wittern, die der KPI in den 70er Jahren den Weg in die parlamentarische Regierungsmehrheit freimachte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# US-Bischöfe fragen nach Moral des Kapitalismus

**Studie über umstrittenen Hirtenbrief / Deutliche Differenzen**

FRITZ WIRTH, Washington

Die katholischen Bischöfe der USA gingen mutig direkt in die Höhle des Löwen und stellten sich mit einer Studie von 60 000 Wörtern, die vornehmlich die moralische Substanz des Kapitalismus in Frage stellten, der ersten Front des Kapitalismus, den Finanzakrobaten von Wall Street. Sie ließen sich zugleich von hilfreichen Worten katholischer Laien aufmuntern, befragten Politiker, Soziologen und holten Rat bei Befugten und Unbefugten ein.

Seit sechs Monaten diskutiert die Katholische Kirche der USA, mit 50 Millionen Mitgliedern die größte Glaubensgemeinschaft dieses Landes, jenen umstrittenen Hirtenbrief zum Thema „Katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft", der unmittelbar nach dem Wahlsieg Ronald Reagans, der nicht zuletzt ein Sieg des Optimismus war, Pessimismus über das amerikanische Wirtschaftssystem und den „Skandal der Armut" verbreitete. Dieser Skandal werde durch die Tatsache belegt, daß 15 Prozent der amerikanischen Bürger zu Opfern des Kapitalismus geworden seien und unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, hieß es in dem Dokument.

Der Hirtenbrief fand kein so lebhaftes Echo in der Öffentlichkeit wie der vorausgegangene über die Nuklearrüstung, doch innerhalb der Kirche selbst sind die Thesen der Bischöfe über Folgen und Schwächen des Kapitalismus auf erhebliches Interesse gestoßen. In der letzten Woche versammelten sich die Bischöfe in Collegeville in Minnesota, um eine erste Bilanz dieser Debatte zu ziehen.

## „Arbeit und Gebet" nötig

Dabei wurde sehr schnell deutlich, daß der Zeitpunkt für eine Bilanz noch zu früh ist. Ursprünglich war geplant, das Diskussionspapier des letzten Jahres bis zum September durch eine Schlußfassung zu ersetzen, die dann im November den 290 Bischöfen zur Verabschiedung vorgelegt werden sollte. Würde dabei dieses Papier von mindestens 80 Prozent der Bischöfe gebilligt, würde es damit zum offiziellen Hirtenbrief erklärt und in den katholischen Schulen, Gemeinden und von den Kanzeln als öffentliche Lehrmeinung vertreten.

Es herrschte in Collegeville Übereinstimmung, daß dieser Zeitplan nicht einzuhalten ist. Der Hirtenbrief bedürfe noch „der Arbeit und des Gebets" und das bedeutet, daß er frühestens im Herbst 1986 Teil der offiziellen Soziallehre der katholischen Kirche in den USA werden kann.

Ein Teil der Kritik orientierte sich an der Form. Der fünfköpfige Ausschuß unter Leitung von Erzbischof Weakland, der drei Jahre lang am Entwurf dieses Briefes arbeitete, mußte sich sagen lassen, daß er zu langatmig, umständlich und teilweise unverständlich argumentiert habe und daß diese Fassung mit ihrer wirtschaftlichen Fachdidaktik weitgehend den Horizont der katholischen Laien überschreite.

Weakland versprach eine leichter lesbare Fassung, die im übrigen von 60 000 auf 40 000 Wörter gekürzt werden soll. Er gestand ferner ein, daß es für die Kirche mit ihrer Kritik am Kapitalismus und freiem Unternehmertum ein Glaubwürdigkeitsproblem gebe.

## Kirche und Wirtschaft

Die katholische Kirche unterhält in den USA zahlreiche eigene Schulen und Krankenhäuser und ist häufig wegen ihres Verhältnisses zu den eigenen Angestellten und den Gewerkschaften kritisiert worden. Die Neufassung soll deshalb auch ein Kapitel über die Rolle der Kirche in der amerikanischen Wirtschaft enthalten.

Schwerwiegend jedoch sind die Bedenken prominenter katholischer Laien wie dem ehemaligen Finanzminister Simon und dem früheren Außenminister Haig. Sie sind der Meinung, daß die katholische Kirche sich mit diesem Thema übernommen hat und daß ihr zur Bewertung der Wirtschaftssysteme die Expertise fehle. Sie lasten den Bischöfen außerdem an, in ihrer gewiß berechtigten Sorge für die Armen einen Schuldkomplex beim amerikanischen Mittelstand geschaffen zu haben. Erzbischof Weakland wies diesen Vorwurf zurück.

Dennoch wurden unter den Bischöfen selbst scharfe Differenzen deutlich. Bischof Frank Rodiner fand, daß das Dokument noch nicht schockierend und provozierend genug sei und schärfer „die immanenten Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems" herausstellen müsse.

Bischof Walter Curtis dagegen nannte die erste Fassung dieses Briefes „zu aggressiv" und Bischof Francis Stafford entdeckte in diesem Dokument eine „scharfe Feindseligkeit gegenüber unserem Land". Man habe versäumt, die positiven Seiten des Kapitalismus herauszustellen, denn grundsätzlich sei dieses System gut, es bedürfe nur einiger Korrekturen.

Erzbischof Weakland verwahrte sich dagegen, daß sein Entwurf „antikapitalistisch" sei. Dennoch darf man erwarten, daß seine Neufassung, die im Herbst vorgelegt wird, milder ausfallen wird.

# *Im Panchayat-System Nepals nistet Korruption*

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Es war fast wie Spießrutenlaufen", berichtet einer der über hundert Touristen, die jetzt Nepals Hauptstadt Katmandu Hals über Kopf verlassen haben. „Überall Polizei und Militär, unser Gepäck mußten wir einen halben Kilometer zum Flugplatz schleppen." Die nepalesischen Sicherheitskräfte haben um das Flugfeld ebenso wie um die übrigen Regierungsgebäude in Katmandu einen dichten Sicherheitsring gezogen, nachdem mehrere Bombenexplosionen die Hauptstadt des Himalaya-Königreiches erschüttert hatten.

Erstmals gibt es in jenem für Touristen so friedlichen Land, das sich 1953 für Ausländer geöffnet hat, „terroristische Aktivitäten", wie Ministerpräsident Lokendra Bahadur Chand bedauert. „Eine Entwicklung, die vorauszusehen war", meint ein Sprecher der verbotenen Nepalesischen Kongreßpartei, die passiven Widerstand gegen den König übt, „die Menschen wollen eine echte Demokratie statt der Panchayat-Demokratie des Königs, sie wollen echte Wahlen."

Zwar haben sich inzwischen zwei linksgerichtete Untergrundorganisationen, die „Samyukta Mukti Bahini" (Fackelträger der vereinigten Befreiung) und die „Janwadi Morcha" (Volksbewegung), zu den Anschlägen bekannt, die sieben Tote und 23 Verletzte forderten, aber über die Identität der Extremisten bestehen bei der Regierung noch Zweifel. Fest steht nur, daß die Anschläge auf den Königspalast, das Parlamentsgebäude, das Sekretariat und das einem Verwandten des Königs gehörende Hotel Anapurna direkt gegen die Monarchie gerichtet waren.

Denn die parteilose Panchayat-Demokratie Nepals entspricht weder westlichem Demokratieverständnis noch den Vorstellungen der im Untergrund arbeitenden politischen Organisationen, deren stärkste die Nepalesische Kongreßpartei ist.

König Tribhuvan, Großvater des jetzigen Monarchen Birendra, hatte das Panchayat-System 1951 als Demokratisierungsversuch einer meist analphabetischen Bevölkerung eingeführt. Aus dem von der Dorfbevölkerung bestimmten Ältestenrat (Panchayat) wählt dieser Distrikt-Abgesandte. Diese wählen Mitglieder der Gebietsversammlung, und diese wiederum wählen Abgeordnete in das nationale Panchayat, das Parlament in Katmandu.

Da seit Bestehen dieses Systems politische Parteien oder Programme verboten sind, wurden Vetternwirtschaft und Korruption bei der Panchayat-Wahl über Jahrzehnte hinaus alle Wege geebnet. Eine Reform des Systems unter König Mahendra, des Vaters Birendras, im Jahre 1959 brachte den Kongreßpolitiker Koiralla für ein Jahr an die Macht, doch Mahendra war der „neuen Demokratie" bald überdrüssig und setzte Ministerpräsident Koiralla 1960 kurzerhand ab. Das alte Panchayat-System galt wieder, bis blutige Studentenunruhen 1979 König Birendra zu Zugeständnissen zwangen.

Doch was er als „Demokratisierung" bezeichnete, war schon damals für die Opposition nur „Augenwischerei". Mit einem Referendum sicherte sich Birendra eine Mehrheit für die Beibehaltung des Panchayat-Systems. Zwar durften ein Jahr später die Abgeordneten des Panchayat direkt von der Bevölkerung gewählt werden, politische Parteien blieben aber verboten.

Außerdem hat sich Birendra per Verfassung das Recht eingeräumt, 28 Mitglieder des 140 Kopf starken nationalen Panchayat selbst zu bestimmen. Das Kabinett ist eines von Königs Gnaden, das Parlament segnet letztlich nur die Regierungsvorschläge ab.

Inzwischen haben offensichtlich Extremisten mit dem Ziel einer Umwandlung der Monarchie in eine „demokratische Volksrepublik" an der Nepalesischen Kongreßpartei vorbei das Heft in die Hand genommen. Der soziale Nährboden zur Revolution in Nepal gereicht ihnen zum Vorteil.

Obwohl das Königreich zu den größten Entwicklungshilfe-Empfängern der Welt zählt, spürt die Bevölkerung – eine der ärmsten der Welt – davon kaum etwas. Korruption, „Umleitung" von Entwicklungsgeldern und eine kaum vorstellbar schleppende Bürokratie verhindern die Modernisierung des Landes.

Katmandu, Ziel von jährlich mehreren hunderttausend Touristen aus aller Welt, ist von Landflüchtigen und jetzt arbeitslosen Nepalesen überschwemmt. Studenten finden keine Arbeitsplätze, „reiche" Geschäftsleute, viele davon mit Verbindung zum Königshaus, werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Einige Gebiete der Hauptstadt drohen zu Slums zu werden, weil Maßnahmen der Regierung mit dem Hinweis auf Geldmangel ausbleiben.

Ob König Birendra diese Probleme ohne die Einführung einer konstitutionellen Monarchie nach englischem Vorbild – wie von der Opposition gefordert – lösen kann, ist zweifelhaft.

# Die Sandinisten schüren wieder die Kriegsangst

**Starre Front gegenüber Amerika / In der Region isoliert**

WERNER THOMAS, Buenos Aires

In Nicaragua herrscht wieder Kriegspsychose. Die sandinistischen Comandantes ließen militärisches Gerät an wichtigen Punkten der Hauptstadt Managua postieren, darunter sowjetische T-55-Panzer. Zuvor hatte Präsident Daniel Ortega vor angeblichen Interventionsabsichten der Reagan-Regierung gewarnt.

Die Panzer werden vergeblich auf den Feind warten und in die Kasernen zurückkehren. Die Marineinfanteristen kommen nicht. Die Sandinisten blasen blinden Alarm, um das Volk in einem Mobilisationszustand zu halten.

Dennoch ist die Lage so, wie sie der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez bei einem Besuch in Panama umschrieben hat: „Wir befinden uns in einer delikaten Phase." Die Krise eskaliert, und die Möglichkeit einer friedlichen Lösung schwindet. Selbst Regierungsvertreter der Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) sehen heute keine Hoffnungen mehr auf einen Erfolg ihrer Bemühungen. „Contadora ist tot", erklärte Costa Ricas früherer Außenminister Bernd Niehaus.

Der Konflikt konzentriert sich auf die Konfrontation zwischen den USA und Nicaragua und könnte nur dann beigelegt werden, wenn sich beide kompromißbereit zeigten. Washington lehnt bilaterale Gespräche mit dem Hinweis ab, daß die Verhandlungen letztes Jahr in der mexikanischen Pazifikmetropole Manzanillo erfolglos blieben.

Die Sandinisten wollen nicht auf die drei Schlüsselforderungen der Amerikaner eingehen: Abzug der Kubaner, Abrüstungsschritte, Demokratie. Sie richten sich gegen ihre ideologischen Interessen und ihren Machtanspruch. Die Reagan-Regierung weigert sich wiederum, auf eine militärische Präsenz in der Region und die militärische Unterstützung ihrer Verbündeten zu verzichten, solange die Gefahr eines Revolutionsexports aus Nicaragua droht.

## Feindselige Stimmung

Costa Rica, ein Land ohne Armee, fühlt sich von Nicaraguas Militärapparat (120 000 Soldaten und Milizen) am meisten bedroht. Nirgendwo anders in Mittelamerika herrscht eine so feindselige Stimmung gegenüber den Sandinisten wie in dem sozialdemokratisch regierten Staat.

In der Region sind die Sandinisten isoliert. Immer mehr bilden die Nachbarländer Costa Rica, El Salvador und Honduras eine Einheitsfront, die hinter den Bedingungen der USA stehen und die deren Strategie des militärischen Drucks diskret unterstützen: Von honduranischem und costarikanischem Gebiet operieren antisandinistische Partisanen.

Seit der US-Kongreß zustimmte, den „Contras" weitere Hilfe, wenn auch nur „humanitärer" Natur, zu geben, fühlen sich die 15 000 Rebellen im Aufwind. Adolfo Calero, der Chefkommandeur der größten Organisation, der „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN), äußert sich schon wieder siegessicher. Die Opposition einigte sich außerdem auf eine gemeinsame politische Führungsspitze: Calero, Arturo Cruz und Alfonso Robelo. Cruz und Robelo waren einmal Mitglieder der sandinistischen Junta.

## Kämpfe mit den „Contras"

In den letzen zwei Wochen gab es schwere Kämpfe. Die sandinistischen Streitkräfte starteten neue Offensiven gegen die „Contras" im Norden und Süden des Landes. Da beide Seiten den Verlauf der Gefechte unterschiedlich schildern und die Verlust-Ziffern weit auseinandergehen, ergibt sich kein genaues Bild. Diplomatische Kreise in Managua glauben jedoch, daß es den Regierungstruppen gelungen ist, die „Contras" aus einigen Schlüsselstellungen zu verdrängen. Aber selbst sandinistische Militärs konzedieren die Möglichkeit eines langen Krieges.

Beide Seiten rüsten auf. Präsident Ortega kündigte an, er fühle sich nicht mehr an sein Versprechen vom Februar gebunden, keine neuen Waffensysteme einzuführen. Das Gerücht dreht sich um den Erwerb sowjetischer MiG-Jäger. Die „Contras" können nach dem Kongreß-Votum ihre finanziellen Mittel aus privaten Quellen ausschließlich zum Kauf von militärischem Material verwenden.

El Salvador, einst Mittelpunkt der Mittelamerika-Krise, heute ein Nebenschauplatz, rechnet ebenfalls mit neuen Waffenimporten. Nachdem ein Terroristenkommando der marxistischen Rebellen Ende letzter Woche 13 Gäste in einem Restaurant ermordet hat – unter ihnen vier amerikanische Marineinfanteristen – versprach Präsident Reagan eine Erhöhung der amerikanischen Militärhilfe.

Die „New York Times" berichtete vor kurzem über Pläne des Pentagon für eine Intervention in Nicaragua. Nicaraguas Innenminister Tomas Borge nannte daraufhin gar Details: Die Amerikaner würden mit 120 000 Mann kommen. Andere sandinistische Führer prophezeiten blutige Kämpfe und anschließend einen langen Guerrilla-Krieg.

Die meisten westlichen Beobachter in Managua halten das Invasionsgerede für Unsinn oder zumindest für verfrüht. (SAD)

# Sie hielten Andrej Sacharow die Nase zu und zwangen ihn, die Flüssigkeit zu schlucken

DW. Bonn

Ein Brief von Jelena Bonner, der Frau Andrej Sacharows, erreichte dieser Tage ihre Kinder und ihre Mutter in den USA. Es ist die erste authentische Nachricht aus Gorki seit mehr als einem Jahr. In der Zwischenzeit haben die sowjetischen Behörden mehrfach durch Desinformationskampagnen – einem mit versteckter Kamera aufgenommenem Film, falschen Telegrammen, gefälschten Postkarten, Gerüchten über eine bevorstehende Ausreise Sacharows nach Oslo – versucht, im Westen Unsicherheit und Desinteresse am Fall Sacharow zu erzeugen.

Der Brief von Jelena Bonner wurde im November 1984 geschrieben. Er kam nicht auf dem Postweg, sondern durch einen „Boten", der das russische Original ins Englische übersetzt hat, um ihn über die Grenze bringen zu können. Dadurch enthält der Text einige Fehlstellen und Unklarheiten. An der Authentizität ist jedoch, wie Efrem Jankelewitsch, der Schwiegersohn Sacharows, erklärte, nicht zu zweifeln. Durch den Brief wird bestätigt, daß Sacharow in einen Hungerstreik getreten war. Er wollte damit erreichen, daß seine Frau ins Ausland reisen und sich dort ärztlich behandeln lassen konnte. Über die Zeit seit November 1984 gibt es nur unbestätigte Nachrichten über Sacharows Zustand. Danach soll er erneut einen Hungerstreik begonnen und zur Zwangsernährung in die Semaschko-Klinik in Gorki eingeliefert worden sein. In ihrem Brief schreibt Jelena Bonner:

*

*Meine liebe, liebe Mutter und meine lieben Kinder!*

Ich hoffe sehr, daß Euch dieser Brief erreicht. Aber Hoffnung ist keine Gewißheit. Ich weiß nicht, ob ein ähnlicher Brief, den ich nach meinem Gerichtsverfahren, aber vor der Revision schrieb, angekommen ist. Wir wissen nicht, was man von uns in der Welt weiß. Unser Radio wurde uns bei der Haussuchung am 8. Mai weggenommen. Im Oktober kauften wir uns einen anderen Empfänger, aber die Störungen sind so stark, daß kein Wort zu hören ist. Wir sind völlig uninformiert. Wir sehen niemanden. Alle Kontakte zu uns sind verboten, auch auf der Straße. Und wenn jemand zu uns heraufkommt, schickt ihn der KGB sofort weg. In dieser Zeit traf ich nur Jelena Resnikowa (die Anwältin von Jelena Bonner, d. Red.), die kam, um meinen Fall sowohl für das Gerichtsverfahren als auch für die Revision zu prüfen.

Wir haben weder eine Schreibmaschine, noch ein Tonbandgerät, noch unsere Manuskripte oder sonst irgend etwas. Wir haben Schmalfilme und englische Kriminalromane beantragt, aber sie ... oder haben einfach nicht geantwortet. Man hat uns nicht gestattet, nach Moskau zu fahren, um



**In Sorge um Andrej Sacharow: Jelena Bonner**

unsere Sachen zu holen. Auch unsere Sparbücher nicht, so daß unser Eigentum de facto, wenngleich nicht de jure beschlagnahmt worden ist ...

Ich habe Euch mehrere Telegramme geschickt, worin ich Euch bat, über das Haupttelefon- und -telegrafenamt die Nummer 31 88 31 anzurufen. Aber offensichtlich haben Euch diese Telgramme nicht erreicht, oder wir wurden über Tag und Zeit Eures Anrufs nicht verständigt. Anstelle des Passes habe ich nur noch einen Personalausweis, und ich muß spätestens um 20 Uhr zu Hause sein. Es scheint, daß sie in jüngster Zeit allen verboten haben, uns zu besuchen. Unterhaltungen am Telefon sind verboten, Freunde dürfen nicht kommen ...

Was Andrej betrifft ... Am 7. Mai wurde er als Notfall ins Krankenhaus gebracht. Am 11. Mai begannen sie mit der Zwangsernährung, zuerst intravenös, dann mit einer Röhre durch die Nase. Darauf hielten sie ihm die Nase zu und zwangen ihn so, die Flüssigkeit zu schlucken, wenn er den Mund öffnete, um zu atmen. Durch die intravenöse Zwangsernährung erlitt er einen Arterienkrampf oder einen Schlaganfall und verlor das Bewußtsein ... Nachdem Andrej wieder das Bewußtsein erlangt hatte, machte ihm das Gehen Schwierigkeiten. Seine Hand zitterte so sehr, daß es für ihn schwierig war zu schreiben. Wenn er einige Worte schrieb, wiederholte er die Vokale. Er schrieb drei „o" oder drei „u", ohne sich dessen bewußt zu sein, was er getan hatte. Sie begannen, Andrej Angst zu machen, indem sie ihm sagten, er habe die Parkinsonsche Krankheit und werde bald ein völliger Invalide sein.

Andrej zeigt zwar noch kleinere Parkinson-Symptome, aber wir glauben, daß sie eine Folge des Krampfes oder Schlaganfalls sind. Jetzt ist Andrej jedenfalls wieder wie früher. Alles ist normal, einschließlich seines Wahrnehmungvermögens, seiner Reaktionen und seines Verstandes. Die einzigen Symptome, die zurückblieben, sind das Zittern seiner Hände und ... seines Unterkiefers.

Als Andrej nichts von mir hörte, begann er zum 7. September wieder mit dem Hungerstreik ... Am 8. September entließen sie ihn, und seither ist er daheim. Während der ersten Woche war er sehr nervös ... er redete über die Ärzte und das Krankenhaus ... und jetzt macht er sich meinetwegen große Sorgen, aber im großen und ganzen ... wenn nicht die Sorge um Euch und die Sehnsucht nach Euch wäre ...

Ich werde noch einmal kurz auf mein Gerichtsverfahren eingehen. Es war in erster Linie eine Antwort auf Andrejs Artikel „Die Gefahr des thermonuklearen Kriegs" in dem Offenen Brief an Drell (Dr. Sydney Drell, d. Red.). Die Erklärungen von Alexandrow (Präsident der Akademie der Wissenschaften, d. Red.) und von Andropow (beide im Sommer 1983, d. Red.), daß Andrej geisteskrank sei, ermöglichen die Repressalien gegen ihn. Sie wurden nur wegen meines Herzanfalls einige Zeit aufgeschoben. Ich besitze jedoch ein Dokument, das beweist, daß gegen mich am 21. Mai 1980 ein Verfahren eingeleitet wurde. Damit wollten sie meine Besuche in Moskau verhindern, aber ihre Pläne wurden durch die Uneinigkeit an der Spitze vereitelt.

Die sieben Punkte, auf die sich die Anklageschrift stützt, sind zwei Pressekonferenzen, ein Artikel in der römischen Tageszeitung „Il Tempo" vom November 1975, meine Rede in Oslo am 10. Dezember 1975 (wo Jelena Bonner für Sacharow den Friedensnobelpreis in Empfang nahm, d. Red.), der Bericht der Moskauer Helsinki-Gruppe an die Belgrader Konferenz 1977, eine Erklärung zur Verteidigung von Felix Serebrow 1981 (der zu neun Jahren Lager und Verbannung verurteilt wurde, d.Red.) und ein Interview für das französische Fernsehen im Mai 1983 ...

Während der gesamten Untersuchung antwortete ich auf alle Fragen, daß ich mich nicht an der Untersuchung beteiligen und keine Fragen beantworten würde, weil ich nie irgendwelche beleidigenden oder subversiven Äußerungen gegen die Regierung, das Gesellschaftssystem oder Privatpersonen gemacht hätte.

Vor Gericht redete ich über alles mögliche. Der einzige Zeuge war Serebrow. (Er log, aber ich empfand Mitleid mit ihm.) Er sagte, daß er kaum etwas wisse, da er die Wohnung der Sacharows nur einmal besucht habe und ich nicht dagewesen sei. Offensichtlich haben sie ihn zu dieser Aussage überredet, weil sie mindestens einen Zeugen brauchten ...

In Wirklichkeit bestraften sie mich wegen Andrejs Artikel „Die Gefahr des thermonuklearen Kriegs", aber Andrej war überzeugt und ist es noch immer, daß dieser Artikel für ihn und für jedermann wichtig ist.

Aber genug von der Untersuchung. Ich will über Dich reden, Mama, liebe Mama. Ich will Dir nicht abraten (zurückzukehren d.Red.), aber Du mußt Dir der Tatsache bewußt sein, daß Moskau heute anders ist, daß dort kaum noch jemand ist. Ich weiß nicht, wo ... (eine enge Freundin d.Red.) ist oder wie es ihr geht. Sie haben bei der Durchsuchung der Wohnung alle Notizbücher mitgenommen, auch von Andrej hier und im Krankenhaus, so habe ich keine Adresse, an die ich schreiben könnte. (Hier bricht der Brief ab.)



# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## In der Regie Moskaus

**„Weltjugendfestspiele – Forum für Moskau"; WELT vom 3. Juni, und „Leserbrief: Propagandaschau"; WELT vom 14. Juni**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

es ist unbegreiflich, mit welcher Blindheit unsere demokratischen Jugendverbände sich immer wieder vor den Propagandakarren des Ostblocks spannen lassen. Ich habe selbst als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands an den Vorbereitungen der Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin (1972) und Kuba (1979) teilgenommen. Es war immer wieder dasselbe „Theater": Themen- und Teilnehmer-Auswahl waren einseitig. Alle Bemühungen demokratisch gesinnter Jugendorganisationen, eine Offenheit der Themen (mit Alternativen) zu erreichen, wurden jeweils von den Organisatoren abgeschmettert.

Sehr einseitig war auch jeweils die Besetzung des Vorbereitungskomitees sowohl der internationalen als auch der nationalen Vorbereitungsgruppe. Die demokratischen Jugendorganisationen, in der Regel bestehend aus den Mitgliedern des Deutschen Bundesjugendringes, der Sportjugend und des Ringes politischer Jugend (Jusos, Jungdemokraten und Junge Union), sahen sich urplötzlich einem breiten Spektrum linker Jugendorganisationen gegenüber, die man teilweise vorher nicht gekannt hat. Allen voran die bestehenden marxistischen, kommunistischen etc. Organisationen unter Leitung der SDAJ, der Jugendorganisation der DKP.

Ich halte es nach vielen Jahren der Erfahrung mit solchen und ähnlichen Veranstaltungen und nach vielen Diskussionen mit Dabeigewesenen für nicht sinnvoll, ja geradezu leichtsinnig, an solchen Massendemonstrationen teilzunehmen. Müssen denn die demokratischen Jugendorganisationen immer wieder das kosmetische Feigenblatt für solche Demonstrationen bilden?

Der Bundesjugendminister (Dr. Geißler) muß sich fragen lassen, ob es wirklich im Sinne der Steuerzahler und der Wähler demokratischer Parteien – und das sind über 90 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – ist, die Teilnahme an solchen Veranstaltungen auch noch aus seinem Haushalt zu unterstützen.

*Mit freundlichen Grüßen*
*P. Helmes,*
*Rückersdorf*

## Wege zur Rentenreform

*Sehr geehrte Redaktion,*

leider gibt es kurzsichtige Politiker, Meinungsmacher und Unternehmer, die bei einer unumstritten notwendigen Produktionskosten- bzw. Arbeitskostenbegrenzung das Bremspedal oder sogar den Rückwärtsganghebel bei den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung besonders kräftig betätigen wollen. Sie sollten folgende Überlegungen nicht außer acht lassen:

● Viele weitsichtige, langfristig denkende und kalkulierende Unternehmer leisten gern einen solidarisch zufriedenstellenden Beitrag zur Sozialversicherung ihrer Arbeitnehmer.

● Viele Wahlberechtigte sind Rentner und Arbeitnehmer (= zukünftige Rentner). Die noch im Arbeitsleben stehenden Menschen bringen gern das Opfer einer Beitragserhöhung, wenn dadurch für sie günstige Rentenaussichten bestehen.

Wenn diese große Wählergruppe oder auch nur ein Teil davon in puncto Renten(aussichten) frustriert ist, verliert die CDU leider ihr Bundesregierungsmandat. Die Folge wäre eine sozialistisch geführte Bundesregierung mit sehr negativen Konsequenzen, wie z. B.:

● Transformation einer relativ freien Wirtschafts- und Gesellschaftsform in eine weniger freie, mehr staatlich beeinflußte, bedingt durch Ausweitung der Staatsbürokratie (Vermehrung von Vorschriften, Verfügungen, Verordnungen, Gesetzen);

● hohe Staatsanteilquote, höhere Inflationsraten, enorme Staatsverschuldung, ungünstige Kreditbedingungen;

● wachstumshemmende Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und somit Lähmung des Leistungswillens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, verbunden mit relativ weniger Arbeits- und Zukunftschancen;

● erhebliche Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie steuergeldverschwendende staatliche Sonderprogramme, die nur Strohfeuereffekte erzielen;

● Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischer Konkurrenz.

Um diese für alle Bevölkerungsschichten schwerwiegenden Folgen zu vermeiden, sollten die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien eine Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge auf ca. 21 Prozent beschließen sowie Vorteil und Zweck dieser Maßnahme der Öffentlichkeit gegenüber überzeugend darlegen.

Bei großzügiger Steuersenkung, Subventionsabbau, Schaffung erstklassiger Rahmenbedingungen für Leistungs- und Wachstumsförderung ist eine derartige Beitragserhöhung durchaus möglich.

*Mit freundlichen Grüßen*
*K. Calmund,*
*Leutkirch*

## Einseitigkeit

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

es fällt immer wieder auf, daß die Fernsehberichterstattung sehr ausführlich und breit auf Inhalte, Diskussionen, Anregungen und Aussprachen im Bereich der nur geistig Aktiven eingeht. *140 000 Menschen* nahmen am Kirchentag in Düsseldorf kürzlich teil. Über das, was dort gesprochen, gedacht und geredet wurde, konnte sich der außenstehende Fernsehzuschauer ein Bild machen, denn viel wurde davon gesendet.

Über die soeben zu Ende gegangene Chemie-Ausstellung (Achema) mit Vortragsprogramm und Hunderten von Ständen fehlt eine ausführliche Berichterstattung in Form interessanter Gespräche, Diskussionen und Neuerungen. Warum?

Unter den Besuchern in Frankfurt sah man auch viele junge Leute. Dort in Düsseldorf sprach man politisch-religiös miteinander, in Frankfurt technisch-sachbezogen ohne Emotionen unter Nutzung des Computers, der Umweltchemie, der Apparate und Verfahren.

Es besteht doch ein Bruch in unserer Gesellschaft und ihrer Fernsehberichterstattung, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Hier im emotionalen Bereich tummelt man sich, im sachlich-technischen Bereich scheint Schweigen besser?

Wann lernt das Fernsehen, eine spannende Ausgewogenheit zwischen Emotionen und Sachlichkeiten herzustellen?

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. K. Fischer,*
*Kelkheim*

## Wort des Tages

99 Gott hat uns den Verstand zum Denken und den Leib zum Arbeiten gegeben. Er würde seine eigene Schöpfung verleugnen, wenn er uns gestattete, durch das Gebet zu erlangen, was durch Arbeit und Intelligenz erreicht werden kann. Das Gebet ist eine wunderbare Ergänzung unserer Mühen, aber es wäre ein gefährlicher Ersatz dafür. 99

**Martin Luther King; US-Theologe und Friedensnobelpreisträger (1929–1968)**

## Flottenabkommen

**„Albion ließ sich nicht übertölpeln"; WELT vom 15. Juni**

1. Die Größe von Kriegsschiffen wird nicht in BRT, sondern in ts oder auch metrischen Tonnen ausgedrückt.

2. Die alten Linienschiffe und auch die neuen, noch unter den Bestimmungen des Versailler Vertrages gebauten Panzerschiffe hatten eine Artillerie von 28 cm.

3. Das Kaliber der Kreuzerartillerie betrug 15 cm.

4. Das Deutsche Reich durfte nur Torpedoboote von 800 ts bauen, keine Zerstörer.

*Hochachtungsvoll*
*W. Lochmann,*
*Plettenberg*

## Richter-Willkür

**„Was für ein Richter"; WELT vom [illegible] Juni**

*Sehr geehrter Herr Schell,*

wenn das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß es die legitime Aufgabe der Bundesregierung ist, die Bundesrepublik wirksam zu verteidigen, dann ist das (diese Grundsatzentscheidung negierende) Urteil des Frankfurter Amtsrichters Christoph Jahr eine Anmaßung, die zu denken gibt und entsprechende Folgen für den „Auch-Juristen" nach sich ziehen sollte.

Es gibt aber auch noch eine zusätzliche Überlegung, die zu der Forderung führt, diesen Amtsrichter aus dem Verkehr zu ziehen. Öffnet er nicht mit seinen Anschuldigungen gegen die Verteidigungsbereitschaft unseres Staates – langfristig gesehen – allen Kräften das Tor, die als randalierende Demonstranten Hilfstruppen jener östlichen Macht sind, die mehr als ein Beispiel dafür gegeben hat, wie man durch Angriffswaffen-Massierung (und Gebrauch) Frieden und Freiheit auslöscht? Auch wenn es Legionen von Toten kostet?

Ich stelle die geistige Ideologie dieses Amtsrichters auf die gleiche politische Ebene, auf der jene verabscheuungswürdigen Figuren agieren, die das gleiche Ziel (wie soeben auf dem Rhein-Main-Flughafen) kurzfristig mit Sprengstoffsätzen zu erreichen trachten. Ihr Wort, Herr Schell, „daß sich ein Staat in Frage stellt, der einen solchen Amtsrichter im Amt beläßt", sollte in Bonn aufmerksam gehört werden.

*Mit freundlichen Grüßen*
*A. Bledow,*
*Meersburg*

# Personalien

## GEBURTSTAGE

Mit ihm geht ein Stück Bundestags-Geschichte: Dr. **Heinz Matthes**, der langjährige Leiter der Abteilung Wissenschaftliche Dokumentation, vollendet am 27. Juni sein 65. Lebensjahr und wird am Monatsende in den Ruhestand treten. Der im Erzgebirge geborene Bibliothekar und gelernte Historiker zählt zu dem Kreis der Mitarbeiter des Parlaments, die nach der Gründung der Bundesrepublik mit dem Aufbau der Bibliothek und eines für den Parlamentsdienst geeigneten Katalogsystems den Grundstein für den wissenschaftlichen Parlamentsdienst gelegt haben. Er hat die wissenschaftliche Dokumentation, Nabelschnur der Abgeordneten zum gesammelten Wissen der Zeit, mit aufgebaut und mehr als ein Jahrzehnt selbst geleitet, väterlich-liebenswürdig und mit gelebter Menschlichkeit.

*

**Heinz Herzig**, Präsident der Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes (ZAV) Frankfurt/Main, vollendet am 27. Juni sein 65. Lebensjahr.

*

**Giselher Wolfgang Klebe**, einer der profiliertesten zeitgenössischen deutschen Komponisten, begeht am 28. Juni seinen 60. Geburtstag. Der Musiker lehrt an der staatlichen Musikhochschule in Detmold und ist durch das knappe Dutzend Opern bekannt geworden, die er seit 1957 in stetiger Folge geschaffen hat. Der in Mannheim geborene Komponist griff dabei immer wieder auf literarische Texte zurück. Seinen größten Beifall bei Kritik und Publikum fand Klebe mit seinen Werken *„Alkmene"* (1961) und „Der jüngste Tag" (1980) nach **Ödön von Horvath**. Ein besonders hervorstechendes Merkmal seines Schaffens ist der vielfach als gelungen angesehene Versuch, die Zwölf-Ton-Technik mit freier Atonalität zu vereinen. Klebes Schaffen wurde vor allem durch **Boris Blacher** geprägt, bei dem er von 1946 bis 1951 studierte.

## WAHLEN

Der Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, Prälat **Norbert Herkenrath**, ist zum Präsidenten des Deutschen Katholischen Missionsrates (DKMR) gewählt worden. Dem Zusammenschluß gehören neben den missionierenden Orden Vertreter der Diözesen und der kirchlichen Hilfswerke an. Norbert Herkenrath wurde am 15. Juli 1929 in Siegburg als Sohn eines Studienrats geboren. Nach seinem Theologiestudium in Bonn und München wurde er 1955 im Kölner Dom von Kardinal **Josef Frings**, dem späteren Begründer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, zum Priester geweiht. Erste Jahre im seelsorgerischen Dienst verbrachte er als Kaplan in Rodenkirchen bei Köln, anschließend übernahm er fast acht Jahre lang die Leitung des Erzbischöflichen Konvikts in Münstereifel. Danach berief ihn Kardinal Frings zum Diözesan-Jugendseelsorger in Köln.

*

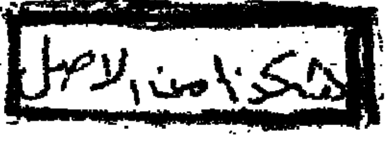
Kardinal **Franz König**, der Erzbischof von Wien, ist zum neuen Präsidenten der Internationalen Katholischen Friedensbewegung „PAX Christi" gewählt worden. Als Vizepräsidenten bestimmte die Ratstagung von „PAX Christi" im belgischen Brügge den niederländischen Bischof **Ernst** und Schwester **Evyline Jegen** aus den USA.

*

Auf der Bundesversammlung der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg wurden **Anton Markmiller** als Bundesvorsitzender und Bundeskurat **Heinz Kußmann** in ihren Ämtern bestätigt.

## EHRUNG

Der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Professor Dr. **Hubert Rohde**, erhält durch Bischof Dr. **Anton Schlembach** den päpstlichen Gregoriusorden. Der Orden vom heiligen Gregor dem Großen wurde 1831 von Papst Gregor XVI. für herausragende Verdienste gestiftet.



WIMBLEDON

# Filmstar kritisiert McEnroe

dpa, London

Es war, wie der „Guardian" feststellte, Shakespeare-Tag in Wimbledon: Viel Lärm um Nichts. 14 000 Zuschauer wurden auf dem Center Court nach viereinhalbstündigem zermürbendem Warten im Regen mit 18 Minuten McEnroe gegen McNamara abgespeist. 4 000 Fans bekamen 133 Minuten Lendl gegen Purcell geboten: 6:4, 7:6, 7:6. „Es war der deprimierendste Wimbledon-Tag seit 16 Jahren!" schrieb der „Daily Telegraph".

John McEnroe ist ja nun wirklich ein Spieler mit umstrittenen Manieren. Kein geringerer als Amerikas Film-Superstar Charlton Heston hat es wegen des 26jährigen öffentlich abgelehnt, der hohen Einladung nachzukommen, Wimbledon von der „königlichen Box" aus zu verfolgen. „Ich möchte ganz einfach nicht von diesem wunderbaren Platz aus das Risiko eingehen, als ein Amerikaner mit ansehen zu müssen, wie ein Amerikaner unser Land verunglimpft." Heston hat den amerikanischen Daviscup-Kapitän Arthur Ashe brieflich aufgefordert, hart zu bleiben: „Ich habe Spekulationen in der Presse gelesen, daß Sie McEnroe im Daviscup in Hamburg gegen Deutschland einsetzen wollen, obwohl er sich geweigert hat, die schriftliche Erklärung auf gutes Benehmen zu unterschreiben. Meine Aufforderung ist einfach: Tun Sie es nicht!"

Das Wimbledon-Turnier ist für Claudia Kohde und Boris Becker zu einer verpaßten Gelegenheit geworden. Die von den Buchmachern jeweils am vierthöchsten gewetteten Deutschen hatten vereinbart, im Mixed an den Start zu gehen. Als die beiden ihre Auslosung erfragen wollten, wurde ihnen vom Veranstalter erklärt, es läge keine Meldung von ihnen vor. „Jeder hat sich bei der Anmeldung auf den anderen verlassen", erklärte Beckers Trainer Günter Bosch das Mißgeschick.

MOTORSPORT

# Denkt Lauda wieder an Rücktritt?

sid, Salzburg

„McLaren muß jetzt sehr schnell reagieren, sonst ist der Weltmeisterschafts-Zug wirklich abgefahren." Unmittelbar nach seiner Rückkehr vom amerikanischen Grand Prix in Detroit äußerte sich Formel-1-Weltmeister Niki Lauda in Salzburg nicht sehr zuversichtlich über seine Chancen auf eine mögliche Titelverteidigung. „Vor allem unsere hintere Aufhängung bereitet uns große Probleme und bedarf schnellstens einer gründlichen Überarbeitung."

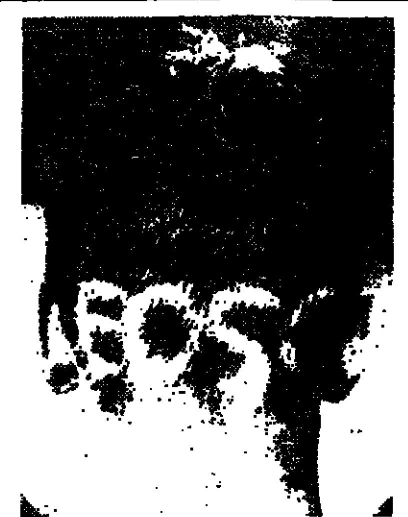
Der Österreicher hat seinen Titel allerdings noch nicht völlig abgeschrieben. „Solange auch nur die geringste theoretische Chance besteht, gebe ich nicht auf. Das Problem an der ganzen Sache ist nur, daß in erster Linie die Ferrari sehr standhaft geworden sind. Es wird schwer sein, Alboreto noch abzufangen." Der Italiener Michele Alboreto führt mit 31 Punkten die WM-Wertung an. Lauda rangiert derzeit mit nur drei WM-Punkten auf dem 11. Platz der Gesamtwertung, einen Punkt und einen Platz hinter dem Gießener Stefan Bellof.

Zurückhaltend reagierte Lauda auf die Spekulationen über seine mögliche Zusammenarbeit 1986 mit Ford. „Ich zerbreche mir nicht den Kopf über ein Team, das es noch gar nicht gibt. Die ersten Testfahrten im Juli werde ich sicherlich mit Interesse beobachten, doch über meine Zukunft entscheide ich frühestens Ende August." Das neue amerikanische Team Force, ausgerüstet mit einem Lola-Auto und dem neuen Ford-Turbo, hat vorerst den bereits zurückgetretenen, 38 Jahre alten ehemaligen australischen Weltmeister Alan Jones als einzigen Fahrer verpflichtet. Ein in Detroit ansässiger Mischkonzern unterstützt das Engagement mit rund 250 Millionen Mark.

Auch über eventuelle Rücktritts-Absichten wollte sich Lauda nicht konkret äußern. „Sicher ist nur: Es wird keine Spontan-Aktion sein."

SCHWIMMEN / 15 Jahre altes Talent aus Bonn verbesserte Jahrgangs-Rekord von Michael Groß





Das Gesicht kennt inzwischen jeder, der sich für Sport interessiert, ob von vorne oder im Profil: Michael Groß. Die kurzen Haare am Hinterkopf aber haben sich verändert. Der Weltrekordler war beim Friseur und hat sich nach Punker-Art ganz besondere Strähnen einfärben lassen. „EOSC" steht da jetzt in weiß, Abkürzung für Erster Offenbacher Schwimm-Club (links). Was wohl seine These beweien soll, daß Schwimmen Mannschaftssport sei. Solche Extravaganzen kann sich der 15 Jahre alte Peter Sitt (rechts) noch nicht leisten. Aber: Er ist schneller, als es Groß im gleichen Alter war...



# Peter Sitt – Schularbeiten vor dem Start

SABINE KOBES, Bonn

Wenn seine Klasse am Bonner Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium ins Schullandheim fährt, dann kämpft Peter Sitt darum, zu Hause bleiben zu dürfen. Nicht, daß er die Klassengemeinschaft nicht zu schätzen weiß – er kann „einfach unmöglich eine Trainingsphase unterbrechen". Den 15 Jahre alten Jungen zieht es ins Schwimmbecken. Erfolge bisher: zweite Plätze in seinem Jahrgang.

Bei den deutschen Meisterschaften in Remscheid und Wuppertal stand er gestern nach 200 gekraulten Metern und einer Zeit, die gleich zwei Sekunden unter seiner eigenen Bestmarke lag, im Finale unter den deutschen Assen. Als Jüngster – Startblock an Startblock mit Weltrekordler Michael Groß und den Olympiateilnehmern Fahrner und Korthals. Mit 1:53,25 Minuten hatte er in den Vorläufen die sechstbeste Zeit erreicht, war nur 1,21 Sekunden langsamer als Michael Groß. Dafür hat Sitt den Weltrekordler Groß (1:47,44) in einer anderen Rekordliste abgelöst: Er war 22 hundertstel Sekunden schneller als Groß zu der Zeit, als er 15 Jahre alt war.

Eingeplant war das nicht. Nun müssen die Pausen zwischen den Rennen der Meisterschaft konsequent genutzt werden. „Für die Schule" arbeitete er gestern vormittag vor dem Start. Er büffelt auch in den Ferien, „ich hab' da so meine Schwierigkeiten." Die neunte Klasse macht er jetzt noch mal. Aber so schlimm findet Peter das nicht: „Ich bin im Dezember geboren, da war ich sowieso immer einer der Jüngsten." Gibt's denn Lieblingsfächer? „So richtig gern" hat er „eigentlich gar nichts". Oder doch – „Sport eben".

Für Beschäftigungen nebenher bleibt wenig Zeit. Mal zu McDonald's mit den Internatsnachbarn aus dem Bundesleistungszentrum, mal ins Kino. Und – wieder der Sport: gelegentlich Skifahren, Windsurfen und „ganz zu Hause mit meiner Mutter Tennis spielen". Bonn ist nicht Peters Heimatstadt, er stammt aus Zündorf, einem Städtchen bei Frechen. Seine Eltern (der Vater ist „Versicherungskaufmann mit eigenem Betrieb aber ohne Schwimmvergangenheit") haben sich „100prozentig auf den Leistungssport eingestellt". Vergangenen September eröffnete ihnen der Filius kurzentschlossen, er komme in Zündorf nicht weiter: „Ich gehe in einen größeren Verein." Die Mutter fand sich damit ab, daß ihr Sohn beinahe von heute auf morgen von zu Hause wegzog: „Bei einem 14jährigen können Sie sowieso keinen Einspruch mehr erheben." Der SSF Bonn hatte „schon immer die Arme ausgestreckt", spätestens bei den deutschen Meisterschaften im letzten Jahr war der Jahrgangs-Vizemeister über 100 m Freistil aufgefallen.

Viereinhalb Stunden hatte Peter zu Hause in Zündorf trainiert – pro Woche. Jetzt steigt er jeden Tag ins Bekcken, schwimmt seine vier-, fünftausend Meter. Dreimal die Woche absolviert er eine zweite Trainingseinheit. Und das alles mit der vielköpfigen Nachwuchsgruppe der zehn- bis 17jährigen, geleitet von Jean Delmarche, dem Trainer aus Belgien.

„Die Großen und Starken tut Jean auf die eine Bahn, die Kleineren auf eine andere", beschreibt Peter Sitt die Trainingsmethode. Und für die „Großen und Starken" steht außerdem ein Krafttraining auf dem Programm, „bisher nur an Zugmaschinen, nicht mit Hanteln und so".

„Das wird für Peter in den nächsten Jahren mehr werden", plant Delmarche. Sein Schützling ist mit seinen 15 Jahren derzeit 1,87 Meter groß. Das Gewicht? „So um die 70 Kilo", vermutet Peter. (Nach längerem Überlegen, die Selbstbeobachtung eines Spitzensportlers scheint noch nicht ausgeprägt.) Peter Sitt macht heute den Eindruck des typischen Sprinters im Schwimmbecken. „In der nächsten Zeit muß die Kraft intensiver werden", sagt Delmarche, „Peter ist noch zu jung, um ihn auf die Sprintstrecke festzulegen."

Die Aussicht auf das verschärfte Krafttraining im Trockenen gefällt Peter überhaupt nicht. „Ich tue nichts lieber als schwimmen", sagt er. Sein Trainer muß ihn oft im Wasser bremsen, „Peter ist da fast schon zu eifrig." Er will immer „durchschwimmen" und kommt seinem Trainer vor „wie ein Vollblutpferd".

Peters Vorbild? „Natürlich" Michael Groß. Dem war er bisher „noch nie über den Weg gelaufen", mit Herzklopfen ging er deshalb ins 200-m-Finale. Immerhin: Seit er nicht mehr im Elternhaus wohnt, „ist Peter selbstbewußter und erwachsener geworden" (seine Mutter). Die gelegentlichen Kiekser, letzte Ausläufer des Stimmbruchs, sind kaum noch zu hören.

Am ersten Tag der Titelkämpfe schwamm Frank Hoffmeister mit 2:20,96 Minuten über 200 m Rücken seinen ersten Rekord für die Bundesrepublik Deutschland. Der vor zwei Jahren aus der „DDR" geflüchtete Hoffmeister verbesserte die alte Marke von Thomas Lebherz aus dem Jahre 1981 um 88 hundertstel Sekunden.

LEICHATHLETIK

# Zola Budd klar besiegt

sid, Belfast

Eine überraschende Niederlage gegen die Amerikanerin Darlene Beckford mußte die Südafrikanerin Zola Budd in Belfast über 3000 m hinnehmen. In schwachen 9:01,71 Minuten lag sie im Ziel mehr als drei Sekunden hinter der 22jährigen, die am Wochenende beim Länderkampf Deutschland gegen USA in Bremen über 1500 m auf Brigitte Kraus (Köln) treffen soll.

Jarmila Kratochvilova (CSSR) gewann die 800 m in 1:57,14 Minuten und zog Kirsty McDermott, die 1984 wegen der Nichtberücksichtigung für Los Angeles schon aufhören wollte, zum britischen Rekord von 1:57,42. Im Speerwerfen trumpfte Fatima Whitbread (England) beim Triumph über die Moskauer Olympiasiegerin Maria Caridad-Colon (67,10 m) aus Kuba mit ihrer zweitbesten Weite von 71,28 m auf. Steve Ovett gewann die englische Meile (1609 m) in 3:56,34 Minuten und damit sein zweites Rennen innerhalb von zwei Tagen.

Der neue Dreisprung-Weltrekordler Willie Banks enttäuschte sechs Tage vor dem Bremer Länderkampf mit 16,89 m – für den von Sportfest zu Sportfest tingelnden Amerikaner war es das schlechteste Resultat seit Wochen.



## SPORT-NACHRICHTEN

### Lepel verläßt Röttgen

**Köln** (kgö) – Neuer Leiter des Vollblutgestüts Erlengrund wird Jens Freiherr von Lepel, zuvor elf Jahre im Kölner Gestüt Röttgen tätig, dessen Besitzerin Maria Mehl-Mülhens am 21. April 1985 verstarb. Lepel löst in Erlengrund Ferdinand Leisten ab. Das Gestüt gehört dem Ingelheimer Pharma-Unternehmer Hubertus Liebrecht.

### Plovdiv Meister

**Sofia** (sid) – Der bulgarische Fußball-Verband erklärte Trakia Plovdiv zum Meister der Saison 1984/85. Plovdiv war nur Dritter der Tabelle, vor dem Klub lagen die vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partie Bulgariens wegen der Ausschreitungen im Pokalfinale aufgelösten Vereine Levski/Spartak und ZSKA Sofia. Wer Bulgarien im Europapokal der Pokalsieger und im UEFA-Cup vertritt ist noch nicht entschieden.

### Timman qualifiziert

**Mexico City** (dpa) – Der niederländische Schach-Großmeister Jan Timman hat sich bereits vor Runden vor Schluß des Interzonenturniers zur Weltmeisterschaft in Mexiko für das Kandidatenturnier qualifiziert. Mit neun Punkten führt er vor dem Kubaner Jesus Nogueiras (7,5).

### Neuer Posten

**Paris** (sid) – Monique Berlioux, als Direktorin des Internationalen Olympischen Komitees entlassen, hat eine neue Aufgabe gefunden. Sie wurde vom Pariser Bürgermeister Jacques Chirac zur technischen Beraterin für Sportfragen der französischen Hauptstadt ernannt.

### Profititel für Heiden

**Philadelphia** (sid) – Eric Heiden, fünfmaliger Eisschnellauf-Olympiasieger von Lake Placid, gewann in Philadelphia die US-Meisterschaften im Straßenfahren der Radprofis. Heiden kassierte 20 000 Dollar Preisgeld.

### Gulich zu Hannover

**Hannover** (sid) – Hannover 96, Aufsteiger zur Fußball-Bundesliga, hat den 24 Jahre alten Mittelstürmer Helmut Gulich von Bayer Uerdingen verpflichtet. Die Ablöse beträgt 200 000 Mark.

## ZAHLEN

**TENNIS**

**Wimbledon**, 1. Runde, Herren: Lendl (CSSR) – Purcell (USA) 6:4, 7:6, 7:6.

**LEICHTATHLETIK**

**Sportfest** in Belfast, Männer, Meilenlauf: 1. Ovett (Großbritannien) 3:56,34, 2. O'Sullivan (Iralnd) 3:56,74. – Hochsprung: 1. Satomayor (Kuba) 2,30. – Dreisprung: 1. Banks (USA) 16,89. – Frauen, 800 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 1:57,14, 2. McDermott (Großbritannien) 1:57,42. – 3000 m: 1. Beckford (USA) 8:58,40, 2. Budd (Großbritannien) 9:01,71.

**GEWINNQUOTEN**

**Lotto**, Klasse 1: 2 299 911,60 Mark, 2: 137 994,60, 3: 9038,90, 4: 141,20, 5: 10,00. – **Toto**, Elferwette: 1: 8511,00, 2: 424,80, 3: 47,60. – 6 aus 45: 1: 173 783,80, 2: 20 437,00, 3: 1424,40, 4: 30,70, 5: 4,10. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 817,40, 2: 78,20. – Rennen B: 1: 286,80, 2: 115,10. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 16 348,20 Mark.

(ohne Gewähr)

FUSSBALL / Terminplan der Bundesliga-Saison

# Gleich zum Auftakt spielt Pokalsieger gegen Meister

sid, Frankfurt

Die 23. Saison der Fußball-Bundesliga beginnt am 10. August mit einem Spiel von besonderem Reiz: Pokalsieger Bayer Uerdingen empfängt Meister Bayern München. Die drei Aufsteiger 1. FC Saarbrücken (gegen Dortmund), 1. FC Nürnberg (VfL Bochum) und Hannover 96 (Bayer Leverkusen) haben am ersten Spieltag Heimrecht. So sieht es der Spielplan vor, den der Deutsche Fußball-Bund gestern in Frankfurt veröffentlichte.

Die Arbeit am Terminplan war für den 74 Jahre alten Bundesliga-Spielleiter Hermann Schmaul noch komplizierter als in den letzten Jahren. Ursache ist die neue Situation im Südwesten. Künftig bilden Kaiserslautern und Saarbrücken ein „Zwillingspärchen" (Schmaul). Wegen der geographischen Nähe beider Städte werden so beide Vereine keine Heimspiele am gleichen Tag austragen müssen. Dasselbe gilt für Köln/Leverkusen und Mönchengladbach/Uerdingen.

Die 23. Saison ist bereits am 1. Mai beendet, um genügend Zeit für die Vorbereitung der Nationalmannschaft auf die Weltmeisterschaft in Mexiko zu haben (Eröffnungsspiel am 31. Mai). Die Folgen: Eine Pause im Winter gibt es für die Bundesliga-Klubs nicht. Die Hinspiel-Serie ist bereits am 30. November beendet, eine Woche später (7. Dezember) beginnt die Rückrunde. Bereits in der Vorrunde sind drei Spieltage am Dienstag oder Mittwoch vorgesehen: 20./21. August (3. Spieltag), 3./4. September (5. Spieltag) und 19./20. November (15. Spieltag).

Das sind die restlichen Spiele des ersten Spieltages am 10. August: Schalke 04 – Werder Bremen, 1. FC Köln – Eintracht Frankfurt, Hamburg – Kaiserslautern, Stuttgart – Mönchengladbach, Düsseldorf – Mannheim.

## STAND●PUNKT / *Der rennende „Löwe vom Pandschab"*

Francesco Tocco, gerade erst 90 geworden, und durchaus um einiges rüstiger als die Konkurrenten, wollte den Angriff mit einem schneidigen Hechtsprung kontern. Doch das war für die Katz. Gegen den wirbelnden Schlußspurt des 93jährigen Inders Azad Pirthin Singh war kein Kraut gewachsen. Wie auch? Der „Löwe vom Pandschab" ist schließlich ein gefürchteter 100-m-Sprinter – in seiner Altersklasse.

In 29,95 Sekunden war Azad Pirthin Singh bei den Veteranen-Weltmeisterschaften in Rom die 100-m-Strecke hinuntergejagt, was Bestzeit für über 90jährige Sprinter bedeutet und auch deshalb als Nachricht die Runde um den Globus machte, weil der neue Rekordhalter der älteste Teilnehmer ist.

Ein 93jähriger besiegt einen 90jährigen im 100-m-Lauf – verrückte Alte, oder? Ein 60jähriger, immer noch fabelhaft aussehender Filmstar – Paul Newman nämlich – fährt Autorennen. Und was für welche und obendrein wie! Ihr täte das Kreuz weh, ohne Pillen könnte sie gar nicht mehr einschlafen und die Hände – „schauens her" – würden ständig zittern. Nur nicht auf dem Schießplatz, da holt sie mit ihren 64 Jahren noch immer die meisten Tontauben 'runter. Sie ist wieder Deutsche Meisterin geworden, die Gräfin Soden, und das vor über 30 Jahre jüngeren Konkurrentinnen.

Manche, zumeist die Altersgenossen im sport- und freudlosen Funktionärsstand, verdrießt so etwas. Als der Heibl Schorsch aus Rosenheim einst als über Vierzigjähriger den jüngeren Bobfahrern dermaßen die Ohren sausen ließ, daß es nur so eine Freude war, haben sie ihn aus dem Nationalkader geschmissen. Sie haben ihm gesagt, die deutsche Bob-Mannschaft sei schließlich keine Veteranentruppe, und der Schorsch hat's bis heute nicht begriffen.

So ist das nun mal mit den Alten, zum Ehrgeiz gesellt sich auch noch der Starrsinn. Deshalb wollen sie immer weitermachen, Rekorde aufstellen, kämpfen und siegen wie die Jungen. Und das in aller Öffentlichkeit, völlig ungeniert. Wo bleibt denn da der Gleichmut, fragen einige. Sie scheinen nichts begriffen zu haben von dem, was Sportler zeit ihres Lebens bewegt und jung sein läßt.

K. Bl.

# Im Juli Expertengespräch zur Terrorbekämpfung

**Kohls Antwort auf Bushs Appell / Deutscher Beitrag gewürdigt**

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich gestern gegenüber dem amerikanischen Vizepräsidenten George Bush zu einer umfassenden Kooperation bei der Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus bereit erklärt. Er reagierte damit auf einen von Bush vorgetragenen Appell, der auch in einem Brief Präsident Reagans an Kohl seinen Niederschlag fand.

Nach Mitteilung der Bundesregierung werden im Juli Experten der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, Japans und der Bundesrepublik in Bonn zusammenkommen, um angesichts der jüngsten Terrorakte über neue Schritte zur Terroristenbekämpfung zu beraten. Eine derartige Koordinierung war schon auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel 1978 beschlossen worden. Der Kanzler will das Thema auch auf dem Mailänder Europagipfel zur Sprache bringen.

Vizepräsident Bush, der am Montag abend in Bonn eingetroffen war und gestern abend nach Den Haag weiterflog, stellte den Kampf gegen Attentate und Entführungen in den Mittelpunkt aller Gespräche. Zur Begründung wies er auf den jüngsten Bombenanschlag im Frankfurter Flughafengebäude, die Entführung einer TWA-Maschine in Beirut, Morde in San Salvador und das wahrscheinlich durch eine Bombenexplosion abgestürzte Air-India-Flugzeug hin.

„Diese Vorfälle haben uns an die akute Bedrohung des Friedens unserer Völker durch den internationalen Terrorismus erinnert", sagte Bush im Gespräch mit dem Bundeskanzler. „Wir müssen unser Ziel klar im Auge behalten: Es besteht darin, den Terrorismus aus der Welt zu schaffen. Ebenso wie sich die zivilisierten Völker vor einem Jahrhundert gegen die Piraterie vereinigt hatten, so muß die demokratische Welt jetzt gemeinsam handeln, um diese moderne Geißel auszumerzen."

Der Vizepräsident würdigte die deutschen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus und dankte Kohl für die Bereitschaft zu enger Kooperation mit den USA und anderen befreundeten Staaten. Der Kanzler drückte Sympathie und Mitgefühl für die in Beirut festgehaltenen amerikanischen Geiseln und deren Familien aus.

Ein weiteres Thema im Gespräch Kohls mit Bush war nach Angaben von Regierungssprecher Jürgen Sudhoff das amerikanische Programm zur Weltraumverteidigung (SDI). Dabei erläuterte der Kanzler die deutsche Position aufgrund seiner Bundestagsrede vom 18. April und der Stellungnahme des Bundessicherheitsrates vom 27. März 1985. Der Vizepräsident bekräftigte die Bereitschaft der US-Regierung, mit Bonn über alle interessierenden SDI-Fragen, einschließlich möglicher Kooperationsformen, zu sprechen.

In einer Tischrede rühmte Kohl seinen Gast als „guten und erprobten Freund". Die deutsch-amerikanischen Beziehungen hätten in den letzten Monaten durch den Besuch Präsident Reagans einen neuen Akzent erhalten. Bush nahm diese Bewertung mit dem Hinweis auf, der Reagan-Besuch sei aus amerikanischer Sicht ein großer Erfolg gewesen. Die deutsch-amerikanische Freundschaft bilde den Eckstein einer starken atlantischen Allianz. Man höre immer wieder, die NATO sei in Schwierigkeiten, fuhr Bush fort. Tatsächlich aber sei das Bündnis so kräftig wie kaum jemals zuvor. „Es ist unsere Aufgabe, es stark zu erhalten."

Der Vizepräsident betonte, die Freiheit, die der Westen genieße, müsse auch auf die Völker Osteuropas ausgedehnt werden. „Ihre Abwesenheit teilt dieses Land in tragischer Weise. Es muß unser Ziel bleiben, alle friedlichen Mittel anzuwenden, um die Hindernisse menschlichen Kontakts auf diesem Kontinent zu überwinden."

Bush traf in Bonn auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, CSU-Chef Franz Josef Strauß, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sowie den SPD-Politikern Willy Brandt, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel zusammen.

# Die „Kriegserklärung" Breuels erbost Strauß

**Investitionszulage für Wackersdorf dennoch gebilligt**

PETER SCHMALZ, **München**

Die geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe, um die sich die Bundesländer Bayern und Niedersachsen intensiv bemüht haben und die nach einer Entscheidung der deutschen Wiederaufbereitungsgesellschaft DWK im bayerischen Wackersdorf errichtet wird, beeinträchtigt weiterhin das Verhältnis zwischen den beiden unionsregierten Ländern. In der Münchner Staatskanzlei wurde es als eine Art „Kriegserklärung" angesehen, daß die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) in dem von Bund und Ländern besetzten Planungsausschuß gegen die Anerkennung einer Investitionszulage für die bayerische Anlage gestimmt hat.

Dem Vernehmen nach war Ministerpräsident Franz Josef Strauß darüber dermaßen erbost, daß er seinem Amtskollegen Ernst Albrecht einen geharnischten Brief schreiben wollte. Die Rücksicht auf den schweren Wahlkampf, den der niedersächsische Regierungschef zu erwarten hat, ließ ihn ungeschrieben: Man wolle Albrecht keine zusätzlichen Schwierigkeiten bereiten, heißt es in der bayerischen Hauptstadt.

Das Nein aus Hannover hatte die Münchner Regierung unvorbereitet überrascht. Das Baugebiet für die mindestens fünf Milliarden Mark teure Anlage erfüllt die Kriterien, damit der Bauherr über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" eine Investitionszulage von zehn Prozent erhalten kann. Mit dieser Zulage konnte die DWK sowohl in Bayern wie in Niedersachsen rechnen.

Durch eine planerische Besonderheit ergab sich dabei bei Wackersdorf ein Problem, das aber bisher in ähnlichen Fällen reibungslos überwunden wurde: Förderberechtigt sind ausschließlich Gemeindegebiete, der als Bauplatz vorgesehene Taxöldener Forst ist vorerst noch gemeindefrei und wird erst im Laufe des weiteren Genehmigungsverfahrens einer der umliegenden Gemeinden zugewiesen.

In ähnlichen Fällen wurde die Investitionszulage bisher über eine benachbarte, förderungswürdige Gemeinde geschleust, wofür allerdings im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe, in dem jedes Land eine Stimme hat und der Bund über elf verfügt, eine Dreiviertel-Mehrheit benötigt wird. Demnach aber müssen die unionsregierten Länder geschlossen mit dem Bund stimmen, um notfalls ein geschlossenes Nein der SPD-Länder zu überstimmen.

Zur Verblüffung Bayerns stimmte jedoch Birgit Breuel für Niedersachsen gegen das bayerische Anliegen, das dann aber doch noch durchkam, weil zwei SPD-Länder dafür stimmten und eines sich der Stimme enthielt. „Ein solches unsolidarisches Verhalten eines CDU-Landes ist unbegreiflich", meinte ein hoher CSU-Politiker gegenüber der WELT. In München wird dieser Vorfall als ein Zeichen dafür gewertet, daß es der Regierung in Hannover noch immer schwerfällt, die DWK-Entscheidung für Bayern zu akzeptieren und eine gemeinsame atomare Entsorgungspolitik zu tragen.

Dabei, so heißt es in München, wurde Niedersachsen die Niederlage beim Wettlauf um die strukturpolitisch interessante Industrieansiedlung durch eine als nobel bezeichnete Geste erträglicher gemacht. Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, wird die Gewerbesteuer der Wiederaufbereitungsanlage nicht voll in Bayern bleiben, sondern zu etwa 20 Prozent nach Hannover gehen. Nach der Inbetriebnahme der Anlage von 1995 an wird mit einer jährlichen Gewerbesteuereinnahme von zehn Millionen Mark gerechnet.

Dieser Millionenbetrag ist auch der Grund dafür, daß neben Wackersdorf zwei weitere Nachbarorte an der Eingemeindung des Baugebiets interessiert sind. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Georg von Waldenfels, der die „Koordinierungsgruppe WAA" leitet, rechnet jedoch in den nächsten Wochen mit einer Einigung, die alle Gemeinden an der Gewerbesteuer beteiligt und somit zufriedenstellt.

# Peres ergreift Initiative in der Geisel-Frage

**Israel kommt öffentlicher Meinung Amerikas entgegen**

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Im Lager von Athlit bei Haifa, aus dem am Montag 31 libanesische Gefangene repatriiert wurden, sind Vorbereitungen für weitere Freilassungen im Gange. Eine Liste für den nächsten Schub ist schon fertig. In Jerusalem gilt dies als eine einseitige Geste von seiten der Israelis. Sie scheint weniger für die Geiselnehmer in Beirut, die davon bisher unbeeindruckt blieben, als vielmehr für die Amerikaner bestimmt. Den Israelis geht es darum, der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten entgegenzukommen.

Diese war höchst befremdet, als Verteidigungsminister Rabin, zu dessen Ressort die Kontrolle über alle libanesischen Gefangenen gehört, Anfang dieser Woche in einem Fernsehinterview die Befreiung der Geiseln als „amerikanisches Problem" darstellte und die US-Regierung in beinahe verletzender Formulierung aufforderte, „uns doch zu sagen, was sie haben will" – gerade das, was sich die amerikanische Regierung nicht leisten kann.

Ministerpräsident Peres verfügte anscheinend über mehr Fingerspitzengefühl für die unfreundliche Reaktion, die Rabins Äußerung in den USA hervorgerufen hatte. In einem nächtlichen Gespräch mit US-Außenminister Shultz bemühte sich Peres mit ziemlichem Erfolg – so Berichte aus Washington –, die Gemüter zu beschwichtigen. Am Montag schickte er eine formelle Note an US-Präsident Reagan, in der er „enge Zusammenarbeit mit dem Weißen Haus zur Lösung der Geiselfrage" anregte. Das wird als ein Hinweis aufgefaßt, daß Israel bereit ist, die Gefangenen freizulassen und gleichzeitig das Prestige der befreundeten USA zu wahren. Eine allmähliche Freilassung der Gefangenen in kleinen Schubs erscheint als ein möglicher Ausweg, der auch den Israelis das Gesicht retten würde.

Ganz offensichtlich hat Peres seinem Verteidigungsminister die Behandlung des Geisel-Problems aus den Händen genommen und an sich gezogen. In diesem Fall jedoch hat Peres nicht als Lenker der öffentlichen Meinung im eigenen Land, sondern als deren Diener gehandelt. Fast ausnahmslos verhält sich jetzt schon die Presse kritisch zur harten Haltung ihrer Regierung, und eine Straßenumfrage des renommierten „Dahaef"-Instituts gab den Befürwortern eines Einlenkens eine kleine Mehrheit. Die auflagenstärkste Zeitung des Landes, „Yediot Ahronoth", hatte bereits am vergangenen Freitag geschrieben: „Die Regierung sollte einen passenderen Zeitpunkt wählen, um den Amerikanern Lektionen zu erteilen." Und in der Zeitung „Ha'aretz" hieß es: „Möge doch die Regierung aufhören, den Dummkopf zu spielen und die öffentliche Meinung in Amerika zu provozieren. Nach den 31 sollte die Regierung alle Gefangenen in Athlit freilassen – und zwar ohne Aufschub."

Nur zwei Minister, Vizepremier David Levy und Verkehrsminister Amnon Rubinstein, haben bisher ganz offen die Erfüllung der unausgesprochenen amerikanischen Wünsche gefordert. Levy erklärte in einem Rundfunkinterview: „Israel ist eine aktiv beteiligte Partei in dieser Angelegenheit. Wir können es uns nicht leisten, untätig zuzusehen, bis sich die USA formell an uns wendet. Uns obliegt es, die Initiative zu ergreifen."

Israelische Diplomaten weisen schon jetzt auf die leidvolle Erfahrung hin, daß eine Kapitulation vor dem Terror mehr Terror zeugt. Die bloße Aussicht auf eine Freilassung aller libanesischen Gefangenen hat Nabih Berri bereits zu einer Erhöhung seiner Forderung veranlaßt. Die Freilassung würde nicht genügen, sagte er am Montag, die USA müßten auch ihre Schiffe aus den libanesischen Küstengewässern entfernen. Dabei befinden sich die drei amerikanischen Marineeinheiten – darunter ein Hubschrauberträger –, wie der Sprecher des State Departments, Bernhard Kalb, in Washington erklärte, nicht in libanesischen Gewässern, sondern außerhalb der Hoheitszone, wo sie nach dem Völkerrecht auch sein dürfen. (SAD)

# Honecker schlägt wieder moderate Töne an

hrk. **Berlin**

SED-Chef Erich Honecker läßt wenige Tage nach seinen barschen Tönen gegenüber Bonn auf der Sitzung des SED-Zentralkomitees nun wieder mit freundlicheren Bemerkungen in Richtung Bonn aufhorchen. Der Zeitung „La Hora" in Uruguay sagte er, offenbar noch vor der ZK-Sitzung, die „DDR" sei „auch künftig bestrebt, das Erreichte zu erhalten und auszubauen". Vor dem Zentralkomitee hatte Honecker unüberhörbar in Zweifel gezogen, daß Kohl noch zur „gemeinsamen Erklärung" mit Honecker vom 12. März in Moskau stehe. Diese Formulierung war offensichtlich für den „Inmengebrauch" bestimmt. Honecker erklärte jetzt, was früheren Äußerungen vor ausländischen Journalisten entspricht: „Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen sind eine grundlegende Bedingung für den Frieden. Darin stimmten Bundeskanzler Helmut Kohl und ich bei unserem Treffen am 12. März überein." Dies sei eine Feststellung „von nicht geringer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD".

# „Haftbedingungen in Swapo-Lagern prüfen"

Co. **Bonn**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Jürgen Hedrich hat die Bundesregierung aufgefordert, sich um eine Aufklärung der Zustände in Swapo-Flüchtlingslagern in Angola und Sambia zu bemühen. Diese Lager dienen nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) nicht nur als Unterkünfte für Flüchtlinge aus Namibia und Ausbildungsstätten für Swapo-Guerrillas, sondern auch als Gefängnisse für Swapo-Abweichler und politische Gegner mit unmenschlichen Haftbedingungen. Nach Darstellung von Zeugen müssen die Häftlinge teilweise in sechs Meter tiefen Erdlöchern hausen. Ein ehemaliger Häftling berichtete: „Viele der Kameraden sind da verhungert. Die Leute waren zu Skeletten abgemagert und sind wie Vieh durch den eigenen Kot gekrochen."

# Bischof spricht von „Orientierungskrise"

idea, **Lübeck**

In der 2,7 Millionen Mitglieder zählenden Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche herrscht nach den Worten von Landesbischof Ulrich Wilckens (Lübeck) eine „erhebliche Orientierungskrise". Frühere selbstverständliche Gemeinsamkeiten brächen auseinander, sagte Wilckens in einem Interview mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (idea). Bei vielen Kritikern zeige sich eine Tendenz, „den Weiterbestand der Volkskirche jeweils um der Wahrheit willen aufs Spiel zu setzen, ja sie durch Kirchen zu ersetzen, in denen die eigene Auslegung der Heiligen Schrift und die entsprechende Lebensführung ‚eindeutig' sind".

# Neue Lehrstühle für Baden-Württemberg

xhk. **Stuttgart**

Zwischen 1985 und 1990 stellt die baden-württembergische Landesregierung den Universitäten im Südwesten 200 Professorenstellen zur Verfügung. Wie Regierungssprecher Mathias Kleinert gestern mitteilte, dient diese Entscheidung des Kabinetts der Förderung „höchstqualifizierter" Nachwuchswissenschaftler. Bereits 1985/1986 sind 80 neue Stellen in Aussicht genommen worden. Von den insgesamt vorgesehenen Stellen bekommen Heidelberg (36), Tübingen (34) und Karlsruhe (28) die meisten Professoren. Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder teilte mit, daß er mit einem „erheblichen Rückfall" der Schülerzahlen auch für die 90er Jahre rechne. Es sei ein „Ammenmärchen", einen Lehrermangel für jenen Zeitraum zu prognostizieren.

# „Der Schlesier" mit altem Motto

dpa, **Bonn**

Die Vertriebenenzeitschrift „Der Schlesier" hat ihren Bericht über das Deutschlandtreffen vor zwei Wochen in Hannover mit der Überschrift „Schlesien bleibt unser" versehen. Das Blatt, das der Landsmannschaft Schlesien als Informationsorgan dient, griff damit auf das ursprünglich vorgesehene Kongreßmotto zurück, dessen Änderung Bundeskanzler Kohl verlangt hatte. In dem Beitrag wird darauf hingewiesen, daß Kohls Rede vor den Schlesiern stellenweise mit Applaus, aber auch mit „unüberhörbaren Mißfallenskundgebungen" bedacht worden sei. Der Widerspruch habe sich auf die Äußerungen Kohls bezogen, in denen er Passagen des Warschauer Vertrages zitierte, die als „umschriebene Verzichtserklärung" zu werten seien.

# *Kreml verschärft Druck auf die RGW-Staaten*

CARL G. STRÖHM, **Belgrad**

Die heute in Warschau begonnene 40. reguläre Sitzung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) steht im Schatten eines ungewöhnlich scharfen ideologischen Angriffs Moskaus, mit dem die sowjetische Parteizeitung „Prawda" offen ihre Unzufriedenheit über den gegenwärtigen Stand der Einheit und des Zusammenhalts innerhalb des Ostblocks ausgedrückt hat. In einem mit „O. Wladimirow" gezeichneten, dem Stil und Inhalt nach offenkundig von oben inspirierten Grundsatzartikel warnte die Zeitung die osteuropäischen Staaten deutlich vor etwaigen Alleingängen in der Außenpolitik und vor westlichen Einflüssen. Jegliche Wirtschaftsreformen, die eine Schwächung der bisherigen zentralen Planwirtschaft nach sich ziehen könnten, wurden dabei entschieden zurückgewiesen (WELT v. 22. 6.).

Osteuropäische Kreise verweisen auf die seit langem beispiellose Schärfe in Ton und Inhalt des „Prawda"-Artikels. Die „sozialistische Gemeinschaft", heißt es dort, müsse „den monolithischen marxistisch-leninistischen Kern des Welt-Sozialismus" bilden. Der „Monolithismus" des Ostblocks setze sich aus dem „Marxismus-Leninismus, dem sozialistischen Internationalismus, der Klassensolidarität, gegenseitigem Vertrauen, brüderlicher Hilfe, Gleichberechtigung und Souveränität" zusammen. Unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen müsse die Politik der sozialistischen Länder „koordiniert" und „einheitlich" sein sowie als „einheitlicher Schutzschild" wirken.

Der Imperialismus, so die „Prawda", versuche die „Besonderheiten" und „Unterschiede" der kommunistischen Länder auszuspielen und einzelne Länder zu ermutigen, eine „besondere Rolle zu spielen". Diese Politik des Westens hoffe auf die „Zerschlagung der Einheit der sozialistischen Länder". Der Westen versuche, die osteuropäischen Staaten differenziert einmal mit Drohungen, dann wieder mit Versprechungen auf die andere Seite zu ziehen. Die „Prawda" spricht in diesem Zusammenhang von einem „System des internationalen Opportunismus" und von „religiösen Zentren", die gegen das kommunistische Lager aktiv seien.

Die „Linie der Konfrontation in allen Bereichen" stelle den Testfall für die Härte und die „Klassen-Mobilisierung" aller Bruderparteien und ihrer Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus dar. Die Kompliziertheit der internationalen Lage erfordere „noch strengere Kriterien der Solidarität des Bündnisses" sowie eine noch effektivere Koordinierung aller Aktionen im Blick auf den „Klassenfeind".

Offenbar mit Blick auf gewisse kommunistische Wirtschaftsreformer meint die „Prawda", daß es „Apologeten der Bourgeoisie" gebe, welche beweisen wollten, daß das sozialistische System nicht in der Lage sei, seine Wirtschaft dynamisch zu entwickeln. Das sei nichts anderes als der unzulässige Versuch, das „Staatseigentum" zu diskreditieren. „Einige Wissenschaftler kämpfen für eine Schwächung der Rolle des Staates bei der Regulierung der Wirtschaftsentwicklung. In erster Linie treten sie gegen die zentrale Planung und für eine Stärkung der Marktbeziehungen sowie für eine Zulassung des privaten Sektors (in der Wirtschaft) ein." Solche Versuche, besonders aber die Erweiterung des privaten Sektors – also des Privateigentums – stellten eine „Untergrabung der Pfeiler der sozialistischen Wirtschaft" dar.

Ebenso fordert die „Prawda" auf ideologischem Gebiet „völlige Einheit" und lehnt jegliche Sonderformen ab. Man dürfe, so heißt es weiter, nicht die Augen vor den „revisionistisch-nationalistischen Auffassungen" verschließen, die durch die imperialistische Propaganda inspiriert würden. Zu dieser imperialistischen Propaganda gehöre die Auffassung, daß die Rolle der kommunistischen Parteien auf eine „bloß ideologische Funktion" reduziert werde. Besonders scharf attackiert die „Prawda" gewisse – nicht näher bezeichnete – Leute und Kräfte im Osten, welche die gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten, wie sie von den „Klassikern des Marxismus-Leninismus" formuliert worden seien, heute als „überholt" bezeichneten.

Der Westen, so schreibt die „Prawda", wolle die „nationalen Modelle" des Sozialismus nur dazu ausnutzen, um den „realen Sozialismus" zu diskreditieren. Mit besonderer Schärfe kritisiert die „Prawda" schließlich die von manchen kleineren Ländern Osteuropas – vor allem von Ungarn, aber auch von Kreisen der „DDR"-Führung sowie von Rumänien – vertretene These, wonach die kleineren sozialistischen Staaten „angeblich" zwischen den Großmächten vermitteln könnten. Ironisch fragt die „Prawda": „Von welcher Vermittlung dieser oder jener sozialistischen Länder kann bei der Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den USA die Rede sein, wenn man weiß, daß in den internationalen Schlüsselfragen die Außenpolitik der UdSSR und der marxistisch-leninistische Kern des weltweiten Sozialismus miteinander identisch sind?"

Jede Abweichung vom Marxismus-Leninismus gehe stets mit Nationalismus einher, schließt der Artikel. Vor allem müsse man sich vor jeglicher „Verleumdung des proletarischen Internationalismus" und vor dem „Märchen" in acht nehmen, wonach angeblich „gewisse neue Formen der Einheit" im Ostblock gefunden werden müßten. Wer dies propagiere, sei entweder ein Opportunist oder ein Antikommunist.

Seite 2: Desillusionierende Prawda

## Klima-Probleme

Wb. – Jahr für Jahr drängen mehr Abiturienten auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Folge blauäugiger Weichenstellungen in der Bildungspolitik. Immer gedämpfter scheint aber ihr Drang, per Studium dem Ziel der massenhaften Höchstqualifizierung entgegenzustreben, das die Weichensteller im Auge hatten. Kein Wunder: Der Numerus clausus in vielen Fakultäten ermutigt ebensowenig zum Schritt an die Hochschule wie die Tatsache, daß jene Zeiten längst vorbei sind, in denen Akademiker fast automatisch ihren Arbeitplatz fanden.

Mit dem Abbau der Abiturientenberge darf sich nun also die Wirtschaft herumschlagen. Doch auch sie tut sich damit nicht leicht, und das nicht nur wegen der Gefahr, daß Haupt- und Realschüler aus ihren angestammten Berufsdomänen verdrängt werden könnten. Bei der Öffnung bisheriger Nichtabiturienten-Ausbildungsplätze kommt es sehr leicht zu „klimatischen" Problemen, weiß BASF-Arbeitsdirektor Wolfgang Jentzsch zu berichten: „Hier gibt es Ansätze zur Reibung. Wir brauchen aber harmonische Strukturen in unseren Betriebseinheiten."

Um die Abiturienten wieder von den Friktionsstellen zu entfernen und dabei gleichzeitg den wachsenden Bedarf an qualifiziertem Führungspersonal zu decken, denkt man bei der BASF darüber nach, die Abiturienten durch Fortbildung in mittlere Führungsberufe zu hieven. Dabei könnten sich ganz neue Berufsbilder ergeben, ähnlich dem des „Wirtschaftsassistenten" im kaufmännischen Bereich. Über solche Anstöße sollte vielleicht nicht nur in einzelnen Unternehmen diskutiert werden.

## Zinslast

fu (London) – Die britische Wirtschaft erwartet in diesem Jahr ein Wachstum von bis zu vier Prozent, das nur von sehr wenigen Industrieländern erreicht werden dürfte. Doch dies ist die eine Seite der Medaille. Denn gleichzeitig ist die Wirtschaft des Landes einer ungewöhnlich harten Belastung ausgesetzt. Das gegenwärtige Zinsniveau ist das mit Abstand höchste unter den führenden Industrienationen. Und das überbewertete Pfund Sterling beginnt das Exportwachstum zu behindern. Immerhin liegen die Dreimonats-Geldmarktsätze im Vereinigten Königreich nach Abzug der Inflationsrate bei 5,5 Prozent, verglichen mit realen Dreimonats-Geldmarktsätzen von 3,75 Prozent in Frankreich, drei Prozent in Deutschland, 3,5 Prozent in den USA und 4,25 Prozent in Japan. Der Schatzkanzler sollte sich die Forderung der Wirtschaft nach einer Zinssenkung um zwei Prozent trotz Inflationsbefürchtungen durch den Kopf gehen lassen, bevor der immer noch zarten Wachstumspflanze Schaden zugefügt wird.

SONDERGUTACHTEN / Fast einhellige Zustimmung der deutschen Wirtschaft

# Gegen Konjunkturankurbelung und für einstufige Steuerentlastung

HEINZ HECK, Bonn

Fast einhellig ist die Zustimmung der deutschen Wirtschaft zu zwei zentralen Punkten im gestern veröffentlichten Sondergutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: der Warnung vor konjunkturpolitischem Aktionismus und der Forderung, die zweite Stufe der bereits beschlossenen Steuerreform auf 1986 vorzuziehen.

Das 18-Seiten-Gutachten verbindet konjunkturpolitische Zuversicht mit deutlicher Kritik an der Konsistenz des wirtschaftspolitischen Kurses in Bund und Ländern. Aus „Sorge" vor „Fehlentwicklungen" haben die fünf Weisen sich entschlossen, „zum gegenwärtigen Handlungsbedarf aus der Sicht einer Wirtschafts- und Finanzpolitik Stellung zu nehmen, die der Dauerhaftigkeit des Erfolgs bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchsten Rang einräumt".

Wie die Bundesregierung erwarten auch sie für 1986 eine Fortsetzung des Aufschwungs. Gegenüber ihrem Jahresgutachten im November haben sie ihre Wachstumsprognose für 1985 geringfügig von real drei auf 2,5 bis drei Prozent zurückgenommen. Wie die Bundesregierung sehen sie die Hauptursache hierfür im ungünstigen Abschneiden der Bauwirtschaft. Vor allem deshalb wird – ebenfalls in Übereinstimmung mit Bonn – jetzt auch kein Rückgang der Arbeitslosenzahlen für 1985 mehr erwartet.

Gerade die enttäuschende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei einem seit zweieinhalb Jahren anhaltenden Aufschwung habe Unsicherheit hervorgerufen. Die Wirtschaftspolitik könne, so fürchten die Weisen, „unter starkem Handlungsdruck" Entscheidungen treffen, die zwar schnelle Ergebnisse am Arbeitsmarkt bezweckten, die Bemühungen um dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit in Wahrheit aber erschwerten.

Zweifel klingen an, ob die Regierungen diesem wachsenden Druck standzuhalten vermögen. „Es besteht ohnehin nicht der Eindruck", heißt es, „als verfolge die Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern gegenwärtig unbeirrt ein konsistentes und glaubwürdiges Konzept zur Kräftigung des Wachstums und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit."

Vielmehr breite sich eine Neigung u Ad-hoc-Maßnahmen, mit denen auf Ein elentwicklungen und besondere Ereignisse reagiert wird, und u branchenspezifischen Maßnahmen (Bauwirtschaft) aus, „die sich einem klaren, eindeutigen Kurs schwerlich zurechnen lassen". Das Fazit der Weisen fällt hart aus: „Die Haushaltsdisziplin droht verlorenzugehen: Seit 1983 sind dauerhafte Mehrausgaben in Höhe von vielen Milliarden Mark für Transferleistungen, insbesondere Subventionen, beschlossen worden. Mit ihrem Veto gegenüber einer Getreidepreissenkung in der Europäischen Gemeinschaft hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft bekundet, die Subventionen für die Landwirtschaft erneut aufzustocken."

Die Weisen kritisieren vor allem den unterbliebenen Subventionsabbau und sprechen von einer verschlechterten Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte. „Im wesentlichen" sei es diesem Umstand zuzuschreiben, daß das strukturelle Defizit bei den Gebietskörperschaften noch nicht vollständig abgebaut worden sei. „Die Umstrukturierung der Staatsausgaben ist in die falsche Richtung gelaufen", heißt es.

Der Subventionsabbau müsse nicht nur aus haushaltswirtschaftlichen, sondern auch aus wettbewerbspolitischen und aus wachstumspolitischen Gründen entschlossen in Angriff genommen werden. Mit einer konsequenten Politik in dieser Richtung ließen sich nicht nur dringend benötigte Mittel für die Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben, sondern auch zusätzlicher Spielraum für den weiteren Abbau der Grenzsteuersätze und die steuerliche Entlastung der Investitionen gewinnen.

Daneben greifen die Weisen, um die Finanzierung der einstufigen Steuerreform schon 1986 zu ermöglichen, frühere Vorschläge von Finanzminister Stoltenberg zur Erhöhung indirekter Steuern wie der Mineralöl-, Tabak-, Versicherung- und Branntweinsteuer wie auch der Abschaffung verschiedener Steuervergünstigungen auf.

AXEL SPRINGER VERLAG AG

# Die Aktienmehrheit bleibt bei der Verlegergruppe

DW. Bonn

Der Verleger Axel Springer hat die Deutsche Bank AG beauftragt, an einer gesellschaftsrechtlichen Konzeption zur langfristigen Sicherung und Entwicklung des Unternehmens mitzuwirken. Dabei ist es oberstes Ziel, die verlegerische Unabhängigkeit zu wahren und der Verlagsgruppe eine dauerhafte, stabile Gesellschafter- und Führungsstruktur zu geben. Die Arbeit der Redakteure und Journalisten des Hauses wird sich wie bisher an den in der Satzung der Gesellschaft verankerten Grundsätzen des Verlegers Axel Springer ausrichten.

Zur Veräußerung kommen nominal DM 83 300 000 vinkulierte Namensaktien, das sind 49 Prozent des Grundkapitals von DM 170 000 000. Im Besitz von Axel Springer bleiben 26,1 Prozent; mit 24,9 Prozent ist das Verlagshaus Burda seit dem 1. Januar 1983 beteiligt. Somit wird die Majorität mit 51 Prozent in Verlegerhand bleiben.

Die Aktien werden so placiert, daß sich hieraus weder ein unternehmerischer noch ein medienpolitischer Einfluß ableiten läßt.

Durch die Vinkulierung der Namensaktien wird sichergestellt, daß etwaige Weiterveräußerungen nicht zu einer dem Ziel verlegerischer Unabhängigkeit zuwiderlaufenden Kapital- und Stimmenkonzentration oder Überfremdung führen.

Die Namensaktien werden im Rahmen einer Privatplacierung ab 28. Juni 1985 zum Preise von DM 335 je Aktie über DM 50 von der Deutschen Bank AG freibleibend zum Kauf angeboten. In Verbindung mit der Vinkulierung beträgt die Mindestzeichnung 100 Stück.

Es ist vorgesehen, den Antrag auf Einbeziehung der Aktien in den geregelten Freiverkehr an den Börsen alsbald zu stellen.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik und der Axel Springer Verlag AG wird zum 30. Juni 1985 beendet.

Ab 1. Juli 1985 ist die Axel Springer Verlag AG keine abhängige Gesellschaft mehr. Die Verlags-Versicherungs-Dienste GmbH und die Ullstein-Tele-Video GmbH sind ab gleichem Zeitpunkt Tochtergesellschaften der Axel Springer Verlag AG.

Der Aufsichtsrat des Unternehmens wird künftig auf neun Mitglieder erweitert. Die fünf Mitglieder der Verlegerseite sind: Frau Friede Springer, Geschäftsführerin der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik, die Verleger Dr. Hubert Burda und Frieder Burda, der Journalist Ernst Cramer und der Rechtsanwalt Dr. Bernhard Servatius: beide ebenfalls Geschäftsführer der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik. Dem Aufsichtsrat werden in Kürze vier weitere Mitglieder zugewählt.

Der Verleger Axel Springer wird der Gesellschaft als ihr Ehrenvorsitzender in verlegerischen Fragen weiterhin zur Verfügung stehen.

## Mut zur Aktie

Von CLAUS DERTINGER

Wie sichere ich die Expansion meines Unternehmens ab, ohne daß mich Schulden erdrücken? Diese Frage stellt sich für viele Mittelständler, die ihre Marktposition ausbauen oder in neue Märkte hineinstoßen wollen. Denn oft fehlt gerade erfolgreichen Familiengesellschaften das Kapital zur soliden Finanzierung zukunftsträchtiger Investitionen. Auch bei weitgehender Gewinnthesaurierung müssen Unternehmen damit rechnen, daß große Investitionen über kurz oder lang eine Eigenkapitallücke aufreißen, die schließlich existenzbedrohend werden kann, vor allem dann, wenn die Zinsen einmal hochschießen oder wenn die Geschäfte aus konjunkturellen Gründen nicht so gut laufen, wie sie geplant waren.

Mittlere und auch kleinere Firmen haben durchaus die Chance, mit einer solchen Situation fertig zu werden. Rund 40 Unternehmen haben das in den beiden letzten Jahren vorexerziert: mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und dem Gang an die Börse. In den USA ist diese Art der Kapitalbeschaffung eine Selbstverständlichkeit. In der Bundesrepublik gibt es dagegen in Unternehmerkreisen immer noch eine Reihe von Vorbehalten gegen das „going public".

Dabei steht die Angst vor dem Verlust der Selbständigkeit mit an vorderster Stelle. Das läßt sich nur mit Vorurteilen erklären. Denn die Aktie erweist sich in der Praxis geradezu als das ideale Instrument, mit dem sich die Eigenkapitalzufuhr von außen und der Erhalt der Selbständigkeit auf einen Nenner bringen lassen, jedenfalls dann, wenn die notwendigen Vorkehrungen dazu getroffen werden.

Dazu gehört zunächst einmal die grundsätzliche Bereitschaft, Eigentums- und Führungsanspruch voneinander zu trennen. Das ist sicherlich für manchen Unternehmer eine psychologische Hürde. Aber sie ist gar nicht so schwer zu überwinden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Aktionäre als Miteigentümer nicht in Unternehmen hineinregieren wollen, sondern daß sich ihr primäres Interesse auf gute Erträge und auf eine günstige Kursentwicklung ihrer Aktien richtet.

Zudem können Familiengesellschafter auch in der Rechtsform der Aktiengesellschaft ihren Einfluß wahren, wenn sie die Mehrheit behalten und ihre Interessen in einem Pool bündeln. Als institutioneller Schutz zur Wahrung des unternehmerischen Einflusses bietet sich außerdem noch die stimmrechtslose Vorzugsaktie an, die von Anlegern durchaus akzeptiert wird, wenn es keine anderen Möglichkeiten der Beteiligung an einem von der Börse als attraktiv angesehenen Unternehmen gibt.

Das darf freilich nicht in der Weise interpretiert werden, daß Aktionäre als Miteigentümer nicht ernst genommen zu werden brauchen. Vielmehr ist genau das Gegenteil nötig. Ihre pflegliche Behandlung schließt neben angemessenen Dividenden auch die Bereitschaft des Unternehmens zur Publizität ein. Familiengesellschaften, die sich davor scheuen, verkennen einfach die Chancen, die in einer Pressearbeit liegen, welche nicht nur den Bekanntheitsgrad, sondern auch das Standing eines Unternehmens erhöhen kann.

Die Erwartung der Aktionäre, eine ordentliche Dividende zu bekommen, ist zugleich eine anspornende Herausforderung an das Management. Andererseits kann man bei der Dividende kürzertreten, wenn das Geschäft schlechter läuft, während Kreditzinsen immer gezahlt werden müssen. Auch das ist ein Argument für die Aktie.

Selbstverständlich ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und der Gang an die Börse kein Patentrezept für jedes Unternehmen, das seine Kapitalbasis festigen möchte, vor allem taugt es nicht für solche, die aus verschiedensten Gründen problembeladen sind. Die Flops bei manchen Börsenneueinführungen sollten eine Warnung sein. Im übrigen ist der Weg an die Börse auch bei hilfreicher Begleitung erfahrener Banken mit einigen Steinen gepflastert; und einiges an Geld kostet die ganze Prozedur auch noch.

Aber das ist ein einmaliger Schmerz, den zu ertragen es sich lohnt. Das jedenfalls ist das Fazit, das ein erfolgreicher Börsenneuling kürzlich auf einem in Hamburg veranstalteten Unternehmerforum zog. Es sollte Mut machen.

## AUF EIN WORT

„Der Gewinn ist ein unerläßliches und erstrebenswertes Unternehmensziel. Das sagen wir ohne falsche Scham und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gerade auch in der gegenwärtigen Zeit, in der vielen, allerdings meist einseitig ideologisch informierten, Menschen Unternehmensgewinne suspekt werden."

Dr. Günter Schneider, persönlich haftender Gesellschafter der KKB Bank KGaA, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

## Antwort der EG im „Nudelstreit"

Ha. Brüssel

Mit höheren Zöllen auf Nüsse und Zitronen will die EG im „Nudelstreit" mit den USA auf die Einfuhrerschwerungen für europäische Teigwaren reagieren. Die Vergeltungsmaßnahme wurde in Brüssel einstimmig beschlossen und soll zwei Tage nach dem Inkrafttreten der amerikanischen Zollerhöhung – voraussichtlich am 15. Juli – in Kraft treten. Bis dahin haben beide Handelspartner noch eine Frist, sich gütlich zu einigen. Mit ihrer einseitigen Zollerhebung will die US-Regierung gegen die Präferenzzölle der Gemeinschaft für Zitrusfrüchte aus den Maghrebstaaten und Israel protestieren.

EG-VERKEHRSPOLITIK

# Ministerrat einigt sich auf Ruhezeiten für Lkw-Fahrer

WILHELM HADLER, Brüssel

Über flexiblere Sozialvorschriften im Lkw-Verkehr haben sich die EG-Regierungen geeinigt. Damit ist es gelungen, ein langjähriges Thema von den Tagesordnungen der Fachminister zu verbannen. Der Versuch, eine übergreifende Strategie für eine gemeinsame Verkehrspolitik zu entwickeln, blieb dagegen wieder einmal ergebnislos.

Um die 1969 entstandene Verordnung über Höchstlenkzeiten und Mindestruhezeiten für Lkw-Fahrer besser den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten im Straßenverkehr anzupassen, verständigte sich der Ministerrat beinahe wider Erwarten auf einen Kompromiß. Danach muß Lastwagenfahrern künftig innerhalb von vier Wochen eine Mindestruhe von 180 Stunden und innerhalb einer Woche von 45 Stunden gewährt werden, wobei eine ununterbrochene Ruhezeit von grundsätzlich elf Stunden vorgeschrieben ist. Für den Fall einer Unterbrechung muß diese Spanne auf zwölf Stunden erhöht werden. Bisher galt eine wöchentliche Mindestruhepause von 40 Stunden.

Die maximal zulässige Lenkzeit soll im Vierwochenzyklus ebenfalls 180 Stunden betragen, in zwei aufeinanderfolgenden Wochen jeweils höchstens 90 Stunden. Ununterbrochen dürfen die Lkw-Fahrer künftig nicht länger als sechs Tage am Steuer sitzen. Die Regellenkzeit von neun Stunden täglich darf höchstens zweimal wöchentlich auf zehn Stunden ausgedehnt werden. Gegenwärtig gilt eine wöchentliche Höchstlenkzeit von 48 Stunden und eine tägliche von acht Stunden.

WELTHANDEL

# Tokio beschließt für 1850 Produkte Zollsenkungen

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Regierung hat am Dienstag beschlossen, die Zölle für 1850 Produkte vom kommenden Jahr an um 20 Prozent zu senken. Die Maßnahme ist ein wichtiger Teil des angekündigten „Aktionsprogramms" zur Marktöffnung, das Ende Juli bekanntgegeben werden soll.

Von den Zollsenkungen um 20 Prozent sind 1600 Positionen aus den Bereichen der verarbeitenden Industrie und des Bergbaus sowie 160 Positionen aus der Land- und Fischereiwirtschaft betroffen. Bei den letzteren geht es vor allem um Produkte, an denen die Länder Südostasiens interessiert sind. Die für die Europäische Gemeinschaft interessanten Zölle für Wein, Weinbrand und Whisky sollen um mehr als 20 Prozent gesenkt werden, doch ist das erst vom April 1987 an vorgesehen.

Für einige Produkte (Autoteile, Werkzeugmaschinen und Telekommunikationsgeräte) werden die Zölle ganz abgeschafft.

Der Entscheidung vom Dienstag ist ein zähes interministerielles Tauziehen vorangegangen. Während Ministerpräsident Nakasone und das Außenministerium für die Einbeziehung einer noch größeren Anzahl von Positionen eintraten, die von den Zollsenkungen erfaßt werden sollten, leisteten vor allem das Landwirtschaftsministerium und eine Reihe den ländlichen Wählern nahestehenden liberaldemokratischen Parlamentarier erbitterten Widerstand.

Die Regierung beschloß am Dienstag auch, einen neuen Ausschuß einzusetzen, der eine Vereinfachung der japanischen Produktnormen und der Anerkennung von Zertifikaten aus den Ursprungsländern importierter Güter ausarbeiten soll. (SAD)

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Kiechle: Veto ist nicht das letzte Wort

Bonn (dpa/VWD) – Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hat gestern in Bonn erklärt, das Veto der Bundesregierung gegen eine Getreidepreissenkung sei nicht das letzte Wort gewesen. Kiechle deutete an, daß man im Juli auch wieder über die Preise verhandeln werde. Es gebe zwei Möglichkeiten: Die EG-Kommission mache selbst einen neuen Vorschlag, oder aber der Rat beschließe einstimmig etwas anderes. Die EG-Kommission muß sich nach seiner Ansicht darüber im klaren sein, daß sie nicht ein Jahr lang „mit Notverordnungen" arbeiten könne. Auch sei sie bei der Ankündigung von Übergangsmaßnahmen nicht gut beraten gewesen, daß sie bereits die Preise für Getreide mit eingeschlossen habe, dessen Wirtschaftsjahr wie bei Weichweizen und Gerste erst zum 1. August beginnt.

### Neue Beitragsgrundlage

Kassel (VWD) – Die Krankenkassen dürfen künftig die Beiträge für freiwillig versicherte Hausfrauen und Mütter ohne eigenes Arbeitseinkommen nicht einfach schematisch nach der Hälfte des Arbeitseinkommens des Ehemannes berechnen. Das hat der zur Fortbildung des Sozialrechts berufene Große Senat des Bundessozialgerichts in Kassel entschieden. Bei der Beitragsfestsetzung für die Ehefrauen müsse auch der Aufwand der Eheleute für die gemeinsamen unterhaltsberechtigten Kinder angemessen berücksichtigt werden.

### Brüssel nicht zufrieden

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Brüsseler EG-Behörden haben das jüngste Rettungskonzept für die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, als noch nicht ausreichend abgelehnt. Das bestätigte am Dienstag der saarländische Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann (SPD) in Saarbrücken. Von der Billigung des neuen Entwurfs hängt die Bewilligung neuer Zuschüsse zur Rettung des saarländischen Stahlunternehmens mit seinen insgesamt noch 14 000 Beschäftigten ab. In dem im Mai unterbreiteten Konzept hatte die zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörende Arbed Saarstahl GmbH über den schon länger im Rahmen von Sozialplanregelungen vereinbarten Abbau von 2000 Arbeitsplätzen hinaus die Einsparung von 830 Arbeitsplätzen bis Ende 1986 angekündigt.

### Höherer Auslandsanteil

Flensburg (dpa/VWD) – Der Anteil ausländischer und speziell japanischer Pkw an den Neuzulassungen in der Bundesrepublik hat einen neuen Höchststand erreicht. Wie aus der Zulassungsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) in Flensburg hervorgeht, beträgt die Quote der aus Japan kommenden Autos jetzt 13,3 Prozent. Der Ausländeranteil insgesamt beläuft sich auf 30,6 Prozent der 1,05 Millionen Erstanmeldungen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

### Verbot nur im Inland

Karlsruhe (dpa/VWD) – Das grundsätzliche Verbot von Börsentermingeschäften in Aktien (Paragraph 63 Absatz 1 Börsengesetz) gilt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung nur für den inländischen Markt. Auf Geschäfte an ausländischen Börsen und die dazu im Inland abgeschlossenen Nebengeschäfte erstreckt sich das Verbot nach einem nun veröffentlichten Grundsatzurteil des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) nicht. Nach den Feststellungen der Richter übernimmt eine Sparkasse einen Auftrag zum Zwecke des Abschlusses von nicht verbotenen Börsentermingeschäften, wenn sie sich – wie im behandelten Fall – verpflichtet hat, den Wunsch eines Kunden auf Kauf von ausländischen Aktien-Optionen an ihre Landesbank weiterzuleiten (Az: II ZR 227/84 vom 6. Mai 85).

NEUE KOMMUNIKATIONSTECHNIKEN

# Post attestiert dem Land Niedersachsen Vorreiterrolle

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Land Niedersachsen wird im Rahmen der Ausbauplanung neuer Informations- und Kommunikationsdienste der Bundespost eine Vorreiterrolle übernehmen. Diese Ansicht vertraten Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel nach dem Abschluß zweitägiger Fachgespräche in Hannover. Damit sei der Befürchtung die Grundlage entzogen, daß Flächenländer wie Niedersachsen bei der Einführung neuer Kommunikationstechniken benachteiligt werden könnten.

Die neuen Dienste, so Schwarz-Schilling, würden stufenweise flächendeckend verfügbar sein. Zwar stehe die konkrete Ausbauplanung noch aus. Als sicher gelte aber, daß jeder potentielle Nutzer die Möglichkeit erhält, die neuen Dienste in Anspruch zu nehmen. Als hilfreich und notwendig für die rechtzeitige Bedarfserkennung wird die Mitarbeit der regionalen Wirtschaft bewertet. Der Bundespostminister verwies in diesem Zusammenhang auf eine Studie der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim.

Bereits 1986 wird die Post, die in diesem Jahr in Niedersachsen 1,4 Mrd. DM in die Fernmeldetechnik investiert (elf Prozent der gesamten Mittel), mit der Errichtung digitaler Fernvermittlungsstellen beginnen. Bis 1990 werden in acht niedersächsischen Städten Glasfaser-Ortsnetze (Overlaynetze) installiert sein. Gut vorangekommen ist Niedersachsen nach Frau Breuels Angaben beim Ausbau des Breitbandverteilnetzes. Schon 1987 sollen 40 Prozent aller Haushalte „anschließbar" sein, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt.

EUREKA-FORSCHUNGSPROGRAMM / Bonn gibt grundsätzlich grünes Licht

# Details müssen noch geregelt werden

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will sich zwar an der von Frankreich vorgeschlagenen verstärkten europäischen Zusammenarbeit in Forschung und Technik (Eureka) beteiligen. Doch hat das Bundeskabinett gestern mit Blick auf die Erörterung dieses Themas auf dem Mailänder Gipfel verdeutlicht, daß über die Finanzierung erst nach Vorliegen konkreter Projekte gesprochen werden soll. Einen Blanko-Scheck für Eureka wird es aus Bonner Sicht also nicht geben.

Auch will Forschungsminister Heinz Riesenhuber an dem von ihm mit der Wende eingeleiteten Kurs festhalten, die Wirtschaft stärker als in der Vergangenheit in die Forschungsfinanzierung einzubinden und den Staatsanteil tendenziell zu verringern. Für diese Linie will er sich auch in Europa stark machen.

Eureka soll, so Riesenhuber gestern, einen Schub für zivile Technik ermöglichen, sei es durch gemeinsame Forschungsprogramme, den Ausbau gemeinsamer Normen und Infrastrukturen oder die Verbesserung der Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge an europäische Unternehmen. Das Eureka-Konzept – auch die Finanzierungsbasis – müsse in den nächsten Monaten detailliert ausgearbeitet werden. Es gehe nicht nur um Technologieförderung. Die Anwendung der Technik in Europa zum Nutzen der Bürger wie der Volkswirtschaften müsse im Zentrum stehen.

Riesenhuber will für Eureka keinen Ausschließlichkeitsanspruch gelten lassen. Er erinnert daran, daß daneben andere Vorhaben – zum Beispiel Weltraum oder Verteidigung mit Columbus, Ariane und SDI – zu sehen seien. In Bonn wird eingeräumt, daß die französische Eureka-Initiative auch ein Abwandern der Intelligenz in ehrgeizige amerikanische Vorhaben verhindern soll.

Über Eureka sollen große anspruchsvolle Projekte (zum Beispiel Entwicklung von Super-Computern und die Bewältigung der grenzüberschreitenden Probleme mit hochgiftigem Müll) vorangetrieben werden, die entweder nur oder aber wirkungsvoller in internationaler Zusammenarbeit angefaßt werden können. Eureka soll für alle europäischen Staaten offen sein (nicht nur die EG). Für jedes Projekt sollen sich je nach Interesse Ländergruppen zusammenfinden. Auch die Kommission wird beteiligt. Schwerfällige Bürokratien müßten vermieden werden.

Durch „angemessene Industriebeteiligung" soll rechtzeitig die Umsetzung der Forschungsergebnisse vorbereitet und gesichert werden. Auch für Eureka soll gelten: Je näher am Markt, desto höher die Eigenbeteiligung der Wirtschaft (Regelfördersatz 50 Prozent).

RUHRKOHLE AG / Aufstockung des VEW-Pakets

# Ministererlaubnis beantragt?

HANS BAUMANN, Essen

Es gilt als sicher, daß die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, Bundeswirtschaftsminister Bangemann um eine Ministererlaubnis bitten wird, nachdem gestern in Dortmund ein Brief vom Bundeskartellamt eingegangen ist, in dem der Einspruch der VEW gegen die Untersagung einer höheren Beteiligung der VEW an der Ruhrkohle AG vom 22. Mai abgelehnt wird.

VEW möchte seinen jetzigen Anteil an der Ruhrkohle von rund 22 Prozent um jene 8,25 Prozent auf gut 30 Prozent aufstocken, die die Sidéchar hält. Das Kartellamt hat in der jüngsten Ablehnung keine neuen Argumente beigebracht, sondern wieder die Gefahr der Marktbeherrschung zitiert, Wettbewerbsvorteile für die VEW konstruiert und erneut die Sorge formuliert, VEW könnte Einfluß auf die Strompolitik der Ruhrkohle-Tochter Steag nehmen. Sowohl der Vorstand der Ruhrkohle als auch der der Steag haben deutlich gemacht, daß sie die Meinung des Berliner Amtes nicht teilen; eher werde eine höhere Beteiligung der VEW an der Ruhrkohle zu einer technologischen Stützung der Kohle führen.

Bangemanns Vorgänger, Graf Lambsdorff, hatte seinerzeit angeregt, daß sich die Stahlindustrie von ihren Ruhrkohle-Anteilen trennen und sie den neuen Großabnehmern, der Stromwirtschaft, überlassen sollte. Die VEW hoffen, daß Bangemann mit einer Entscheidung die Vorstellungen Lambsdorffs realisieren wird.

Die VEW erklären, daß die Berliner Entscheidung die Absatzprobleme der Ruhrkohle auf den Kopf stellen. VEW haben keinen „Bezugsanspruch" gegenüber der Kohle, sondern aus dem Jahrhundertvertrag eine Bezugsverpflichtung. Die Steag könne nicht von VEW behindert werden, weil Steag 85 Prozent seines Stromes an RWE und VEW liefere.

WMF / Höheres Investitionsvolumen in diesem Jahr eingeplant – Gewinnrückgang 1984

# Umsatzentwicklung noch schwach

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/-Steige, war die Umsatzentwicklung im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1985 „insgesamt noch unbefriedigend", wobei freilich das Objektgeschäft eine positive Ausnahme machte. Auch für den weiteren Geschäftsverlauf dieses Jahres sei keine Trendwende abzusehen. Das Konsumklima in der Bundesrepublik habe noch keinen nachhaltigen Aufschwung erfahren. Devise der WMF in dieser Situation sei, mit neuen Sortimenten gezielt zusätzliche Verbrauchergruppen anzusprechen. Innovationen in wichtigen Marktsegmenten sehe man als Rezept für stagnierende Märkte. Die WMF unterstreiche ihre insgesamt optimistische Markteinschätzung dadurch, daß für 1985 ein „erheblich höheres" Investitionsvolumen eingeplant werde.

Im Geschäftsjahr 1984 schlug sich die insgesamt flaue Konsumgüter-Konjunktur darin nieder, daß sich der Gruppenumsatz der WMF um 0,6 Prozent auf 635 Mill. DM verringerte – mit einem Auslandsanteil von 20,6 (19,8) Prozent. Das Stammhaus verbuchte mit 563 Mill. DM einen leichten Umsatzrückgang um 0,3 Prozent. Bereinigt um die 1983 noch angefallenen Umsätze der inzwischen stillgelegten Geschäftsbereiche Leiterplatten und Verkaufsautomaten, gab es ein Umsatzplus von 1,4 Prozent in den Kernsparten. Jeweils 29 Prozent vom Umsatz entfallen auf die Sparten Bestecke/Geschenke/Glas und das Objektgeschäft, 24 Prozent auf die Filialen und 18 Prozent auf Kochgeschirre/Haushaltswaren.

Auf der Produktseite habe ein neuentwickelter Schnellkochtopf Erfolg gehabt. Bei rostfreien Tafelgeräten habe man erneut marktbedingte Einbußen hinnehmen müssen. Die ausländischen Vertriebstöchter der WMF verbesserten ihren Umsatz um 8,5 Prozent auf 81 Mill. DM. Die Ertragsentwicklung der WMF war gekennzeichnet durch die Auswirkungen des sechswöchigen Arbeitskampfes im Stammwerk Geislingen. Der Jahresüberschuß ging auf 5 (9) Mill. DM zurück. Nach Zuführung von 1 (3) Mill. DM zu den Rücklagen wird eine jeweils von 6 auf 4 DM je 50-DM-Aktie gekürzte Dividende für 40 Mill. DM Stammaktien und 10 Mill. DM Vorzugsaktien gezahlt.

Der Rheinmetall-Konzern hält die Mehrheit der Stammaktien. Der 1980 erfolgte Erwerb dieser Mehrheitsbeteiligung wurde 1981 vom Bundeskartellamt untersagt; das Kammergericht Berlin bestätigte die Untersagung 1983. Gegen diese Entscheidung wurden Rechtsmittel eingelegt. 1984 betrugen die Sachinvestitionen 23 (21) Mill. DM, die Abschreibungen 21 (22) Mill. DM. Die Gruppe beschäftigt 4634 (4843) Mitarbeiter.

LUFTHANSA / Absichtserklärung unterzeichnet

# Joint-venture in China

dpa/VWD, Peking

Die Deutsche Lufthansa und die chinesische Fluggesellschaft CAAC planen die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zur technischen Kooperation. Mit diesem Projekt wird die Lufthansa Chinas wichtigster Partner bei der Wartung von Verkehrsflugzeugen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde von den Chefs der beiden Fluggesellschaften, Heinz Ruhnau und Hu Yizhou, in Peking unterzeichnet.

Ruhnau sprach bei der Unterzeichnung von dem bisher größten Kooperationsvorhaben seiner Gesellschaft mit einem ausländischen Luftfahrtunternehmen. Er veranschlagte das Investitionsvolumen für das angestrebte Gemeinschaftsprojekt „auf mehrere hundert Millionen DM". Der Kapitalanteil der Lufthansa werde dabei „irgendwo zwischen 25 und 50 Prozent" liegen.

Nach der am Montag unterzeichneten Vereinbarung wird die technische Kooperation bereits am 1. Juli mit der Entsendung von drei Lufthansa-Spezialisten beginnen. Sie sollen das Flugzeuginstandhaltungssystem im Wartungszentrum am Pekinger Flughafen überprüfen und die Einzelheiten für die anschließende Gründung eines gemeinsamen Werksbetriebs ausarbeiten.

Unabhängig von diesem Projekt hat CAAC die Lufthansa mit einer Studie beauftragt, die Vorschläge für die Reorganisation der stark expandierenden Zivilluftfahrt in China machen soll. Diese Studie wird nach Angaben der Lufthansa von der Bundesregierung finanziert.

CAAC-Chef Hu bestätigte, daß Lufthansa und CAAC in Kürze ihre Flüge zwischen Peking und Frankfurt auf jeweils zwei pro Woche ausdehnen werden. Ruhnau stellte angesichts des steigenden Personen- und Güterverkehrs bereits für nächstes Jahr drei reguläre Flüge pro Woche in Aussicht.

## FINANZANZEIGEN















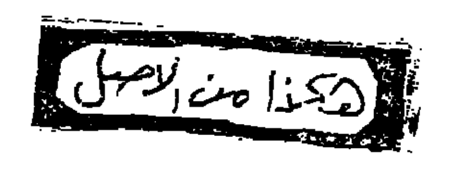










BREMER VULKAN / Schichau Unterweser selbständig

# Vollbeschäftigung gesichert

W. WESSENDORF, Bremen

„Unsere Unternehmensgruppe macht zusammen mit Schichau Unterweser AG (Suag) fast 60 Prozent des Bremer Schiffbaus aus. Wir stellen inzwischen die größte Neubaukapazität in der Bundesrepublik dar", sagte der Vorsitzende des Vorstandes der Bremer Vulkan AG, Norbert Henke, gestern auf der Hauptversammlung in der Hansestadt.

Die Anlehnung der Suag, die durch Aktienübernahme zum Preis von einer Mark dokumentiert wird, soll Ende August erfolgen. Damit sei keine Verschmelzung verbunden. Der Vorsitzende: „Die Selbständigkeit wie auch die Ergebnisverantwortung sollen erhalten bleiben."

Der Zusammenschluß mit der Lloyd Werft in Bremerhaven habe schon positive Wirkungen gezeigt, obwohl das 1984 beschlossene Konzept bislang nicht habe voll realisiert werden können. Durch den Zusammenschluß sei es aber gelungen, mehrere Großbauten zu kontrahieren. Henke: „Dies war nur möglich, weil die Kräfte und Möglichkeiten von Bremer Vulkan und Lloyd Werft gebündelt und aggressiv eingesetzt wurden." Das sei ein Grund für die verbesserte Lage der Lloyd Werft. Von der Suag-Übernahme würden weitere positive Effekte erwartet.

Henke rechnet mit einem weiteren Rückgang deutscher Schiffsbestellungen. Damit bezweifelt er, ob die schon auf rund 20 Millionen Fertigungsstunden geschrumpfte Neubaukapazität der deutschen Werften aufrechterhalten werden könne. Weitergehende Kooperationen der Werftindustrie auch in Bremen hält Henke für möglich und fügte hinzu, daß der Bremer Vulkan seine Mitwirkung bei sinnvollen Strukturmaßnahmen nicht versagen werden.

Das wiedergewachsene Vertrauen der Reederkunden in die Leistungskraft des Unternehmens und verstärkte Akquisitionsbemühungen hätten zu einem Auftragsbestand geführt, der frühere Unterbeschäftigungsverluste vermeide und für relativ lange Zeit Vollbeschäftigung gewährleiste. Auch im Marineschiffbau bestünden gute neue Auftragschancen. Das Auftragsvolumen reiche bis in das zweite Quartal 1987.

PHILIPP HOLZMANN AG / Noch keine Besserung des Inlandsgeschäfts – „Dividende ist nicht in Gefahr"

# Auftragseingang in den USA hat sich verdoppelt

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf drei recht gleichgewichtigen Beinen stand der Philipp Holzmann Konzern im vergangenen Jahr: Gut 32 Prozent der nochmals leicht gestiegenen Jahresbauleistung wurden im Inland erbracht, weitere gut 35 Prozent stammen aus dem USA-Engagement und nochmals gut 32 Prozent aus dem übrigen Ausland. Das wird sich in diesem Jahr deutlich ändern.

„Es kneift vor allem im Inland und im übrigen Ausland", sagte Vorstandssprecher Hermann Becker unter Hinweis auf die auseinanderklaffende Entwicklung bei den Auftragseingängen in diesem Jahr. Zwar liegen die Neuzugänge bei den Aufträgen Ende Mai im Konzern mit 2869 Mill. DM in den ersten fünf Monaten um 14,7 Prozent über dem Stand von Mai 1984, dies ist aber allein Folge der hohen Zugänge in den USA, die sich auf 1721 (833) Mill. DM mehr als verdoppelt haben. Auch in Dollar gerechnet verbleibt übrigens ein stattliches Plus von 77 Prozent. Damit steigerten die Holzmann-Töchter in den USA ihren Auftragsbestand trotz des scharfen Wettbewerbs gegenüber Jahresende nochmals um 7,2 Prozent auf 4485 (Mai 1984: 2807) Mill. DM. Die im US-Geschäft jährlich anfallenden Erträge von 4 bis 5 Mill. Dollar werden zur Verzinsung und Tilgung der von Holzmann gewährten Darlehen verwandt.

Im übrigen Ausland stützt sich Holzmann Ende Mai auf 1861 (2970) Mill. DM Auftragsbestand, 37,4 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Der Rückgang im Inland macht in der gleichen Zeit 19,5 Prozent auf 1748 (1977) Mill. DM aus. Auch bei der bisher erreichten Bauleistung zeigen – mit Ausnahme der USA (plus 21 Prozent auf 1322 Mill. DM) – die Zahlen nach unten (Inland minus 31 Prozent, übriges Ausland minus 52 Prozent). Für das ganze Jahr hält Becker vor diesem Hintergrund allenfalls eine Bauleistung von annähernd 7 Mrd. DM für erreichbar.

Die Holzmann-Dividende ist auch angesichts dieser Entwicklung nicht in Gefahr, betonte Finanzchef Gerhard Keil, der am Jahresende in den Aufsichtsrat wechseln wird. Über die Höhe mochte er freilich noch keine Aussagen machen. Für 1984 werden 10 DM je 50-DM-Aktie gezahlt, für das Vorjahr war noch zusätzlich 1 DM Bonus je Aktie ausgeschüttet worden. Der Gewinn pro Aktie nach der DVFA-Formel – den Holzmann traditionell nicht nennt – sank nach Angaben von Keil im vergangenen Jahr um 18 Prozent; zurückgenommen hat Holzmann die Rücklagendotierung auf 22,4 (25) Mill. DM. Freilich zeigt sich der Konzern ohne langfristige Bankverbindlichkeiten bei einer Bilanzsumme von 3005 (2958) Mill. DM und 477 (450) Mill. DM Eigenkapital durch und durch gesund und gerüstet für die zu erwartende schwächere Bauentwicklung.

Im Inland, das 1984 im operativen Bereich ein ausgeglichenes Ergebnis erzielte, kündigt sich vorläufig keine bessere Entwicklung an, die diskutierten Programme zur Hilfe für die Bauwirtschaft dürften frühestens Ende nächsten Jahres greifen, erwartet der Holzmann-Vorstand. Holzmann selbst liegt mit seiner Inlandsleistung derzeit um ein Fünftel unter dem bisher höchsten Stand. Ein Ausweichen auf kleinere Projekte zum Ausgleich fehlender Großprojekte wird nicht angestrebt, betonte das für das Inland zuständige Vorstandsmitglied Heinz Seifert mit Hinweis auf die Holzmann-Struktur. Die schwächere Entwicklung wird auch auf die Beschäftigtenzahlen im Inland durchschlagen, wo derzeit noch 13 005 Mitarbeiter arbeiten, 11,8 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Auch im übrigen Ausland – Schwerpunkt der Holzmann-Engagements ist immer noch Saudi-Arabien – zeigt die Beschäftigtenzahl nach unten. Seit Mai 1984 sank die Mitarbeiterzahl hier um gut 43 Prozent auf 8914 (Mai 1985), während in den USA knapp 6 Prozent mehr Mitarbeiter tätig sind als im Vorjahr.

| Holzmann-Konzern | 1984 | ±% |
|---|---|---|
| Jahresbauleistung | | |
| (Mill. DM) | 8133 | + 3 |
| dav. Inland | 2638 | + 8 |
| Ausland | 5495 | + 1 |
| Auftragsbestand [1] | 7965 | - 8 |
| dav. Inland | 1760 | - 19 |
| Ausland | 6205 | - 4 |
| Mitarbeiter [2] | 35 700 | - 6 |
| Jahresüberschuß (AG) | 40,3 | (-18,7) |

[1] Jahresende. [2] Jahresdurchschnitt

FLUGHAFEN

# Frankfurt legt erneut kräftig zu

dpa/VWD, Frankfurt

Die Frankfurter Flughafen AG (FAG) hat 1984 ihren Umsatz um 6,3 Prozent auf 904 Mill. DM steigern können. Der Jahresüberschuß des größten deutschen Verkehrsflughafens lag bei 40,5 (33,1) Mill. DM. Nach Angaben des FAG-Vorstandsvorsitzenden Erich Becker konnte der Frankfurter Flughafen 1984 mit 227 000 Flugbewegungen und 19 Mill. Passagieren, 773 000 Tonnen Luftfracht und 107 000 Tonnen Luftpost ein neues Rekordergebnis bei den Verkehrszahlen erzielen.

Mit einem Zuwachs um 7 Prozent bei den Fluggästen und 12,8 Prozent bei der Luftfracht habe Rhein-Main deutlich über den Steigerungsraten des Weltluftverkehrs gelegen, wo der Anstieg 4,5 und 9 Prozent betragen habe. Dem Frachtaufkommen nach lag Frankfurt 1984 weltweit an dritter Stelle. „Das prognostizierte Verkehrswachstum vorausgesetzt, werden wir in den kommenden Jahren ein jährliches Investitionsvolumen bis zu 300 Millionen DM haben", sagte Becker.



EFFECTENBANK-WARBURG / Neuer Name

# Ausbau der Dienstleistungen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Effectenbank-Warburg AG, Frankfurt, die nach Übernahme von 55 Prozent des Kapitals durch die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) und 45 Prozent durch die zur SKA-Gruppe gehörende Holding Financière Crédit Suisse First Boston als CSFB-Effectenbank AG firmiert und die sich neben dem bisherigen Universalbankgeschäft vor allem auf das D-Mark-Emissionsgeschäft und den Handel mit D-Mark-Auslandsanleihen konzentrieren wird, berichtet jetzt über das am 31. März abgelaufene letzte Jahr vor dem Besitzwechsel.

Wie schon im Vorjahr weist die Bank einen Jahresüberschuß von 3,375 Mill. DM aus, der auf die Zahlung von 7,5 Prozent Dividende auf 50 Mill. DM Kapital zugeschnitten ist. Deutlich verschlechtert hat sich abermals der Ertrag aus dem laufenden Geschäft; das Teilbetriebsergebnis ist um 25,8 Prozent auf 18,1 Mill. DM gesunken, worin sich der Rückgang des Zinsüberschusses von 34,5 auf 29,5 Mill. DM spiegelt, der auf das Schrumpfen der Zinsspanne bei einem kaum gestiegenen Kreditvolumen von gut 1,7 Mrd. DM hinweist. Entlastet wurde die Ertragsrechnung dadurch, daß die mit Gewinnen aus dem Effekteneigenhandel und anderen Erträgen zum Teil kompensierten Abschreibungen und Wertberichtigungen von 20,6 auf 13,4 Mill. DM sanken.

Nahezu parallel zur Bilanzsumme, die um 89 Mill. DM auf 1,74 Mrd. DM zunahm, erhöhten sich die Kundeneinlagen um 92 auf 999 Mill. DM. Das Geschäftsjahr 1984/85 sei durch eine kontinuierliche Fortsetzung der Politik eines weiteren Ausbaues des Dienstleistungsbereichs gekennzeichnet gewesen. Die Unternehmensfinanzberatung sei erfolgreich weiterentwickelt worden.

## NAMEN

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger** wurde per 1. Juli zum Vorstandsvorsitzenden der Knoll AG, Ludwigshafen, bestellt. Er wird Nachfolger von Prof. Dr. **Ernst Biekert**, dessen Mandat zur Jahresmitte abläuft.

Dr. **Gerhard Fritz**, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Bayer AG, Leverkusen, wird heute 60 Jahre alt.

**Heinz Thümmler**, Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, wird heute 70.

Prof. Dr. **Rolf Sammet**, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, hat am 29. Mai sein Aufsichtsratsmandat beider Wacker-Chemie GmbH, München, niedergelegt. Zum neuen Vorsitzenden für die restliche Amtszeit des Aufsichtsrates wurd Prof. Dr. **Wolfgang Hilger** gewählt. Neu in den Aufsichtsrat kam **Hans Reintges**.

**Georg-Volkmar Graf Zedwitz-Armin**, Leiter der Informationsabteilung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), wurde gestern 60 Jahre.

**Rolf Uhrmann** wurde mit Wirkung vom 21. Juni zum Vorstandsmitglied der Th. Goldschmidt AG, Essen, bestellt.

WALTER THOSTI BOSWAU BAU / Wieder Dividende von sechs Prozent

# Erstes Ehejahr erfolgreich überstanden

dpa/VWD, Augsburg

Die Walter Thosti Boswau Bau AG (WTB), Augsburg, hat das erste Ehejahr trotz anhaltend schlechter Baukonjunktur erfolgreich überstanden. Der im Jahr 1983 zustande gekommene Zusammenschluß der Bauunternehmen Thosti Bau AG, Augsburg, und der Boswau + Knauer AG, Düsseldorf, hat 1984 sowohl im In- wie auch im Auslandsgeschäft positiv zu Buche geschlagen. Die ausgewogene Niederlassungsstruktur im Inland und die verbreiterte Basis für das Auslandsgeschäft trugen dazu bei, daß der 1983 erreichte Leistungsstand ohne wesentliche Einbußen gehalten werden konnte, heißt es im WTB-Geschäftsbericht.

Die Gesamtleistung im Konzern belief sich im Geschäftsjahr 1984 auf rund 1,22 (1,26) Mrd DM. Davon entfielen 1,03 (1,05) Mrd. DM auf das Inland, die Auslandsleistung ging durch die Schließung zweier Baustellen auf 188 (198) Mill. DM zurück. Der Auftragseingang aus dem Ausland ist im vergangenen Jahr leicht auf 1,106 (1,07) Mrd. DM gestiegen. Aus dem Inland sind im vergangenen Jahr hingegen nur Bestellungen im Werte von 855 (1024) Mill. DM eingegangen.

Aus dem Jahresüberschuß von 3,9 (4,4) Mill. DM werden 1,5 Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt. Die Aktionäre erhalten eine unveränderte Dividende von 6 Prozent. Mehr als 25 Prozent des Grundkapitals von 40 Mill. DM liegen bei der Firma Universalbau Walter GmbH.

Die Krise in der Bauwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr deutlich auf den Personalbestand ausgewirkt. Die Zahl der Mitarbeiter wurde im Inland von 5256 auf 4750 verringert. Einschließlich der Auslandsniederlassungen und der Hauptverwaltung reduzierte sich die Gesamtbelegschaft von 6740 auf 6243 Mitarbeiter. Im Konzern waren Ende 1984 noch rund 7344 (8012) Mitarbeiter beschäftigt. Die Investitionen gingen von 14,3 auf 10,6 Mill. DM zurück.

Für das Geschäftsjahr 1985 rechnet der WTB-Vorstand nach Kapazitätsanpassungen im Inland und bei erfolgreichem Auslandsgeschäft bestenfalls mit einem „zufriedenstellenden Gesamtergebnis". Vom öffentlichen Bau, von dem die Gruppe zu fast 50 Prozent lebt, seien allerdings keine beschäftigungswirksamen Impulse zu erwarten. Im Wohnungsbau sei mit empfindlichen Einbrüchen zu rechnen.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Hag GF ohne Dividende

**Bremen** (dpa/VWD) – Die Großrösterei HAG GF AG, Bremen, wird auch für das Geschäftsjahr 1984 keine Dividende an die US-Mutter General Foods ausschütten, geht aus der Einladung zur Hauptversammlung am 2. August hervor. Das Unternehmen ging in 1984 noch mit einem Verlustvortrag von 22 Mill. DM. Für 1983 wurde zwar ein Jahresüberschuß von 12,6 Mill. DM ausgewiesen, er stammte jedoch aus Erträgen mit Einmalcharakter, während das Betriebsergebnis negativ war.

### Kienzle diversifiziert

**Stuttgart** (nl) – Die Kienzle Uhrenfabriken GmbH, Villingen-Schwenningen, wird ab 1. September 1985 ihr Programm um Haupt-, Neben- und Wächteruhren sowie um Zeiterfassungsgeräte erweitern. Zu diesem Zweck wird Kienzle die Aktiva der in Konkurs befindlichen Württembergische Uhrenfabrik Bürk Söhne GmbH & Co., Villingen-Schwenningen, erwerben und den rund 50 bisherigen Mitarbeitern einen Anstellungsvertrag anbieten.

### Ausschüttung gekürzt

**München** (VWD) – Der lange Winter und die Schwierigkeiten des Baumarktes im vergangenen Jahr werden sich auf das Jahresergebnis 1985 der Erlus Baustoffwerke AG, Neufahrn, auswirken. Der Vorstand glaubt allerdings nicht, daß der Rückstand im Laufe des Jahres voll aufgeholt werden könne. Wie aus dem Geschäftsbericht weiter hervorgeht, konnte der Umsatz 1984 zwar auf 78,1 (76,1) Mill. DM erhöht werden, unter Berücksichtigung mäßiger Preisanpassungen bei einigen Produkten betrug dieser Zuwachs jedoch nur 2,7 (17,7) Prozent. Vom Jahresüberschuß von 1,83 (1,75) Mill. DM sollen wieder 875 000 DM der freien Rücklage zugeführt werden. Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung am 31. Juli in München eine Dividende von 10 (12,50) DM je 50-DM-Aktie auf das unveränderte Grundkapital von 4,375 Mill. DM vor.

### Vier Mark plus Bonus

**Greven** (VWD) – Die Grevener Baumwollspinnerei AG, Greven, schlägt der Hauptversammlung am 9. August vor, aus dem Bilanzgewinn 1984 von 1,2 (0,6) Mill. DM neben einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Dividende von 4 DM je Aktie noch einen Bonus von ebenfalls 4 DM zu zahlen.

### Kathreiner bleibt bei 8 DM

**München** (VWD) – Die Aktionäre der Einzel- und Großhandelsgruppe Kathreiner AG, Poing, können in diesem Jahr wieder mit einer Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie auf das erhöhte Grundkapital von 22 (18) Mill. DM rechnen. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 2. August in München hervorgeht, wird aus dem erhöhten Bilanzgewinn von 4,4 (3,6) Mill. DM außerdem wieder die Zahlung eines Bonus von 2 DM vorgeschlagen.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Alsfeld:** Werner Reinhold Schmitt, Kirtorf-Arnshain; **Beckum:** Sommer u. Vienhues GmbH, Ahlen; **Bochum:** Wesma Schweißtechnik GmbH u. Co. KG, Herne; **Burgwedel:** Ernst Sundermann, Isernhagen; **Geilenkirchen:** Carina Schuhvertriebs GmbH, Heinsberg-Dremmen; **Gütersloh:** Dalepa Feinkost GmbH; **Köln:** Klaus Krämer Motoren GmbH; Langguth & Co. GmbH, Frechen; Heinz Scharfeld, Maurermeister; **Krefeld:** Thurau GmbH & Co. KG, Nettetal; Nachl. d. Josefine Wiesner geb. Spitz; **Lübeck:** Wohngrund Vermietungsges. mbH; **Minden:** Friedrich Müther GmbH & Co. KG, Möbelfabrik, Porta Westfalica; Friedrich Müther Verwaltungsges. mbH, Porta Westfalica; **Neustadt/Rbge.:** Harry Schulze, Stahl- u. Leichtmetallbau; **Peine:** Ho-Frie Fertighaus KG, Edemissen; **Saarlouis:** Nachl. d. Werner Schmitt; **Siegburg:** Jürgen Tegge Bauges. mbH, Hennef; **Tettnang:** Langenargener Bauträger GmbH, Langenargen; **Verden:** Immobilien-Kontor GmbH Lüdeke Bruns; **Weißenburg:** Jura Defrost Kühlraum-Ökonomie GmbH u. Co. Vertriebs KG, Treuchtlingen; **Wesel:** van Laak Malerbetrieb GmbH, Dinslaken; **Wilhelmshaven:** Gerhard Ollick; **Würzburg:** Nachl. d. Georg Hubertus Maske, Schwarzach a. M.-Schwarzenau; **Wuppertal:** Nachl. d. Adolf Paul Krumphaar.

**Vergleich beantragt: Hannover:** Victor Fuchs.

**Vergleich eröffnet: Bremen:** 1. Plange Kraftfutterwerke GmbH & Co KG, 2. Fa. Plange Kraftfutterwerke GmbH & Co. KG, Ludwigshafen, 3. Fa. Plange Kraftfutterwerke GmbH & Co. KG, Düsseldorf, 4. Fa. Plange GmbH & Co. KG, Soest; **Gifhorn:** Manfred Mayer, Wahrenholz; **Köln:** KPM Bau & Montage GmbH; **Ulm:** Kurt Leonhardt.

DEMINEX / Weiter diversifiziert – Hohe Investitionen in Entwicklung neuer Felder

# Der Gewinn wurde fast verdoppelt

HANS BAUMANN, Essen

Sowohl die höhere Erdölproduktion als auch der Auftrieb des US-Dollar sorgten dafür, daß die Deminex – Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Essen, im Geschäftsjahr 1984 ihr Jahresergebnis von 75,5 auf fast 134 Mill. DM erhöhen konnte. Die Mittel geben nach Ergebnisübernahmeverträgen an die Gesellschafter, werden danach aber der Deminex für Investitionen wieder zur Verfügung gestellt. Das Stammkapital der Deminex von 150 Mill. DM halten Veba Oel zu 51, UK Wesseling und Wintershall zu je 18,5, Saarberg Oel & Handel zu 9 und die Veba AG zu 3 Prozent.

Die Umsätze der GmbH stiegen von 724 auf 740 Mill. DM. Für Explorationen wurden 263 Mill. DM ausgegeben, das waren rund 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Zum überwiegenden Teil gingen diese Mittel in die britische und norwegische Nordsee, nach Syrien und Ägypten. Die Investitionen stammten zu 44 Prozent aus Mitteln des Bundes und zu 24 Prozent aus Gesellschafterdarlehen. Die restlichen 32 Prozent stammen aus eigenen Mitteln. Wie kräftig die Deminex in die Entwicklung neuer Felder geht, zeigt die Tatsache, daß hierfür allein 441 Mill. DM aufgewendet wurden, das sind 17 Prozent mehr als 1983.

Kräftig erhöht haben sich auch die Finanzanlagen von 0,95 auf 1,26 Mrd. DM. Insgesamt wurden über 573 Mill. DM aufgewendet für den Einkauf in nachgewiesene oder bereits fördernde Anlagen in den USA, in der britischen Nordsee und in Indonesien.

Die Förderung der Deminex blieb nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden Ernst E. Hotz von der Problematik am Welt-Ölmarkt unberührt. Bei zunehmender geographischer Diversifikation stieg sie von 2,8 auf über 3,1 Mill. Tonnen. In einem Ausblick stellte Hotz fest, daß Deminex dabei ist, die Erdölförderung weiter auszubauen und zu diversifizieren. Das Ergebnis wird allerdings durch zurückgehende Preise und steigende Aufwendungen, vor allem für die Produktion und für die Feldentwicklung, schwächer sein als 1984.

Die Deminex produziert in Großbritannien, in Ägypten, in Indonesien und in den USA/Kanada. Felder werden ebenfalls in der britischen Nordsee, in Ägypten, in Syrien, Argentinien und in Kanada entwickelt. Wie stark die Deminex auf die Zukunft setzt, zeigt die Breite der Explorationstätigkeit. Zur Zeit wird in der britischen Nordsee und in deren norwegischem Teil nach Öl und Gas gesucht.

Ferner werden Bohrungen in Ägypten, in Libyen, in Angola, Abu Dhabi, in Oman und in Syrien niedergebracht. Auf der Suche nach Kohlenwasserstoffen ist das Unternehmen zudem in Indonesien, in Argentinien, in Trinidad und Tobago sowie in den USA. In den Staaten hat die Deminex-Tochter U. S. Oil Comp. ihre Flächen mit dem Erwerb der Jet Oil Comp. erheblich erweitern können.

KRONES / Eigene Marktstärke demonstriert

# Auf Expansion eingerichtet

DANKWARD SEITZ, München

„Wir brauchen ordentliche Gewinne und kein Wachstum um jeden Preis." Nur *auf den ersten Blick mag* es da widersinnig erscheinen, wenn die Krones AG, Neutraubling, nach Ansicht ihrer Firmenchefs Hermann Kronseder und Rolf Schäfer, der demnächst aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand überwechseln wird, mittelfristig *mit einem Umsatzwachstum* von durchschnittlich etwa 20 Mill. DM pro Jahr rechnen kann.

Es ist weniger Optimismus als die eigene Marktstärke, die Kronseder und Schäfer damit dokumentieren. Denn weltweit ist die deutsche Getränkemaschinen-Industrie so gut wie konkurrenzlos. Und hier wiederum fühlt sich Krones mit einem Weltmarktanteil von 70 Prozent bei Ettikettiermaschinen so überlegen, daß selbst der geplante Zusammenschluß der Konkurrenten Seitz-Enzinger Noll AG mit der Klöckner-Werke AG „keine Probleme und Sorgen bereiten wird".

*Auf Expansion ist* bei *Krones auch* das zweijährige Investitionsprogramm 1984/85 mit einem Volumen von 40 Mill. DM ausgelegt, wovon 15 (8,5) Mill. DM das vergangene Jahr betrafen. Damit wolle man, wie Kronseder versicherte, die Kapazitäten lediglich an die vorhandene Nachfrage anpassen. Denn das Unternehmen sei so ausgelastet, daß man in drei statt in zwei Schichten arbeiten müsse. *Die* ersten fünf Monate 1985 brachten Krones nach Angaben von Schäfer ein Umsatzplus von 17 Prozent sowie einen um 25 Prozent höheren Auftragseingang. Das Umsatzziel für 1985 habe man inzwischen von 205 Mill. auf 210 Mill. DM angehoben.

Überzeugt zeigten sich beide Sprecher auch, daß das Ergebnis wieder das hohe Vorjahresniveau erreichen wird und die Aktionäre der Krones AG, deren 7 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien seit Ende Oktober 1984 an der Börse gehandelt werden, wieder mit einer Dividende von 20 Prozent rechnen können. Auf die 16 Mill. DM Stammkapital in Familienbesitz werden 16 Prozent ausgeschüttet. Um jedoch das künftige Wachstum aus eigener Kraft finanzieren zu *können*, sollen die *Gewinne* weitgehend im Unternehmen verbleiben.

Im vergangenen Jahr stieg der Umsatz der Krones AG um rund 9 Prozent auf 189,9 Mill. DM. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde der Zuwachs ausschließlich vom Ausland (plus 38 Prozent) getragen. *Daß das Inlands*geschäft um 30 Prozent zurückfiel, bezeichnete Schäfer nach dem durch die Investitionszulage bedingten Schub 1983 als „eine Normalisierung". Der Auftragseingang stieg um 20 Prozent auf 151 Mill. DM, davon entfielen 116 Mill. DM (plus 26 Prozent) auf das Ausland. Der Auftragsbestand zum Jahresende erhöhte sich *um 19 Prozent auf 75 Mill. DM. Den* Weltumsatz der Gruppe gab Schäfer mit 274 (235) Mill. DM an. Die amerikanische Tochter erzielte einen Umsatz von rund 60 (54) Mill. DM.

Auch die Ertragslage hat sich weiter verbessert. So stieg der Gewinn je Aktie nach Angaben von Schäfer auf 45 bis 50 DM nach 36 DM im Vorjahr. Den Netto-Cash-flow bezifferte er auf über 17 Mill. DM bei Abschreibungen von 8,4 (8,1) Mill. DM. Nach einem Steueraufwand von 10,0 (10,2) Mill. DM und einem Personalaufwand von 87,8 (85,5) Mill. DM verbleibt ein Jahresüberschuß von fast 6,6 (5,8) Mill. DM. Einschließlich eines Gewinnvortrags von 4,7 Mill. DM ergibt sich nach Zuführung von 3,2 (–) Mill. DM in die freien Rücklagen ein Bilanzgewinn von 8,1 (10,5) Mill. DM.

SCHWEIZER BÖRSE

# Mengenrabatt beim Aktienkauf

IRENE ZÜCKER, Genf

Für große Börsenaufträge werden die Kommissionen billiger, für kleine teurer. Das ist der zentrale Punkt in der neuen Courtagekonvention der Vereinigung schweizerischer Effektenbörsen, die voraussichtlich am 1. Dezember 1985 in Kraft treten wird. Durch die neue degressive Tarifstruktur will der Wertpapierplatz Schweiz, der infolge der weltweit härteren Konkurrenz (Internationalisierung der Finanzmärkte) ins Hintertreffen geraten ist, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Banken *und* Brokern verbessern.

In Anlehnung an die internationalen Usancen sollen die Courtagen von *gewissen Beträgen an* frei aushandelbar sein: bei Aktiengeschäften ab einer Mill. sfr, bei Obligationen ab zwei Mill., bei Fondsanteilen und bei Eurobonds ab 0,25 Mill.

Auslandcourtagen werden durch einen länderweise gestalteten Globaltarif bei kleineren Aufträgen übersichtlicher gestaltet. Bei Auslandsgeschäften über sfr 250 000 setzt sich die Courtage zusammen aus dem degressiven Schweizer Grundtarif und der (zum Teil aushandelbaren) aus*ländischen Kommission. Für den* deutschen Anleger bringt dies im allgemeinen eine Verbesserung.

Angehoben wird für Aktien- und Obligationen-Abschlüsse in der Schweiz das Courtageminimum von heute 10 auf 30 sfr. Die Degressionsskala beginnt bei Aktien neu bei einem Prozent (bisher linearer Satz für Papiere mit Kurswert von über 150 sfr ⅝ Prozent) und bei Obligationen bei 0,7 Prozent (z. Zt. Ansatz ⅜ Prozent). Begünstigt wird der Kleinanleger nur bei Anlagefondsanteilen.

SÜDKOREA / Pkw-Produzenten erweitern Kapazitäten

# Auto-Exporte verdoppelt

*FRED* de *LA TROBE*, Tokio

Die südkoreanische Autoindustrie beginnt im größeren Umfang in das Exportgeschäft einzusteigen. Im vergangenen Jahr führte das ostasiatischen Land 52 350 Autos im Wert von 745 Millionen DM aus, etwas mehr als das Doppelte gegenüber *1983*. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres erreichten die Exporte 38 287 Wagen im Wert von 490 Mill. DM, ebenfalls das Doppelte im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die wichtigsten Absatzgebiete sind Kanada, die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Belgien.

Vor allem Kooperationen mit amerikanischen *und teilweise auch* japanischen Firmen ermöglichen es den fünf südkoreanischen Autounternehmen, größere Expansionsprojekte für ihre Anlagen vorzunehmen. Bei den fünf Unternehmen handelt es sich um die Hyundai Motor, bei der die Mitsubishi *Motor* zu *10 Prozent beteiligt* ist, die Daewoo Motor, ein Joint Venture der Daewoo-Gruppe mit General *Motors*, die *einen* Anteil von 50 Prozent hält, die Kia Industrial, ein Hersteller von Nutzfahrzeugen, die mit Ford Motors zusammenarbeitet, die Dong a Motor, ein Omnibusproduzent und die Samsung Corp., die mit Chrysler liiert ist.

Hyundai, der Branchenführer, hat in diesem Frühjahr ein neues Werk mit einer Jahreskapazität von 300 000 Personenwagen bei *Ulsan fertigg*estellt. Das Unternehmen will von Ende dieses Jahres an in Kooperation mit Ford seine Exporte in die USA wesentlich erhöhen. Hyundais „Pony" kostet in Nordamerika zwischen 5000 und 6000 Dollar und ist damit gegenüber vergleichbaren japanischen Modellen sehr wettbewerbsfähig. Hyundai hat sich auch verpflichtet, 30 000 Pkw des unter Lizenz hergestellten *Modells „Excel"* an *Mitsubishi* zu liefern und die japanische Firma garantiert dafür Hyundai den Zugang zu ihrer Technologie und zu Teilen. Mitsubishi wird außerdem ihren Anteil an Hyundai auf 15 Prozent erhöhen.

Daewoo und General Motors haben vereinbart, ab Mitte nächsten Jahres das Modell „World Car", eine Version des *Opel Kadett herzustellen*. Dazu wird ein Werk mit einer Jahreskapazität von 167 000 Wagen gebaut. 100 000 dieser Modelle sind für den Export in die USA vorgesehen. Die Chrysler Corp. hat mit der Samsung-Gruppe ein Abkommen abgeschlossen, das die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zur Herstellung von Autoteilen und Zubehör vorsieht. Später sollen auch Personenwagen produziert werden. Die Dong a Motors ist mit Toyota übereingekommen, eine technische Kooperation zur Herstellung von Personenwagen einzugehen.

Die Kia Industrial wird mit Ford ein Gemeinschaftsunternehmen gründen, das ein Werk mit einer Jahreskapazität von 120 000 Personenwagen des *Modells „Y-Car" (1,5 Liter)* bauen wird. Die Autos sollen von Ford in Nordamerika und Europa *vertrieben* werden. Außerdem wird Kia von 1987 an unter Lizenz Pkw der Mazda Motor, die bei Kia einen Anteil von 8 Prozent hält, herstellen.

In Japan zeichnet sich schon Sorge vor der aufkommenden koreanischen Konkurrenz auf den Weltmärkten ab. Einer Untersuchung des japanischen Forschungsinstituts Kangyo Kakunaru zufolge wird die südkoreanische Autoproduktion 1988 auf etwa eine Million Wagen kommen. Davon wird ungefähr die Hälfte für den Export bestimmt sein. (SAD)

TRANSPORT-VERSICHERUNGS-VERBAND

# Reserve für Großschäden fehlt

J. BRECH, Hamburg

Eine Anhebung des Prämienniveaus um mindestens 10 Prozent hält *der Deutsche Transport-Versiche*rungs-Verband, Hamburg, für dringend notwendig. Wie der Verbandsvorsitzende Claas Kleyboldt in Hamburg erklärte, müsse bei den Versicherungsunternehmen eine Reserve für Großschäden aufgebaut werden, *um die Geschäftsabschlüsse auf* Dauer zu stabilisieren.

Die Berechtigung dieser Forderung ergibt sich nach Angaben von Kleyboldt aus den Geschäftsberichten von 25 Versicherungsgesellschaften mit einem Marktanteil von etwa 80 Prozent. Danach hat sich der versicherungstechnische Gewinn 1984 um 27 Prozent auf 35 Mill. DM verringert, *obwohl der deutsche Markt von spek*takulären Großschäden weitgehend verschont geblieben ist. Da von dem Gewinn nach versicherungsmathematischen Verpflichtungen 47 Mill. DM den Schwankungsrückstellungen zugeführt werden müssen, verbleibt ein bilanzwirksamer Verlust von 12 Mill. DM.

Ob der Markt die Verbandsforderung nach höheren Prämien erhört, ist fraglich. Vor allem in der Warenversicherung, auf die mehr als 50 Pro*zent* der *gesamten Prämieneinnah*men der Transportversicherer (1984: 2,1 Mrd. DM) entfallen, vermutet der Verband nach den Jahren der Sanierung bereits wieder erste Prämiennachlässe. Vor dem Hintergrund, daß in der Kalkulation noch immer ein ausreichender Prämienanteil für außerordentliche *Schäden* fehle, sei ein solches Verhalten unverständlich.

Dies gilt nach Meinung des Ver*bandes* um so mehr, als in der Seewaren- und in der Binnenwarenversicherung eine Zunahme der Großschäden registriert werde. In der Seewarenversicherung *sind* die *Groß*schäden 1984 von 133 auf 196 Stück gestiegen, wobei Schäden von mehr als *1* Mill. DM von 11 auf 26 zunahmen. In der Binnenwarenversicherung ist die Schadensumme für Schäden ab 1 Mill. DM von 1,7 auf 10,2 Prozent geklettert. Drei Feuerlagerschäden kosteten den Markt 23 Mill. DM, zwei Lkw-Diebstähle 4 Mill. DM.

In der Kasko-Versicherung, *die die* Seekasko-, Baurisiko-, Flußkasko- und Wassertransportkaskoversiche*rung umfaßt*, hätten die Versicherer 1984 „Glück gehabt". Vor allem in der Seekaskoversicherung mußten nur zwei Totalausfälle gedeckt werden. Weniger glücklich sind die Versicherer unter Prämienaspekten, daß eine Reihe deutscher Flotten auf anderen Versicherungsmärkten Schutz *su*chen. So ist 1984 ein Teil der Hapag-Lloyd-Flotte auf den englischen Markt abgewandert.

Bei unveränder positiver Außenhandelsentwicklung erwarten die Transportversicherer 1984 in der Warenversicherung ein Wachstum von 7 Prozent. Da dieser Satz in der Kaskoversicherung sicher nicht erreicht wird, dürfte das gesamte Volumen der im deutschen Markt tätigen Transportversicherer um 5 (3) Prozent wachsen.

FRANKREICH / Sozialpartner brachen Verhandlungen ab

# Umschulungsurlaub strittig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Hoffnung der französischen Regierung, daß die aus der Restrukturierung resultierenden sozialen Probleme durch Verhandlungen der *Sozialpartner einer Lösung zugeführt* werden könnten, erweist sich erneut als Illusion. Nachdem Ende letzten *Jahres der Vertragsentwurf* über die Flexibilität der Arbeitszeit von den Gewerkschaften unter dem Druck ihrer Basis abgelehnt wurde, sind jetzt die Verhandlungen über die Verallgemeinerung des sogenannten Umschulungsurlaubs ergebnislos abgebrochen worden.

Dieses Verfahren hatte die Regierung erstmals Mitte 1984 in der verstaatlichen Eisen- und Stahlindustrie als Entlassungsersatz eingeführt. Die dadurch Begünstigten werden innerhalb von zwei Jahren für neue Berufe ausgebildet und erhalten so lange 70 Prozent ihres letzten Lohns fortbezahlt. Die Kosten übernimmt zu 70 Prozent das Unternehmen und zu 30 Prozent der Staat.

Ähnliche *Bedingungen* gelten für ein Branchenabkommen im weitgehend staatlichen Schiffbau, während der bei der privaten Automobilgesellschaft Citroën bestehende innerbetriebliche *Beurlaubungsvertrag* nur über 10 Monate läuft und dem Unternehmen lediglich 30 Prozent der Ko*sten aufbürdet*.

Der Unternehmerverband fordert für eine nationale Regelung die allgemeine Begrenzung der Lohnfortzahlung auf 60 Prozent, des Umschulungsurlaubs auf sechs Monate und auf Unternehmen, die mehr als 10 Mitarbeiter aus wirtschaftlichen Gründen freisetzen wollen. Außerdem macht er zur Bedingung, daß der Entlassungsschutz gelockert wird. Dies alles haben die Gewerkschaften kategorisch abgelehnt.

Die Erweiterung des Umschulungsurlaubs drängt sich in Frankreich deshalb auf, weil die Möglichkeiten für weitere vorzeitige Pensionierungen immer kleiner werden. Ende letzten Jahres wurden hier über 700 000 Frührenter gezählt. Die daraus der Allgemeinheit entstandenen Kosten lagen um etwa 10 Prozent über denen einer entsprechenden Arbeitslosigkeit, hat jetzt der Sozial- und Wirtschaftsrat festgestellt.

INVESTMENT / Nettoabflüsse bei Aktien-Anlagen

# Rentenfonds dominierten

dpa/VWD, Frankfurt

Die international anlegenden Rentenfonds sind inzwischen die bevorzugte Anlageform bei den Investmentgesellschaften. Wie aus dem Jahresbericht des Bundesverbandes *Deutscher Investment-Gesellschaf*ten (BVI) hervorgeht, flossen 1984 zwei Drittel des Mittelaufkommens aller Rentenfonds *in Höhe von* insgesamt 4,5 Milliarden DM in die internationalen Fonds. Die Wertsteigerungen der international operierenden Rentenfonds betrugen 1984 zwischen 10,1 und 26,1 Prozent. Die Wertsteigerungen der überwiegend in Deutschland anlegenden Rentenfonds gab der BVI mit 9,8 bis 16,3 Prozent an.

Insgesamt haben die Rentenfonds im vergangenen Jahr „ihre dominierende Position bei den Publikumfonds" weiter ausgebaut, stellt der Verband fest. Das *Vermögen* der Rentenfonds stieg um 28,4 Prozent auf 28,8 Milliarden DM. Dagegen verloren die Aktienfonds (einschließlich gemischter Fonds) weiterhin in der Gunst der privaten Anleger. Der schon seit 1979 einsetzende, nur 1983 unterbrochene Trend der Nettoabflüsse setzte sich bei den Aktienfonds 1984 (minus 1,1 Milliarden DM) fort. Die Spanne der Wertsteigerungen bei den Aktienfonds reichte von 5,4 bis 25,6 Prozent bei den überwiegend in Deutschland anlegenden Fonds. Die *Zuwächse bei den international* anlegenden Aktienfonds betrugen bis zu 18,8 Prozent.

Die offenen Immobilienfonds erzielten trotz des schwieriger gewordenen Immobilienmarktes immer noch Anlageergebnisse, die zwischen 6,2 und 7,9 Prozent lagen. Die Mittelzuflüsse betrugen 756,5 Millionen DM. *Das* Fondvermögen stieg um 13,8 Prozent auf 7,6 Milliarden DM. Alle 125 Publikumsfonds, über die der BVI berichtet, *kamen auf ein* Mittelaufkommen von ingesamt 4,1 (Vorjahr: 3,8) Milliarden DM. Das Fondsvermögen stieg um 16,7 *Prozent auf* 46,0 Milliarden DM.

WILKHAHN / *Hohe Erwartungen* noch übertroffen

# Aktivitäten in Japan

D. SCHMIDT, Bad Münder

Mit einer Steigerung des Umsatzes um 19 Prozent auf 63,6 (53,5) Mill. DM hat die Wilkhahn Wilkening + Hahne GmbH & Co., Bad Münder, nicht nur den *Zuwachs* der Büromöbelbranche insgesamt (plus 13 Prozent), sondern auch die eigenen Erwartungen deutlich übertroffen. Nach *Angaben der* Geschäftsführung kommt dabei dem Auslandsgeschäft besondere Bedeutung zu. Vom Gesamtumsatz entfielen 26 Mill. DM auf den Export; der Auslandsanteil erhöhte sich auf 41 (38) Prozent.

Das Familienunternehmen konzentriert seine ausländischen Aktivitäten derzeit auf den Mittleren und Fernen Osten. Eine wichtige Rolle spiele der für „prestigeträchtige Produkte besonders aufnahmefähige japanische Markt". Positiv verlaufe die Zusammenarbeit mit den Lizenzpartnern. Weltweit seien 1984 für rund 110 Mill. DM Wilkhahn-Erzeugnisse verkauft worden.

Die in den beiden vergangenen Jahren um rund 15 Prozent auf nunmehr 410 Mitarbeiter aufgestockte Belegschaft partizipiert an der günstigen Entwicklung. Aus dem Ergebnis nach Steuern erhalten die als stille Gesellschafter beteiligten Mitarbeiter 50 Prozent in Form von Gewinnzuweisungen *und* einer Ausschüttung von 8 Prozent auf ihre Kapitalanteile. Nachdem 1984 rund 2,4 Mill. DM investiert wurden, sind für 1985 *Mittel* von 3,4 Mill. DM vorgesehen. In den nächsten drei bis fünf Jahren soll ein zusätzliches Investitionsprogramm von 15 Mill. *DM* realisiert werden.

Zufriedenstellend verläuft die Entwicklung im laufenden Jahr. Positiv wirke sich dabei das relativ hohe Auftragspolster aus dem Vorjahr aus. Wenngleich der Markt der reinen Objekteinrichtung seinen Höhepunkt erreicht habe, rechnet Wilkhahn für 1985 erneut mit einem Umsatzzuwachs um rund 10 Prozent auf 70 Mill. DM.

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bankschuldverschr.

| | | |
|---|---|---|
| F 7½ dgl. 84 S.48 | 9/89 103,9 | 103,9 |
| F 7½ dgl. 84 S.49 | 10/89 103,05 | 103,15 |
| F 7¼ dgl. 84 S.50 | 11/89 102,05bG | 102,05 |
| F 7 dgl. 84 S.51 | 12/89 101,15 | 101,2 |
| F 6¾ dgl. 84 S.52 | 2/89 100,25 | 100,25 |
| F 7¼ dgl. 85 S.53 | 90 101,85 | 101,85 |
| F 7 dgl. 85 S.54 | 90 100,85 | 100,85 |

## Bundesbahn

| | | | |
|---|---|---|---|
| F 7 dgl. 77 | 2/87 | 101,6G | 101,6 |

# Rentenmarkt ohne Impulse

**Auch am Dienstag standen die festverzinslichen Werte wieder deutlich im Schatten der lebhaften Aktienmärkte. Das Geschäft blieb, wie schon häufiger in der Zeit, klein. Die meisten Rentenwerte wurden mit nur geringen Abweichungen von den Kursen des Vortages gehandelt. Es fehlt den Rentenpapieren derzeit an Anregungen, die ein klares Signal hinsichtlich der mittelfristig weiterhin erwarteten Senkung der Zinsen in Richtung der Sechs-Prozent-Marke setzten. Öffentliche Anleihen notierten mit plus/minus 0,15 Prozentpunkten behauptet.**

| | | |
|---|---|---|
| M 6½ dgl. Pf 3 | 93,5G | 93,5G |
| M 6½ dgl. Pf 12 | 93,5G | 93,5G |
| M 7 dgl. Pf 20 | 100,75G | 100,75G |
| B 5 Berl.Pfandb. Pf 7 | 102,6G | 102,5G |
| B 7 dgl. Pf 31 | 100,5G | 100,5G |
| B 6 dgl. Pf 34 | 98,25G | 98,25G |
| B 6½ dgl. Pf 37 | 100G | 100G |
| Hn 5 Br.Hann. Hypo. Pf 1 | 118G | 118G |
| Hn 7 dgl. Pf 80 | 96,25G | 96,25G |
| Hn 7½ dgl. Pf 87 | 101,5G | 101,5G |
| Hn 6 dgl. KS 29 | 87,5G | 87,5G |
| Hn 7 dgl. KS 30 | 101,15G | 101,15G |
| D 5 Dt.Genbod. Pf 44 | 120,5G | 120,5G |
| D 5 dgl. Pf 54 | 116G | 116G |
| D 6 dgl. Pf 109 | 84G | 84G |
| D 6½ dgl. Pf 123 | 93G | 93G |
| D 6½ dgl. Pf 141 | 93G | 93G |

| | | |
|---|---|---|
| D 4 dgl. Pf 18 | 107G | 107G |
| D 6 dgl. Pf 28 | 98G | 98G |
| D 6½ dgl. Pf 67 | 91,5G | 91,5G |
| D 5½ dgl. KO 7+E | 128G | 128G |
| D 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S 6 RhHyp.Mannh.Pf59 | 110G | 110G |
| S 5½ dgl. Pf 109 | 78,1G | 78G |
| S 7 dgl. Pf 125 | 101,25G | 101,25G |
| S 7 dgl. Pf 128 | 97,5G | 97,5G |
| S 8 dgl. Pf 177 | 101G | 101G |
| S 6 dgl. KS 77 | 87G | 87G |
| Br 5 St Kr Ol-Br Pf17 | 124,25G | 124,25G |
| Br 5½ dgl. Pf 24 | 107,75G | 107,75G |
| Br 5 dgl. Pf 36 | 91,45G | 91,45G |
| Br 5½ dgl. Pf 43 | 91G | 91G |
| Br 6 dgl. Pf 56 | 86,25G | 86,25G |
| Br 7 dgl. Pf 61 | 96,1G | 96,1G |

| | | |
|---|---|---|
| F 7½ dgl. 71 | 100,5G | 100,5G |
| F 7½ dgl. 76 | 100,75bG | 100,75G |
| F 7½ Klöckner W. 71 | 101T | 100,75T |
| F 8 dgl. 72 | 102bG | 102,5G |
| F 6 NWK 61 | 99,9G | 99,9G |
| F 6 dgl. 62 | 99,25G | 99,25G |
| F 6 Ob.Don Krwk. 64 | 98,6T | 98,6T |
| F 6 Rh.Brkw. 65 | 97,7G | 97,7G |
| F 6 dgl. 65 | 98T | 98T |
| F 6 RWE 63 | 99T | 99T |
| F 6 dgl. 65 | 97,75G | 97,75bG |
| F 7½ dgl. 71 | 100,5G | 100,5G |
| F 7 dgl. 72 | 100G | 100bG |
| F 6 Rh.-M.-Don. 62 | 99,9G | 99,95G |
| F 6½ dgl. 68 | 102,5G | 102,5G |
| F 8 Schleswag 71 | 100,5G | 100,5G |
| F 7½ Thyssen 71 | 100bG | 100 |
| F 8 dgl. 77 | 101,25T | 101,75T |

| | | |
|---|---|---|
| M 7½ dgl. KS 27 | 102,75G | 102,5G |
| M 5 Bayer.Hypo Pf 33 | 124,5G | 124,5G |
| M 5½ dgl. Pf 11 | 133G | 133G |
| M 6 dgl. Pf 34 | 82,7bG | 82,5 |
| M 6 dgl. KO Pf 50 | 100G | 100G |
| M 6½ dgl. Pf 10 | 89G | 89G |
| M 6 dgl. KS 1 | 99,9G | 99,9G |
| M 6 Ldo. Aufb. IS 15 | 100G | 100G |
| M 6 dgl. IS 16 | 99,65G | 99,65G |
| M 6 dgl. IS 17 | 99,5bG | 99,5bG |
| M 8½ dgl. KO 49 | 100,35G | 100,35bG |
| M 8½ dgl. KO 48 | 100,2G | 100,2bG |
| M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 105 | 101,8G | 101,8G |
| M 5 Bayer.Verbk. Pf 11 | 121,5G | 121,5G |
| M 6 dgl. Pf 4 | 96,5G | 96,5G |

## Sonderinstitute

## Industrieanleihen

## Wandelanleihen

## Optionsscheine

## Optionsanleihen

## Währungsanleihen

## Düsseldorf

## DM-Auslandsanleihen

## Ausländische Aktien in DM

# Warenpreise – Termine

**Etwas fester schlossen am Montag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Zu leichten Verlusten kam es dagegen bei Kupfer. Während Kaffee schwächer notierte, konnte sich Kakao knapp behaupten.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 24. 6. | 21. 6. |
|---|---|---|
| Juli | 324,25 | 326,50 |
| Sept. | 325,50 | 327,75 |
| Dez. | 331,0 | 332,50 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif. | 24. 6. | 21. 6. |
|---|---|---|
| St. Lawrence 1 CW | 245,94 | 245,94 |
| Amber Durum | 224,61 | 224,99 |

## Genußmittel

| Kakao New York ($/t) | 24. 6. | 21. 6. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Juli | 1980 | 1990 |
| Sept. | 1965 | 1972 |
| Dez. | 1951 | 1960 |
| Umsatz | 2039 | 4054 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Juli | 2,78 | 2,70 |
| Sept. | 2,78 | 2,78 |
| Okt. | 2,86 | 2,81 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

## Wolle, Fasern, Kautschuk

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

## Westdeutsche Metallnotierungen

## NE-Metalle

## Messingnotierungen

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Edelmetalle

## Internationale Edelmetalle

## New Yorker Metallbörse

## Londoner Metallbörse

# Im Verlauf Verkaufsdruck

## Neue Favoriten bei unterschiedlicher Kursentwicklung

**DW. – Bei wiederum lebhaften Umsätzen wurde die gesamte Börsensitzung von einer uneinheitlichen Tendenz bestimmt. Verstärkten Glattstellungen der Börsenkulisse und Verkäufen der inländischen Privatkundschaft standen Käufe in anderen Werten, vor allem den Farbennachfolgern gegenüber. Bei den Verkäufen handelte es sich weitgehend um technische Reaktionen auf die massiven Kurssteigerungen. Derartige Gewinnmitnahmen werden von allen Seiten positiv aufgenommen, da sie eine Überhitzung des Marktes verhindern.**

Einen kräftigeren Tagesgewinn konnte, wie schon am Vortag, Deutsche Bank verbuchen. Bei großen Umsätzen erreichte die Aktie zeitweilig ein Plus von etwa 15 DM, litt jedoch immer wieder unter Gewinnmitnahmen und wurde zum Schluß nur um rund fünf DM höher gehandelt. Freundlich lagen die in der letzten Woche etwas vernachlässigten Aktien der Großchemie, die bis zu zwei DM (Hoechst) zulegen konnten. Von der Suche nach zurückgebliebenen Papieren profitierten am Dienstag die Warenhäuser, die sich bis zu sieben DM (Kaufhof) befestigten. Gesucht weiterhin die Versorgungswerte RWE und Veba. Am stärksten unter Verkaufsdruck gerieten die Aktien des Elektro- und des Automobilmarktes. VW wurden um 15 DM zurückgenommen. Das Nixdorf-Bezugsrecht ging zu 92,50 DM auf den Markt.

**Frankfurt:** Bayer konnten einen Tagesgewinn von 1,50 DM und Hoechst von 1 DM verzeichnen. Lali I.Chemie ermäßigten sich um 7,50 DM und Riedel de Haen um 35 DM. Audi Stiegen um 25 DM und Porsche um 15 DM.

**Düsseldorf:** Kochs Adler verloren 4 DM, Rhein. W.Kalk 5 DM, Bilfinger und Kromschröder sanken um 5,50 DM. Conc. Chemie und VDN verbesserten sich um 4 DM und Leffers zogen um 9 DM an.

**Hamburg:** HEW verminderten sich um 1 DM, NWK Vz. blieben unverändert. Phoenix Gummi gaben um 1,90 DM nach. Triton wurden mit plus 2 DM umgesetzt Bremer Vulkan konnten sich um 0,40 DM verbessern. Vereins- und Westbank blieben unverändert.

**Berlin:** Kempinski befestigten sich um 2,50 DM, Orenstein und Rheinmetall um je 2 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Bekula lagen um 0,60 DM freundlicher. Herlitz St. schwächten sich um 12 DM, Herlitz Vz. um 10,50 DM und Detewe um 5 DM ab.

**München:** Bilfinger sanken um 5,50 DM, Kochs Adler um 4 DM und Rheag um 15 DM. Conc. Chemie konnten sich um 4 DM, Leffers um 9 DM und VDN um 4 DM verbessern.

**Stuttgart:** Porsche verbesserten sich um 35 DM und Mercedes um 9 DM. Zeiss Ikon setzten ihre Aufwärtsbewegung um 9 DM fort. Gehe stiegen um 4 DM. Heidelberger Zement mußten 12 DM abgeben, IWKA büßten 5 DM ein.

**Nachbörse:** nachgebend

**WELT-Aktienindex: 200,0 (200,9)**
**WELT-Umsatzindex: 5840 (5910)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

## Inland

## DM-Anleihen

## Ausland

### New York

## Brüssel

| | | |
|---|---|---|
| Arbed | 1770 | 1770 |
| Brux. Lambert | 1925 | 1950 |
| Cockerill Ougrée | 223 | 226 |
| Ebes | 3055 | 3075 |
| Gevaert | 3845 | 3800 |
| Kreditbank | 9040 | – |
| Pétrofina | 5700 | 5660 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1845 | 1850 |
| Sofina | 7190 | 7140 |
| Solvay | 4405 | 4405 |
| UCB | 5300 | 5290 |
| Index | 2327,45 | 2352,95 |

## Optionshandel

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1410,00 | 1789,80 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1235,00 | 1498,00 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 500,00 | 684,00 |
| 1 £ Sovereign alt | 221,50 | 274,74 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 220,25 | 273,89 |
| 20 belgische Franken | 171,25 | 223,73 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 231,75 | 291,58 |
| 2 südafrikanische Rand | 216,75 | 288,76 |
| Krüger Rand, neu | 976,00 | 1152,54 |
| Maple Leaf | 980,75 | 1157,96 |
| Platin Noble Man | 842,00 | 999,78 |

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 Goldmark | 230,75 | 291,56 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 171,25 | 223,73 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 170,50 | 222,87 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 904,50 | 1094,97 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 179,75 | 227,72 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 93,50 | 123,69 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 421,00 | 514,14 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 98,75 | 135,38 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Euro-Geldmarktsätze

## Devisen und Sorten

## Devisenmärkte

Obwohl der US-Dollar von etwas anziehenden Zinssätzen Unterstützung erhielt, verlief die Kursentwicklung für ihn zunächst negativ. Er notierte am 25.6. mit 3,0604 über einen Pfennig unter Vortag und fiel im Freiverkehr bis 3,0540. Ein schlagartiger Wandel trat am Nachmittag ein. Der unerwartet hohe Zuwachs der Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter im Mai (+ 4,1 Prozent) sandte den US-Dollar auf 3,08. Nach der Flash-Schätzung war dies innerhalb weniger Tage die zweite positive Nachricht aus den USA. Die meisten amtlichen Notierungen vermittelten im Zusammenhang mit der niedrigeren Dollar-Notiz ein freundlicheres Bild für die DM. So gab der Pfund-Kurs um 2,5 Promille auf 3,940 und der Kurs des Yen um 3,2 Promille auf 1,2315 nach. Auch hier kam es am Nachmittag zu einer Kurskorrektur zu Lasten der DM. US-Dollar in: Amsterdam 3,4575; Brüssel 61,6925; Paris 9,3685; Mailand 1952,00; Wien 21,5180; Zürich 2,5580; Ir. Pfund/DM 3,135; Pfund/Dollar 1,2874; Pfund/DM 3,940.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 24. Juni: In D-Mark 2,24799 (Parität 2,24184); in Dollar 0,731219 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 24. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

## Devisenterminmarkt

## Geldmarktsätze

# IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Wir sind seit 1970 Generalimporteur für hochwertige Industrieprodukte aus der UdSSR.

Wir bieten Unternehmen mit Exportinteressen in die UdSSR die Möglichkeit zu einer

**sicheren Beteiligung**

und gemeinsamer Geschäftsabwicklung

Zuschriften erbeten unter Y 3133 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Graeser**
**Unternehmensvermittlung**
Sammel-Nr. 0 67 43/26 66, Oberstr. 1
6533 Bacharach, Telex 4 2 327
Wir vermitteln an erfahrene
**Geschäftsführer**
tätige Beteiligungen ab 25.000 DM

---

**Dispositions-Vario-Kredit**
Diese Kreditform kann auch für Sie ideal sein! Die Kreditraten können Sie jeden Monat neu auf Ihre Verhältnisse anpassen. Sie wählen im Bereich von Mindest- u. Maximal-Rate. Unkomplizierte Abwicklung. Kreditanfragen bitte richten an:
JOMIG GmbH
Katzbachstr. 53, 3490 Bad Driburg

---




Port Grimaud (Golf von St. Tropez)
Häuser und Ferienwohnungen zu günstigen Kaufpreisen. Unterlagen anfordern bei:
BAVARIA GmbH · Ismaninger Str. 106
8000 München 80 Tel. (0 89) 98 05 33
Tx 5 23 618 schu d

**Leonberger Immobilien**
Telefon (07 71) 50 41/42

---

**LANGEOOG**
Komf.-Eigentumswohnung, ca. 75 m², Neubau (Fertigstellung Juni 1984), beste Lage; Steuervorteile! Kaufpreis 350 000,– DM. Weitere Inselobjekte auf Anfrage.
Real Immobilien GmbH.
Postf. 12 50, 2956 Moormerland, Tel. 0 49 54 / 50 95

---

**Über 100 % Gewinn gibt es nicht ohne Risiko!!**
Wenn Sie bereit sind, ein überschaubares Risiko einzugehen, dann fordern Sie noch heute unsere Unterlagen an.
Zuschriften erbeten unter U 1743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---




**Leonberger Immobilien**
Telefon (08 31) 2 26 51/2 60 20

---

**Sylt/Gelegenheit**
Reetdachferienhaus auf 2000 m² Grund in Hörnum zu verkaufen, DM 250 000,– + 3,42%.
**TERRA** IMMOFINANZ
Mannheim, P 7, 2-3, Tel. (06 21) 1 60 56

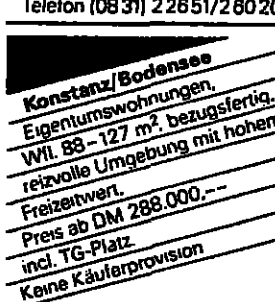
---

Wir verkaufen in der Stadt
**Luzern, Schweiz**
an bevorzugter, unverbaubarer Lage, moderne, luxuriös eingerichtete
**8-Zimmer-Villa**
mit 287,5 m² Nettowohnfläche, große Terrasse, herrliche Sicht auf Stadt und Seebecken, Sauna, Swimmingpool.
**3½-Zimmer-Einliegerwohnung** mit sep. Eingang, 86,7 m² Nettowohnfläche, nahe Busverbindung zum Stadtzentrum.
Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:
Verbina AG
Mainaustr. 15, 8008 Zürich
Tel. 01 / 252 83 83 (9–12, 14–17 Uhr)

---

**Überleben auch Sie**
die Folgen steigender Insolvenzen u. öffentl. Neuverschuldung. „10 Wege zur Vermögenssicherung" neu im Insider-Finanzreport, DM 50,– bar/Scheck an:
InterMedia, WS 1
Postfach 11 53, 4503 Dissen

---




**Leonberger Immobilien**
Telefon (07 71) 50 41/42

---

**TENERIFFA**
für Anspruchsvolle
Freistehende Villen direkt am Meer, ab DM 166 000,-.
BIETZOLL-Immob., Tel. 8 28 23 / 89 46

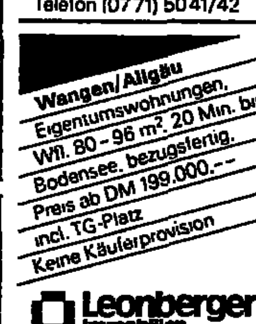
---

**Bad Pyrmont**
Aus Gesundheitsgründen: 2-Fam.-Bungalow, 1600 m² Garten, Stadtrand, weit unter Wert nur an Privat zu verkaufen. 330 000,– DM VB.
Tel. 0 52 81 / 38 39

---

**Immobilien in Norditalien**
Lago di Lugano – Lago di Como – CIF – CERE
22020 Lanzo d'Intelvi
Italien
**Tel. 00 39 / 31 / 84 12 76**

---




**Leonberger Immobilien**
Telefon (0 75 28) 69 69

---

**Dortmunder Süden**
herrlich gelegenes Baugrundstück von ca. 9000 m², allerbeste Wohnlage, unmittelbarer Waldzugang, geeignet zur Bebauung mit 30 Einfamilien-Häusern. Baugenehmigung liegt vor. Stilvolle und gediegene Bebauung, zu verkaufen. Ausführliche Informationen durch
Immobilien Cremer
Tel. 02 31 / 28 13 21

---

**Privatclub**
Nähe Autobahn, im westl. Münsterland zu verkaufen. Hohe Rendite.
Zuschr. erb. u. W 3131 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**KAPITAL**
von DM 500 000,– bis DM 100 000 000,– für Firmenbeteiligungen im In- und Ausland, Anlagefinanzierungen, Betriebsmittelkredite mit Zinsbesicherung und Gewinngarantie für „erste Adressen" gesucht.
Schriftl. Angeb. (werden garantiert vertraulich behandelt) an ISB Immobilien Sparen u. Besitzen GmbH, Hindenburgring 31, 8940 Memmingen

---

**Vertriebsgruppe**
für Berliner Wohnungseinheiten
für Neu- u. Altbau gesucht. Größen zwischen 40 und 120 m², unt. 2000,- DM pro m² VK. Hohe notariell bestätigte, durch Bank garantierte Provision. Hohe Überschußprovision. Erwerberfinanzierung durch uns möglich.
Angeb. u. H 3054 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Firmendomizil in Bonn**
günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61

---

Ihr Büro in guten Händen: CHEF-SEKRETARIATS-SERVICE. Postf. 92 03 03, D-2104 Hamburg 92, Tel. 0 40 / 7 02 23 89.

---

**Blitzübersetzungen per Telex - Tel.**
Sie senden in Deutsch, wir antworten z. B. in Englisch. Exzellente Vertragstexte. Per Zeile DM 4,50 + Telex-Kosten.
GESA-Consulting GmbH, Nettepark 8, 5452 Weißenthurm, Telex 8 67 846, Tel. 0 26 37 / 40 94

---

**Berufspilot**
deutsch, 32 J., eigene Cessna Turbo Stationair 6, Cessna 182 Skylane long Range, stationiert in Nairobi, Kenia, 5 Jahre fliegerische Erfahrung in Afrika, sucht Auftraggeber für Personen- u. Frachttransporte in Ost- u. Zentralafrika. Ideal auch für Flugsafaris.
Zuschriften erb. u. S 3215 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Neu aus Schweden**
Wir suchen Importeure oder Großhändler (Referenzen erbeten) für Royal Schwedens Drogerie- u. Hygiene-Produkte.
Aniko Böken
Jakobsgasse 29, 7400 Tübingen

---

**Exportfinanzierung**
DM 15,– bis 20 Mill. ges. Kein Bareinschuß erforderl. 15–20 % p. a. abgesicherte Netto-Rendite. Angebote unter G 3053 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

Überregional tätiges Ing.-Büro für
**Baubetreuung und Projektmanagement**
sucht Zusammenarbeit mit Initiatoren von größeren Bauvorhaben, Treuhandgesellschaften u. Vertriebsgruppen.
Zuschr. u. Z 3112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

# GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

**EXISTENZGRÜNDUNG**

Wir suchen: – für unsere weltweit geschützten Produkte Systempartner in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz.
Sie suchen: – eine lukrative und risikofreie Existenzgründung.
Wir bieten: – alleiniges Vertriebsrecht an den Einzelhandel in Ihrem geschützten Gebiet.
– Ein überdurchschnittliches Einkommen.
– Eine faire Vertragsgrundlage.
– Einmalige Produkte.

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

**foca** PHOTO-CARDS
Vertriebsgesellschaft mbH
Wandsbeker Chaussee 29, 2000 Hamburg 76
Telefon 0 40 / 2 51 20 31 / 32–33

---

Wir haben eine Lagerverkaufshalle mit ca. 200 m² in Osnabrück.
Gesucht wird
**Kommissionsware**
jeglicher Art zum Verkauf an Endverbraucher.
Angeb. u. N 3212 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Paletten-Reparaturdienst**
bundesweit nach DIN-Norm, mit Original-Ersatzteilen.
Ankauf – Verkauf – Tausch
HOPA
Alter Gerauer Weg 30
D-6094 Bischofsheim-Mainz
Tel. 0 61 44 / 88 55

---

**Vollexistenz**
Selbständigen Kaufleuten bieten wir die Übernahme unserer örtlichen Agentur mit hohem, wachsenden Einkommen vom Start an. Wir bieten ein neuartiges, außergewöhnlich günstiges u. umfassendes Angebot auf dem Sektor Liquiditätsverbesserung. Bedingung: Seriosität, geordnete finanzielle Verhältnisse.
Schriftliche Bewerbungen mit Angaben über Ihre bisherige Tätigkeit erbeten an:
GLOBAL KREDIT KONTROLLE Ges. für privates Mahnwesen m.b.H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60

---

**Büro- u. Geschäftsadressen**
in nahezu jeder deutsch. Großstadt, juristisch wie körperlich, in jeder Anzahl bzw. Größenordnung unbürokratisch zu vermitteln.
Softawaris GmbH
Tel. 02 34 / 6 03 86
PF 10 24 04, 4630 Bochum 1

---

**SPRENGKOMMANDO**
Junges dynamisches Team sucht Aufträge für Bohr- und Sprengarbeiten im Ausland.
Zuschriften u. P 3213 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

**South Africa**
Vielseitiger Kfm., 44 J., wandert aus und ist dort gern für Sie tätig.
Zuschr. erbeten unter H 3010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Geschäftsleute, Ihr zweites Bein.**
Als Vertragsvermittler erzielen Sie neben Ihrem Einkommen pro Jahr einen Umsatz von ca. DM 248 000,–.
Sie verdienen dabei ca. DM 130 000,–.
Voraussetzungen: kleines Büro, wöchentlich ca. 5–6 Stunden Zeit, etwas Organisationstalent, sowie Eigenkapital in Höhe von DM 15 000,– plus MwSt. Ihr bisheriger Beruf spielt keine Rolle, da über Video vermittelt wird. Zum Aufbau einer Vertriebsorganisation suchen wir nur Führungskräfte, die gewillt sind, Geld zu verdienen.
Angeb. u. R 3214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Fähige, tätige Beteiligung** an einem innovativen, Spezialbaustoffe produzierenden Betrieb zu vergeben. Die Einlage von DM 50 000,– bis 100 000,– DM kann erarbeitet werden.
Angebote unter K 3209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Haupt- oder nebenberuflich / 2. Bein**
**Vergabe von Bezirksvertretungen / Marktlücke**
Kontaktaufnahme m. Kunden nach 16 Uhr u. Wochenende. Kundenkreis: Clubs + Vereine. Jeder 2. Kontakt ein Abschluß. Kapitaleinsatz DM 7000,–.
Jahresverdienst DM 20 000,– bis 35 000,– je nach Einsatz. Bei Aufgabe Rücknahme der Ware. Bedingung: Erforderl. Raum von 30 m² als Warenlager, Pkw + Telefon.
Nur seriöse Zuschr. m. Kap.-Nachweis werden berücksichtigt an Postfach 70 12 28, 6000 Frankfurt/M. 70.

---

**Versandhandel – Vertrieb**
Dynamischer, junger Mann, 28, der bereits zwei erfolgreiche Versandhandelsunternehmen aufgebaut hat, berät Sie freiberuflich beim Aufbau eines Versand- und Vertriebshandelsunternehmens. Auch schwierige Objekte angenehm. Beratung kann auf Wunsch zum größten Teil gegen Erfolgshonorar erfolgen.
Zuschriften unter L 3210 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Existenzgründung**
Führendes Schweizer Finanzierungsunternehmen vergibt über Deutsche Holding Gebietsrepräsentanz innerhalb der Bundesrepublik. Hoher Verdienst gewährleistet. Auch für Branchenfremde Einarbeitung möglich.
Bewerbung mit Lichtbild, tab. Lebenslauf sowie Telefonangabe unter A 2959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Schweizer AG**
sucht Alleinvertretung, Importe – Neuheiten, für die gesamte Schweiz.
Contral AG
CH-8212 Neuhausen, PF 336

---

**Außenstände**
Benutzen Sie den schnellen und erfolgreichen Weg, Ihre Außenstände hereinzuholen!
Der Schuldner zahlt an Sie direkt!
Keine Erfolgsprovision!
Kostenloses Angebot durch:
GLOBAL KREDITKONTROLLE
Ges. für priv. Mahnwesen m. b. H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60
Tel. Sa.-Nr. 0 69 / 41 90 57
Telex 4 185 533 gkkd

---

Für Export:
**Minisender + MS-Aufspürgeräte**
Radarwarner, Allwellenempfänger usw. Preislisten von:
Greve, Postf. 70 04 53
6000 Frankfurt 70
Tel. 0 69 / 63 71 99
(Händlerpreise nur geg. Gewerbenachweis).

---

**Forderungsankauf**
Wir kaufen Ihre titulierten Forderungen ab 50 Stück.
W/S/K-Inkasso
Postfach 11 47, 6969 Höpfingen
Tel. 0 62 83 / 9 99

---

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
**FORDERUNGSANKAUF**
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

# STELLENGESUCHE

**Consulting Ingenieur mit Auslandserfahrung**
**Diplom-Ingenieur (TU) Hoch- und Tiefbau**
20jährige Berufserfahrung als Beratender Ingenieur in Europa und Afrika.
Führung von Planung, Entwurf, Ausschreibung und Ausführungsüberwachung speziell von Bewässerungs-, Wasserversorgungs-, Abwasser, Straßenbau-, Wohn-, Kommunal- und Industriebauprojekten im südlichen Afrika.
Sehr gute Beherrschung von Deutsch, Französisch, Englisch und Afrikaans in Wort und Schrift, Sprachkenntnisse in Portugiesisch.
Führungsqualitäten, Verhandlungsgeschick, Anpassungsfähigkeit und beste Kenntnisse der generellen Umstände in Entwicklungsländern können vorausgesetzt werden.
Fluglizenz vorhanden.
Deutscher Staatsbürger, 46 Jahre.
Gesucht wird eine anspruchsvolle Stellung, auch mit längerfristigen Auslandsaufenthalten bei international tätigem Unternehmen.
Zuschriften erb. u. D 3204 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Schiffahrtskaufmann, Anfang 30**
umfangreiche Berufserfahrung in Befrachtung, Operating, Versicherungs-/Claims-Management im In- und Ausland, sucht neuen, soliden Wirkungskreis zum nächstmöglichen Termin in Schiffahrt, Außenhandel, Spedition, Versicherung oder Bank.
Sprachen:
Deutsch, Englisch (perfekt)
Französisch, Italienisch
Flexibel, extrem belastbar und geübt im Umgang mit DV-, Textverarbeitungs- und allen modernen Kommunikationssystemen.
Ihre Angebote, auf die ich mich freue, erbeten unter C 3203 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**FV AKTUELL**
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

**Assessorin jur.**
31, Studium an der Univ. Münster, Schwerpunkt: Zivilrecht; sucht Anfangsstelle in Wirtschaftsunternehmen, Verband, Versicherung.
Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
**Fachvermittlungsdienst Bielefeld,** Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-361 od. -342, FS 932344
1070

**Verkaufsleiter, Maschinenbau-Ingenieur grad.**
40, 12 J. Vertrieb und Absatzmarketing, Marktanalyse, Absatzplanung und -kontrolle im Investitionsgüterbereich, sehr gute Kenntnisse in den Branchen Waagenbau und Fördertechnik; Wunsch: Technische Güter, Absatzmarketing, Controlling, Verkaufs-, Vertriebsleitung, Großraum Hamburg/Stade (Außendienst bis 200 km Umkreis).
Auskünfte erteilt: Herr Meyer
**Fachvermittlungsdienst Bremen,** Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-577
1071

---

**Verkaufsleiter – Transformatorenbau**
35 Jahre, Kaufmann mit 15jähriger Vertriebserfahrung im Bereich magn. Ringkern-Bauelemente, Kleintrafos und Ferritspulen für die Elektronik. Fundierte Kenntnisse im in- und ausländischen Vertriebsaufbau. Erfahrung im nationalen und internationalen Marketing. Englischsprachig. Sucht Wirkungskreis als Vertriebsleiter.
Zuschr. u. U 3217 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Industriemeister**
Süßwaren, 31, Kenntnisse in der Herstellung und Verarbeitung von Schokoladenmassen, sucht neuen Aufgabenbereich in der Nahrungs- und Genußmittelbranche.
Angeb. u. W 3197 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Suchen Sie ein vertrauenswürdiges u. zuverlässiges Hausmeisterehepaar?**
(Hauptberuflich ab 15. August oder später). ER, 38 J., Elektriker/Monteur, handwerklich sehr begabt, versierter Fahrer, Führerschein Kl. 2 + 3, gärtnerische Kenntnisse.
SIE, 37 J., gute Köchin, vertraut mit allen Arbeiten im Haushalt u. der Raumpflege. Beide sehr verantwortungsbewußt, kinderlieb u. häuslich.
Zuschriften erbeten unter F 2898 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Kaufmann**
40 J., übernimmt Ihre Interessen im Münsterland. Neugründung, Erweiterung, Vertretung, Diskretionen usw. Zuschr. erb. u. M 3057 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Repräsentant/Vertriebs-Ing. in Fernost**
Dipl.-Ing. (TU) Elektrotechnik u. Maschinenbau, chinesische Herkunft deutscher Staatsangehöriger, Mitte 40, verheiratet. 10 Jahre Berufserfahrung in Fernost, 6 Jahre in BRD, in ungekündigter Stellung. Fachkenntnisse: Nachrichtentechnik, Computer-Entwicklung, EDV, Maschinenanlagen- u. Werkzeugbau. Sprachkenntnisse: Chinesisch, Japanisch, Englisch, Deutsch. Sucht Stellung als Repräsentant/Vertriebs-Ing. deutscher Unternehmen in Fernost (China, Taiwan, Malaysia, Singapore, Korea) oder Vertretung von Unternehmen aus diesen Ländern in Deutschland.
Angeb. erb. unter Z 3200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Seit 10 Jahren in Asien Japan, Korea, Taiwan**
PR-Sachbearbeiterin, 34 J., Repräsentantin, sucht neuen Wirkungskreis in
**PEKING**
oder Südasien zum nächstmöglichen Termin.
Für Gespräche in Deutschland in der Zeit
**Juli/August**
Angebote erbeten unter P 3059 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

Ich suche
**Arbeit**
in den Bereichen Verkauf, Verwaltung oder Außendienst

| | |
|---|---|
| Kenntnisse: | 6 J. im Handwerk, 3 J. Vers.-Außendienst, 1 J. Bürokaufmann mit EDV-Anwendung. |
| Prüfungen: | Gesellenprüfung Prädikat „gut", Bürokaufmannsprüfung Prädikat „gut" u. „sehr gut", Führerscheinkl. III, 7 J. unfallfrei. |
| Zur Person: | männl., 28 J., unverheiratet aber in festen Händen, arbeitswillig u. Willen zum Erfolg. |
| Ich möchte: | ein langfristiges Beschäftigungsverhältnis, Angestelltenvertrag, mal etwas mehr verdienen. |
| Ich bin: | Zur Zeit ohne Beschäftigung. |
| Haben Sie Arbeit für mich? | Robert Wiedemuth Pestalozzistr. 22 2000 Hamburg 60 |

---

Wer sucht unternehmerisch denkenden
TOP-VERKÄUFER
für **USA**
Nachweislich erfolgreich – kurzfristig verfügbar.
Zuschr. u. Y 3221 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Haushälter**
Anf. 40, sehr versiert, gute u. langjähr. Kenntnisse im Privathaushalt, Dienererfahrung, sucht Dauerstellung.
Angeb. u. X 3198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Hauswirtschafter-Ehepaar**
Diener, Chauffeur, Köchin, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. u. V 3196 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Kaufm. Führungskraft (Geschäftsführer)**
48 J., verh., 2 Kinder, erfolgreicher Werdegang, langj. Führungspraxis. In ungek. Stellung als Gschf. im Masch.- u. Apparatebau, Schwerpunkt Ein- u. Verkauf, kaufm. Administration, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschriften erbeten unter Y 3199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Philologe mit journalistischen und PR-Erfahrungen**
derzeit als Werbeassistent in ungek. Stellung in der Schweiz, sucht sich zu verändern in den Bereich
**Öffentlichkeitsarbeit oder Redaktion**
Qualifikationen: phil. Studium (auch in GB), gute Französisch- und Schwedischkenntnisse, Lehramt am Gymnasium und an brit. Schulen, Mitarbeit in Zeitschriften- und Zeitungsred., Übersetzungen, Lektorierungen und Herausgabe von Büchern. Werbeaktionen bes. im non-profit-Bereich.
Zuschr. erb. u. T 3216 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Consoleoperator**
38 J., seit 15 J. selbständiges Arbeiten an BS 2000, BS1000, MDS u. TP, Englisch, sucht neuen anspruchsvollen Wirkungskreis, auch gern Führungsaufgabe.
Angeb. u. X 3220 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Rohrleitungsfachmann**
Ing. grad., SFI-Ing., 47 J., langj. Praxis im Industrierohrbau (Kraftwerke, Chemie, Wasserwerke, Brauereien). Erdverlegte Rohrleitungen (Gas- u. Wassernetze, Fernwärme). Firm u. erfahren in techn. Planung, Angebotskalkulation, Montage u. Abrechnung, Mitarbeiterführung, sucht neue verantwortliche Aufgabe.
Zuschr. u. K 3165 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Industriekaufmann**
45 J., Erfahrungen im Investitionsgüterbetrieb (Repro/Druck), gutes techn. Verständnis, Auslandserfahrungen, engl. Sprache, sucht neue int. Aufgabe auch als tätiger Teilhaber (vorzugsweise Raum Kiel).
Angebote erb. u. K 3055 am WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Diplom-Übersetzerin**
Universität Paris (Deutsch, Engl., Franz.), berufserfahren, 42 J., Deutsche, wohnhaft Paris, unabhängig, reisebereit, kontaktfreudig, sucht ab September interessante Tätigkeit im Raum Paris, Brüssel oder Deutschland.
Zuschriften bitte über Frau M. Walter, Hadermannsweg 41 G, 2000 Hamburg 61, Tel. 0 40 / 5 51 79 01 (ab 18 Uhr).

---

**Erfolgreicher Sicherheitsbeauftragter**
Berater u. Detektiv mit vielseitigen Kenntnissen u. mehrjähriger Berufserfahrung in ungek. Vertrag, sucht neuen verantwortungsv. Wirkungskreis.
Angeb. u. K 3195 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Industriemeister**
für Süßwarentechnik, 26 J., Erfahrung in der Herstellung von Schokoladen, Pralinen, diätischen Süßwaren, sucht neuen Wirkungskreis in der Nahrungs- u. Genußmittelbranche. Angeb. u. H 3208 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**LEITERIN**
Finanz- u. Rechnungswesen, Bilanzbuchhalterin IHK, 46 J., EDV-erfahren, Kostenrechnung, sucht neue Tätigkeit z. 1. 10. 85.
Angeb. u. W 3219 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**IMPORTKAUFMANN**
Agrarprodukte, erfahren u. a. im Bartergeschäft, 43 J., sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit im Handel oder Bankgeschäft.
Zuschriften unter N 3056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**10 Jahre Immobilien-Vertrieb:**
Perspektivlosigkeit i. Norden! Kaufm. i. d. Wohnungswirtschaft, 42, selbständig, sucht im Raum Niedersachs./Bremen, anspruchsv. neue Vertriebsaufgabe/Vertret./Mitarb. Keine Versicher., Vermögensberat. o. ä.
Absol. Seriosität, geordnetes Umfeld, Niveau, Eloquenz u. Einsatzfr. sind selbstverständlich.
Bitte Kontakt üb. B 3202 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Diplom-Informatiker**
weibl., Wirtschaftsinformatik, Fachhochschule Wedel, sucht Anfangsstellung. Einarbeitg. in verw. Gebiete möglich. Langj. Büro- u. Kanzleierfahrung vorh. Angeb erb. u. V 3218 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

**Filialrevisor**
sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. A 3201 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Liebev. Erzieherin**
29 J., mit 10jähr. Erf. in Familien, su. Anstellung in fröhl. Familie.
Zuschr. u. PZ 48 860 an WELT-Verlag, Pf., 2000 Hamburg 36.

# STELLENANGEBOTE

**Textil- und Metallverarbeitung**

Als Hersteller von Rettungs- und Sicherheitsgeräten sind wir ein erfolgreiches Unternehmen, bekannt für richtungweisende Technologien.

Zum Januar 1986 – gern auch früher – suchen wir den

**Leiter Einkauf / Materialwirtschaft**

Seine Aufgabe liegt in der Sicherstellung der kostengünstigen, termin- und qualitätsgerechten Versorgung unseres Unternehmens mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern. Zur Bewältigung der Aufgaben steht dem Stelleninhaber ein bewährtes kleines Team von Mitarbeitern zur Verfügung.

Wir suchen einen Kaufmann mit gutem technischen Verständnis und Erfahrungen in vergleichbaren Funktionen aus der metall- und/oder textilverarbeitenden Industrie unter Einsatz der EDV im Materialwesen. Verhandlungssicherheit, organisatorische Befähigung und Durchsetzungsvermögen setzen wir ebenso voraus wie Aufgeschlossenheit und Kooperationsbereitschaft. Gute englische Sprachkenntnisse sind wegen unserer internationalen Verbindungen erforderlich.

Interessenten bitten wir um Einsendung der aussagefähigen Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Gehaltsvorstellung und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins sowie unserer Projektnummer 500/3342 an die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft. Sperrvermerke werden strikt beachtet.



M·A·W·PERSONAL·MARKETING
Beratungsgesellschaft m.b.H.
Wiesenhof, D-2000 Tangstedt

---




Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

**Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86**

Studienplatztauschbörse

**Humanmedizin**

2. vorklinisches Semester

| von | nach |
|---|---|
| 1 Aachen | Erlangen |
| 2 Aachen | Frankfurt |
| 3 Aachen | Göttingen |
| 4 Aachen | Hannover |
| 5 Aachen | Heidelberg |
| 6 Aachen | Hamburg |
| 7 Aachen | Uni Kiel |
| 8 Aachen | Münster |
| 9 Aachen | Regensburg |
| 10 Aachen | Tübingen |
| 11 Aachen | Würzburg |
| 12 Bochum | Aachen |
| 13 Bochum | Düsseldorf |
| 14 Bochum | Erlangen |
| 15 Bochum | Gießen |
| 16 Bochum | Göttingen |
| 17 Bochum | Heidelberg |
| 18 Bochum | Hamburg |
| 19 Bochum | Lübeck |
| 20 Bochum | Marburg |
| 21 Bochum | Münster |
| 22 Bochum | TU München |
| 23 Bochum | Uni München |
| 24 Bochum | Regensburg |
| 25 Bochum | Tübingen |
| 26 Bochum | Ulm |
| 27 Bochum | Würzburg |
| 28 Düsseldorf | Hamburg |
| 29 Düsseldorf | Münster |
| 30 Essen | Düsseldorf |
| 31 Essen | Frankfurt |
| 32 Essen | Heidelberg |
| 33 Essen | Uni Kiel |
| 34 Essen | Münster |
| 35 Frankfurt | Heidelberg |
| 36 Frankfurt | Uni München |
| 37 Gießen | Göttingen |
| 38 Gießen | Hamburg |
| 39 Gießen | Uni Kiel |
| 40 Gießen | Münster |
| 41 Gießen | Würzburg |
| 42 Göttingen | Düsseldorf |
| 43 Hannover | Erlangen |
| 44 Hannover | Uni München |
| 45 Hannover | Würzburg |
| 46 Heidelberg | Uni München |
| 47 Hamburg | Tübingen |
| 48 Lübeck | Hamburg |
| 49 Lübeck | TU München |
| 50 Lübeck | Uni München |
| 51 Uni Kiel | Erlangen |
| 52 Uni Kiel | Erlangen |
| 53 Uni Kiel | Hamburg |
| 54 Uni Kiel | Würzburg |
| 55 Marburg | Heidelberg |
| 56 Marburg | Tübingen |
| 57 Saarbrücken | Düsseldorf |
| 58 Saarbrücken | Erlangen |
| 59 Saarbrücken | Frankfurt |
| 60 Saarbrücken | Gießen |
| 61 Saarbrücken | Heidelberg |
| 62 Saarbrücken | Münster |
| 63 Saarbr. | TU München |
| 64 Saarbr | Uni München |
| 65 Saarbrücken | Regensburg |
| 66 Saarbrücken | Tübingen |
| 67 Saarbrücken | Ulm |
| 68 Saarbrücken | Würzburg |
| 69 Ulm | Uni München |
| 70 Ulm | Tübingen |

**Humanmedizin**

4. vorklinisches Semester

| von | nach |
|---|---|
| 1 Aachen | Bonn |
| 2 Aachen | Freiburg |
| 3 Aachen | Hannover |
| 4 Aachen | Heidelberg |
| 5 Aachen | Hamburg |
| 6 Aachen | Lübeck |
| 7 Aachen | Uni Kiel |
| 8 Aachen | Münster |
| 9 Aachen | TU München |
| 10 Aachen | Uni München |
| 11 Aachen | Tübingen |
| 12 Aachen | Würzburg |
| 13 Bonn | Freiburg |
| 14 Bonn | Heidelberg |
| 15 Bonn | Hamburg |
| 16 Bonn | Lübeck |
| 17 Bonn | Uni Kiel |
| 18 Bonn | Marburg |
| 19 Bonn | Münster |
| 20 Bonn | Tübingen |
| 21 Bochum | Aachen |
| 22 Bochum | Bonn |
| 23 Bochum | Erlangen |
| 24 Bochum | Freiburg |
| 25 Bochum | Heidelberg |
| 26 Bochum | Hamburg |
| 27 Bochum | Mannheim |
| 28 Bochum | Münster |
| 29 Bochum | Uni München |
| 30 Bochum | Mainz |
| 31 Bochum | Tübingen |
| 32 Bochum | Würzburg |
| 33 Düsseldorf | Bonn |
| 34 Düsseldorf | Freiburg |
| 35 Düsseldorf | Göttingen |
| 36 Düsseldorf | Heidelberg |
| 37 Düsseldorf | Hamburg |
| 38 Düsseldorf | Lübeck |
| 39 Düsseldorf | Münster |
| 40 Düsseldorf | TU München |
| 41 Düsseldorf | Uni München |
| 42 Düsseldorf | Tübingen |
| 43 Essen | Bonn |
| 44 Essen | Erlangen |
| 45 Essen | Frankfurt |
| 46 Essen | Freiburg |
| 47 Essen | Göttingen |
| 48 Essen | Heidelberg |
| 49 Essen | Hamburg |
| 50 Essen | Mannheim |
| 51 Essen | Marburg |
| 52 Essen | Münster |
| 53 Essen | Uni München |
| 54 Essen | Mainz |

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Supertalent R. Williams

# „Man muß auch einmal ‚Ouch' sagen"

Wahlmünchner aus Oakland, Kalifornien. Satiriker, Kabarettist, Komponist, Master of Ceremonies, schwäbelnder Schwarzer. Europa-Trotter, Radiosprecher. Bis zum 16. Lebensjahr in Kinderheimen. Von Oakland nach New York. Onkel Ex-Harlem-Sänger. Star in „Hair", Exotikum in Stuttgarts „Renitenztheater". Ein-Mann-Showspieler in Münchens Lach- und Schießgesellschaft. Brückenschläger, Präsidenten-Imitator, geliebt und mißverstanden, Allround-Begabung des Showbiz und, neuerdings, Ziel langer Ferngespräche aus Hollywood: Ron Williams (43) ist ein begehrtes Naturtalent und hierzulande in vieler Munde: als Präsentator der „Musikszene '85" wie als „Master of Ceremonies" in der Erfolgsshow „Harlem-Revue", aber auch als Stimm-Nachmacher von US-Präsident Ronald Reagan.

„Ich liebe mein Land", sagt er der *WELT*, „*um nichts auf Erden würde* ich meinen amerikanischen Ausweis eintauschen. Aber ab und zu muß

**Musikszene 85 – ARD, 23.00 Uhr**

man auch mal von seinem Recht Gebrauch machen, ‚Ouch!' zu sagen, wenn einem was nicht paßt."

Seine Reagan-Nummer ging um die Welt, sagt er, wurde nur ganz vereinzelt als „geschmacklos" abgetan, von den allermeisten Kritikern auch daheim in Amerika begeistert aufgenommen, so begeistert, daß er letzte Weihnachten schon in Hollywood Gast des großen Robert Wise war. Jetzt steckt er mitten in Verhandlungen mit der kalifornischen Filmmetropole: „Wenn alles klappt, bin ich noch 1985 drüben", freut er sich.

Aber erst einmal startet er am 29. Juli seine neue Show im Domizil der Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Er birst fast vor Energie, gestärkt noch durch das Wissen darum, es „geschafft" zu haben. Seine „Harlem"-Show, unlängst im Fernsehen, ist nach Japan und Amerika verkauft worden, ein buntes Jazzsoziologikum unter anderem mit vier Broadway-Stars, Gesang und Tanz und Step und Peter Herbolzheimers Bigband-Musik dazu.

Diese Show war wichtig auch deshalb, weil, wie er sagt, die Presse immer schrieb: „Ron Williams der *charmante, intelligente* Renommier-Neger, der Roberto Blanco abgelöst hat." Nein, von solchen Titulierungen will er nichts wissen, sagt er uns. „Harlem" war toll, seine Conférence in der „Musikszene '85" ist toll, „aber darum hab ich am 1. Mai diese Reagan-Sache improvisiert: Ich wollte absichtlich eine Art Bruch reinkriegen, wissen Sie", erklärt er uns.

**Schwäbisch schwätzender Schwarzer: Ron Williams**

FOTO: KARL OBERMAYR

Eine „Talsperre" nennt er Europa, „die den gewaltigen Wasserdruck kaum noch aushält und bald zu platzen droht, während wir unten im Dorf sitzen und uns streiten über die Farbe der Laternenpfähle". Darum müsse er auch schon mal „ein bißchen nachdenklich" machen.

Seit er Teenager war, wollte er nichts anderes als das, was er jetzt als Profi macht, fiel schon in der High-School mit eigenen Nummern auf, in denen er beispielsweise den Sänger Jonny Mathis imitierte. In Stuttgart war er dann auch Sprecher im AFN, schrieb für „Stars and Stripes" und *lernte, Schwäbisch zu schwätze.* Er glaubt, daß er in den USA in Shows viel für das Verständnis zwischen Schwarz und Weiß tun könne. Darin sieht er seine größte Aufgabe: im Brückenschlagen von hüben nach drüben und andersherum. Dazu gehöre eben auch mal Kritik: „Ich kann nicht immer nur heile Welt machen in einer Zeit, in der der Rassismus eher noch schlimmer geworden ist."

Er klingt engagiert, nachdenklich, aber nie wirklich vollends pessimistisch: „Ich bin nämlich Wassermann, wissen Sie ..."

ALEXANDER SCHMITZ

Acht Jahre danach – Wiedersehen mit Britta

# Kunst im kleinen Alltag

Es ist nicht wahr, daß Familiengeschichten stets seicht sein müssen und sich in billigen Scheinproblemen erschöpfen. Wahr ist hingegen, daß es Familiengeschichten gibt, die *wahr sind, ohne in plattem Realismus* zu versanden, die äußerst gut gemacht sind, ohne poliert zu sein, die ans Herz rühren, ohne Rührseligkeiten zu evozieren.

Nennen wir die Geschichte von der jungen Britta (so auch der Titel des Fernsehspiels vor acht Jahren), eine Geschichte, die nichts enthält, das nicht alle Tage rechts und links von uns und gegenüber und im Nachbarviertel passiert:

Ein Mädchen bekommt von ihrem Freund ein Kind, aber die junge Mutter heiratet den Burschen nicht, sondern schlägt sich mehr oder minder tapfer allein durch, allein mit ihren

**Neues von Britta – ARD, 20.15 Uhr**

Sorgen, allein mit ihrem Kind. Mehr nicht. Aber wie das kleine, unbedeutende Stückchen Alltag uns erzählt wurde (letzte Woche war dies noch *einmal zu sehen*), das verwandelte das bißchen Fernsehen in ein großes Bißchen Leben.

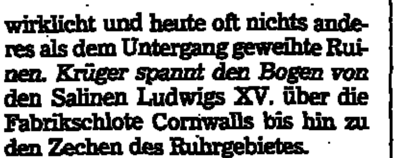
Berengar Pfahl, dem Autor und Regisseur, ist es zu danken, und der Verena Plangger, die ohne artifizielle Kraftakte so ganz einfach, mir nichts dir nichts, Leben vermittelte, Schicksale im kleinen Alltag erstehen ließ, die Kunst machte, ohne Künstlichkeiten zu bemühen. Der Erfolg blieb nicht aus, das heißt: Berengar Pfahl mußte noch einmal zu dem Britta-Motiv greifen und schildern, was sie denn jetzt macht, das liebenswerte und auf innige Art resolute Mädchen, acht Jahre danach.

Und da man „acht Jahre danach" sagt, weiß man nicht recht: acht Jahre nach der Geburt des Söhnchens der guten Britta oder acht Jahre nach der Ausstrahlung des Spiels? Sage keiner, es sei gleich, oder doch?

Jetzt läuft die Fortsetzung, und es ist sowohl die Fortsetzung des Britta-Lebens, an dem wir so familiär Anteil genommen hatten, wie auch die Fortsetzung einer Fernsehproduktion. Wann jemals fällt beides schon zusammen!

Das Fernsehen lebt noch, allen Verwitterungserscheinungen zum Trotz, es lebt und es nimmt uns gefangen, es läßt sich von uns zwingen, seine Geschichten weiter zu erzählen, als wär's ein Stück aus unserer Nachbarschaft, an dem teilzunehmen unser gutes Bürgerrecht uns erlaubt.

Zum Schluß glimmt so etwas wie ein Happy-End auf dem Schirm auf. Aber gemach, es ist nur eine glückliche Minute des tiefen Durchatmens, des kleinen, seltenen Einblicks in sich selbst. Brittas Zukunft freilich liegt nicht allein in der Hand Berengar Pfahls. VALENTIN POLCUCH




Was ARD und ZDF recht, ist dem **Westdeutschen Werbefernsehen** aus Köln nur billig: Es wartet ebenfalls mit einem Sommerprogramm auf. Im Juli starten drei Serien, die den Zuschauer mit den sichtbaren Spuren der Vergangenheit konfrontieren, ihn in die phantastische Welt des optischen Spielzeugs Film „entführen" und ihn das Heute aus der Sicht des Satirikers erleben lassen.

„Kathedralen der Industrie" heißt die achtteilige WWF-Serie von Werner Krüger, die vom 4. Juli an jeweils donnerstags um 18.40 Uhr gesendet wird. Sie zeigt architektonische *Kühnheiten von einst, von den Ingenieuren* als Zukunftsträume verwirklicht und heute oft nichts anderes als dem Untergang geweihte Ruinen. *Krüger spannt den Bogen von* den Salinen Ludwigs XV. über die Fabrikschlote Cornwalls bis hin zu den Zechen des Ruhrgebietes.

Was dem Publikum Vergnügen bereitete, bevor die Bilder richtig laufen lernten, zeigt „Grand Café" vom 5. Juli an in neun Folgen jeweils um 18.40 Uhr. Ausgangspunkt ist immer das Pariser Grand Café, in dem 1895 die ersten Filmvorführungen der Brüder Lumière stattfanden.

In „Extra scharf" – Start 9. Juli, 18.40 Uhr – zeigt die Autorin und Regisseurin Doris Netenjakob in kurzen Bildsequenzen die Lebensverhältnisse acht bekannter Satiriker auf und fragt nach den Motivationen ihrer mit der spitzen Feder *formulierten Kritik an Politik und* Gesellschaft. DW.






## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 Tagesschau und Tagesthemen**
**10.23 WISO**
**10.55 Nagyrede – Vom Leben in Ungarns Provinz**
**11.25 Rund um Big Ben**
**12.10 Panorama**
**12.55 Presseschau**
**13.00 Tagesschau**

**15.00 Fury**
**15.25 Dr. Snuggles**
6. Folge: Das Rätsel der vielfarbigen Diamanten
**16.00 Tagesschau**
**16.10 Hör dir zu, vertrau dir, nimm dich ernst**
Helga Schubert, DDR-Schriftstellerin
**16.55 Abdallah und sein Esel**
Ein Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Neues von Britta (1)**
**Zweiteiliger Fernsehfilm von Berengar Pfahl**
**21.45 Brennpunkt**
Tod und Terror in der Luft
Am Fall der indischen Verkehrsmaschine wird gezeigt, welche *Ermittlungs-Maschinerie in Gang* kommt, wenn ein Flugzeug vom Radarschirm verschwindet. Freigelassene Geiseln aus der entführten TWA-Maschine berichten über ihre bangen Stunden in der Hand der Kidnapper. Politiker, Luftfahrt- und Terrorismus-Experten *diskutieren*, wie der internationale Terrorismus in den Griff zu bekommen ist und wo die Schwelle liegt, bei der Sicherheit nicht mehr garantiert werden kann.
Leitung: Ernst Elitz
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Musikszene 85**
Neues aus dem Schaugeschäft
Präsentiert von Ron Williams
**23.45 Tagesschau**

**14.55 Programmvorschau**
**15.00 heute**
**15.05 Der Waschbär Rascal**
Die Sache mit dem Maiskolben
**15.30 Ferienkalender**
**16.05 Flugboot 121 SP**
Erste Folge einer neunteiligen Abenteuerreihe
**16.30 Babbelgamm**
Lach- und Lügengeschichten
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Rauchende Colts**
Muley
Dazw. heute-Schlagzeilen
**18.55 mittwochslotto – 7 aus 38**
Spiel 77
**19.00 heute**
**19.30 Hitparade im ZDF**
Präsentiert von Viktor Worms
**20.15 Der Fall Mengele**
Spuren eines Massenmörders
*War der Tote von Embu tatsächlich* der Lagerarzt von Auschwitz? Wie konnte Josef Mengele sich jahrelang der internationalen Fahndung entziehen? Warum hat sein Sohn, der Rechtsanwalt Rolf Mengele den Vater gedeckt? Interviews, Berichte und Analysen sol*len diese Fragen* klären.
Moderation: Guido Knopp
**21.00 Polizeirevier Hill Street**
Wo ist Cookie?
**21.45 heute-journal**
**22.05 Holland in Not**
Bericht über eine schwierige Kirche
**22.35 Das kleine Fernsehspiel**
Krieg um Zeit
**1.20 heute**

## SAT 1

**13.30 Solid Gold**
**14.00 Tarzan**
**15.00 Die Bären sind los**
**15.30 Musicbox**
**16.30 Scooby und Scrappy Doo**
**17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft**
Mörderische Fallen
**18.00 Es darf gelacht werden**
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick:**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Zahlen und Buchstaben**
**19.10 Sport auf SAT 1**
In der Sportschule Duisburg-Wedau fand die Deutsche-Verbands-Jugend-Meisterschaft im Fußball statt. *Ein Markt für Talentsucher?*
Moderation: Roman Köster und Claus Seebeck
**20.00 Offen gesagt**
Claus Martin im Gespräch mit Lothar Kleinjung
Realisation: Ulf Thomas
**20.30 Love Boat**
Anschl. *Ihr Wochenhoroskop*
**21.30 APF blick**
**22.15 Die Geliebte**
Italienischer Spielfilm (1969/70)
Mit Anna Moffo, *Gianni Macchia,* Jean Claudio u. a.
**23.35 APF blick:**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

**18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne**
Der verschwundene Fluß
Von und mit Ernst W. Bauer
Regie: Dieter Schlotterbeck
Die drei Klumberger
*Mit 17 fest im Sattel*
Von Ernst Pfeiffer
**19.00 heute**
**19.30 Mein Name ist Katja**
Eine Show mit Katja Ebstein
**20.30 Schachturnier im 3sat-Studio**
Anatoli Karpow spielt gegen ein zwölf Mann starkes ZDF-Team
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 Kulturjournal**
Moderation: Franz Zoglauer
**22.30 Sportreport**
**23.15 3SAT-Nachrichten**

## III.

**WEST**
**18.00 Telekolleg II**
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Mittwochs in Lennestadt**
Sauerland – Powerland / Warum in die Ferne schweifen? – Jedem Dorf sein Warenhaus / Karl May-Held Pierre Brice
**21.45 off-off**
Freizeit und Fitneß
**22.30 Marokko**
Amerikanischer Spielfilm (1930)
*Mit* Marlene Dietrich, Gary Cooper, Adolphe Menjou u. a.
**0.00 Letzte Nachrichten**

**NORD**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Les Cuisines Régionales Françaises**
**19.00 Konrad Zuse (2)**
**19.30 Das Jahr im Garten: Juli**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Schaufenster**
**21.00 Idylle und Aufbruch**
**21.45 20 Jahre III.**
Interview mit Jean Cocteau
**21.55 Das Blut eines Dichters**
**22.45 20 Jahre III.**
Porträt Igor Strawinsky
**23.50 Nachrichten**

**HESSEN**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Bei Nacht sind alle Jacken blau**
2. Teil: Der Strumpf
**19.05 Was tun mit der Zeit!**
**19.45 Rasse = Klasse?**
Yorkshire-Terrier
**20.15 Stadtgespräch**
Bürger und Politiker heute in Taunusstein
**21.30 Drei aktuell**
**22.00 Wie ein Hirschberger Dänisch lernte**
Fernsehfilm von *Dieter Meichsner*

**SÜDWEST**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Telekolleg II**
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 45 Fieber**
Ein Jugendmagazin
**20.15 St. Gallen**
Film von Klaus Ickert
**21.00 All meine Söhne**
Amerikanischer Spielfilm (1948)
**22.20 Pensionär in Japan**
Reportage
**22.50 Nachrichten**

**BAYERN**
**18.45 Rundschau**
**19.00 MS Franziska**
**20.00 Mit Vergnügen!**
**20.45 Zeitspiegel**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen ..."**
Serie in sechs Teilen
**22.45 Das historische Stichwort**
**22.50 „... nicht zum alten Eisen"**
**23.35 Rundschau**
**23.40 News of the Week**

---

In großer Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von

## Bruno Brandes

*Er verstarb am 21. Juni 1985 im Alter von 75 Jahren.*

Seit 1970 gehörte Herr Brandes dem Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks an.

Er hat sich stets und mit großem Engagement für die Belange der Hörer und Zuschauer wie auch für die gesicherte Entwicklung des Norddeutschen Rundfunks eingesetzt.

Die Mitglieder der Aufsichtsorgane, die Leitung und die Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks werden Bruno Brandes ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

| Intendant | Rundfunkrat | Verwaltungsrat |
|---|---|---|
| **Friedrich Wilhelm Räuker** | **Hans Hansen** | **Rolf Hollmann** |

---

Unser lieber Schwager, Vetter, Onkel und Großonkel

## Helmuth Büchsenschütz

Reedereidirektor i. R.
Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
* 11. 1. 1902 † 21. 6. 1985

ist nach erfülltem Leben heimgegangen.

**Die trauernden Hinterbliebenen**

4100 Duisburg 1, Karl-Jarres-Straße 180
Traueranschrift: Büchsenschütz, 4100 Duisburg 1, Brauerstraße 35

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 28. Juni 1985, um 12.00 Uhr von der Kapelle des Alten Friedhofes in Duisburg, Sternbuschweg, aus statt.

---



---

NACHRUF

Am 21. Juni 1985 verstarb im Alter von 75 Jahren nach langer Krankheit

der Präsident des Niedersächsischen Landtages

## Bruno Brandes

**Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband**

**Inhaber der Niedersächsischen Landesmedaille**

Das Land Niedersachsen verliert mit dem Verstorbenen einen Politiker, der sich mit ganzer Kraft und ohne seine Gesundheit zu schonen in den Dienst unseres Landes und der parlamentarischen Demokratie gestellt hat.

Höchste Auszeichnungen sind Ausdruck der Würdigung seiner Leistung. Die niedersächsische Landesregierung wird Bruno Brandes ein ehrendes Andenken bewahren.

**Ernst Albrecht**
**Niedersächsischer Ministerpräsident**

---

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 51, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

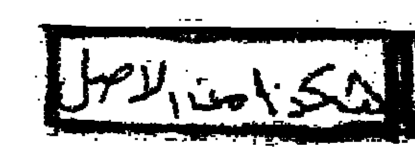
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





## *Viele kleine Mozarts*

**Bth.** – „Jugend *komponiert*" soll er heißen, ein neuer Wettbewerb, bundesweit natürlich, angeregt gerade von Hanna Renate Laurien, der Berliner Schulsenatorin. Sie hat ja das Zeug, sich und ihre Ideen durchzusetzen. Es steht also zu befürchten, daß es diesen Wettbewerb tatsächlich demnächst geben wird. Und dann werden sich in diesem Lande plötzlich unzählige kleine Mozarts auftun, die mit zehn Jahren nette Sinfonien schreiben und mit sechzehn Geniestücke wie den „Idomeneo", ja?

Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man, wie beim Wettbewerb „Jugend *musiziert*", die Fingerfertigkeiten von Nachwuchs-Instrumentalisten prämiert und sie damit zu fleißigerem Üben ermuntert, sie auch entschädigt für so manches Freizeitvergnügen, auf das sie verzichtet haben. Oder ob man mit Geld jene Kreativkräfte wecken will, die der musikalische Schöpfungsakt einer Komposition braucht. Oder meint die Senatorin tatsächlich, Komponieren habe noch etwas damit zu tun, sich eine nette Melodie einfallen zu lassen und sie mit Tonika, Subdominante und Dominante zu harmonisieren?

Zum Komponieren braucht man auch Handwerkszeug. Aber das ist so schwer zu erlernen, daß es dazu schon eines fertigen Studiums bedarf und einer mühsamen Selbstfindung. Komposition als preisgekrönte Schüler-Hausaufgabe, das kann nur zu Plagiaten zwischen Schmalz und Kakophonie führen. Gnade den Zuhörern, die sich das antun sollen. Es bleibt nur die Hoffnung, daß die sonst so geschäftigen Musikrats-Funktionäre diesen Plan vereiteln. Denn sie wären im Zweifelsfall die Opfer, die in der Jury sitzen müßten.

Und für die musische Ermunterung tut's doch auch ein Kindermalwettbewerb.

Ludmila Gurtschenkos Autobiographie erntet Kritik

# Als die Deutschen kamen

Die Schauspielerin Ludmila Gurtschenko ist der Liebling sowjetischer Kinobesucher, sie spielte Rollen in Filmen wie „Alte Wände", „Zwanzig Tage ohne Krieg", „Fünf Abende", „Ein Bahnhof für zwei", „Mechaniker Gawrilows liebe Frau" und wurde bei den Internationalen Filmfestspielen in Manila mit einem Darstellerpreis ausgezeichnet.

Vor einiger Zeit hat die sowjetische Zeitschrift „Nasch Sowremennik" Ludmila Gurtschenkos Autobiographie veröffentlicht, die in der sowjetischen Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregte und von Funktionärsseite kritisiert wurde, weil die



**Erzählt ohne Vorurteile vom Verhalten der deutschen Besatzung: die junge Ludmila Gurtschenko** FOTO: DIE WELT

Künstlerin darin ein objektives Bild vom Verhalten der deutschen Besatzungssoldaten in der Sowjetunion und von der Einstellung russischer Kinobesucher gegenüber NS-Filmen zeichnet.

Ludmila Gurtschenko war noch ein kleines Mädchen, als die deutschen Truppen am 24. Oktober 1941 in ihre Heimatstadt Charkow einzogen. „Weder Schüsse fielen, noch gab es irgendwelchen Lärm . . . Die Deutschen zogen schweigend ein. Weder Freude noch Triumph über die Einnahme der großen Stadt waren ihren Gesichtern abzulesen. Ein paar Tage lang herrschte völlige Ruhe. Man merkte überhaupt nicht, daß der Feind eingezogen war. Wo war der Krieg?"

Später wurde Ludmila Gurtschenko Zeugin von öffentlichen Hinrichtungen, russische Partisanen wurden erschossen; Hunger, Wassermangel und Kälte herrschten in der Stadt. Aber die kleine Ludmila lernte auch andere Deutsche kennen: „Abends sangen und schunkelten die Deutschen. Sie lachten immer sehr laut und heftig. Sie lachten über alles. Damals hörte ich zum ersten Mal eine Mundharmonika spielen. Eines Tages sah ich, wie ein Deutscher sein Kochgeschirr in die dem Hofeingang gegenüberliegende Ecke trug. Aber wohin? Ich beugte mich weit über den Balkon und entdeckte, wie er einem kleinen Mädchen Suppe in ein Töpfchen schüttete. Im nächsten Moment drängten sich bereits andere Kinder mit Töpfen an der Stelle, wo das Mädchen gestanden hatte. Am Abend war auch ich unter ihnen, zunächst nur mit einem kleinen Töpfchen . . . Den Sommer 1942 über war ich der Haupternährer der Familie."

Im gleichen Jahr bekam Ludmila Gurtschenko den deutschen Revuefilm „Die Frau meiner Träume" in deutscher Sprache zu sehen, von dem sie noch heute schwärmt: „Wir hatten Musik gehört, hatten eine Schauspielerin gesehen, die herrlich sang und tanzte . . . Mein Herz lief fast über von den Klängen der Musik, den neuen seltsamen Melodien. Alles war mir neu und unbekannt . . . Am nächsten Morgen trug Tante Vali die gleiche Frisur wie Marika Rökk: vorne kleine Löckchen und hinten Wellen, die über die Schultern rollten . . . An diesem Morgen stand für mich fest: Wenn ich groß bin, gehe ich unbedingt zum Film! Ich hockte mich draußen auf die Stufen zum Kinosaal, lauschte immer wieder und lernte das bekannte Lied auswendig."

Obwohl Ludmila Gurtschenko den Inhalt des Liedes „In der Nacht ist der Mensch nicht gern alleine" kaum begriff, studierte sie es ein, um es vor deutschen Soldaten zu singen. Das war, wie sie später betonte, der erste Abschnitt auf dem Weg zu einer gefeierten Schauspielerin.

Mit ihrer Begeisterung für deutsche Revue- und Unterhaltungsfilme stand Ludmila Gurtschenko damals nicht allein: Viele sowjetische Kinobesucher erinnern sich noch heute daran, daß sie und ihre Landsleute die Vorführung deutscher Filme nicht selten mit stürmischem Beifall begleiteten. Eine Tatsache, die die kommunistischen Parteifunktionäre heute nicht mehr wahrhaben möchten. Auch dies ist wohl ein Grund, weshalb Ludmila Gurtschenko wegen ihrer Autobiographie teilweise heftige Kritik einstecken mußte.

HARALD BUDDE

Mailand: Stockhausen huldigt der „Zauberflöte"

# Wie Montag klingen soll

In Goethes Szenenentwurf für die „Zauberflöte" in Weimar 1794 schwebt die Königin der Nacht zwischen Sternen, eingerahmt von korinthischen Säulen. Das ist eine der ersten Freuden in der Ausstellung „Rings um die Zauberflöte" im Palazzo della Permanente in Mailand.

Mozartmelodien begleiten die Besucher, die – wohl nicht zuletzt mit des „Amadeus" perfider Hilfe – in Scharen vor Bildern, Bühnenentwürfen, Kostümen, Dokumenten, raren Libretti und Kunstwerken stehen – Bühnenbildentwürfen von Schaffer und Schinkel und späteren von Slevogt und Kokoschka bis zu Marc Chagall und den allerjüngsten, die David Hockney für Glyndebourne und die Mailänder Scala schuf.

Als einem Höhepunkt der Ausstellung, die mit Filmen und Konferenzen das Thema „Zauberflöte" vertieft, hat Karl Heinz Stockhausen Mozarts „geheimnisvollstem Werk" mit einem dreiteiligen „Concerto-Spettacolo" seine Reverenz gezollt. Im ersten Teil „Amour für Flöte" (vor zehn Jahren für die eigene Familie komponiert) werden Melodien der „Zauberflöte" variiert und zersetzt. Kathinka Pasveer, in ein strenges, altrosa Hosengewand gehüllt, spielte das meisterhaft.

„Traumformel" heißt der zweite Teil. Suzanne Stephens als Vamp in schwarzem Paillettenkleid mit Federboa spielt das Bassetthorn und wiegt sich mit Eleganz und Ironie zu ihren Tönen. Ganz feine Ohren hörten in dieser heiteren Komposition Teile aus der ersten Szene des „Samstag aus Licht", dem zweiten Stück des großen Zyklus, den Stockhausen im Auftrag der Scala komponiert. Das Liebesduett beider Instrumente, die „Botschaft", enthält Fragmente des „Montag aus Licht", der im nächsten Jahr in der Scala uraufgeführt werden soll. Nach der keuschen Eva der „Amour" und der verführerischen der „Traumformel" erscheint hier Eva in doppelter Gestalt, um als Mann und Frau Erfüllung zu finden.

Suzannes Bassetthorn antwortet einer unsichtbaren Flöte, bis Kathinka, ein Papageno in grünem Jägerwams, aus ihrem Versteck hervortritt. Aus dem Hintergrund dirigiert Stockhausen mit Hand und Elektronik das Spiel der Instrumente samt obligaten Seufzern, Fauchen, Zählen und Klagen und die Pantomime der Werbung von Flucht und Scherz bis zum Kuß. Stockhausens Liebeserklärung an Mozart ist ein graziöses, nur manchmal mit Tiefsinn überlastetes Divertimento, dem das Publikum mit großem Beifall dankte. (Ausstellung bis 20. Juli, Katalog 25.000 Lire)

MONIKA v. ZITZEWITZ

Auferstehung der Grand' Opéra: Paris spielt nach hundert Jahren wieder Meyerbeers „Robert der Teufel"

# Horror segelt bluttropfend ums Haus

Es war die 755. Vorstellung des Werkes in den wechselnden Sälen der Pariser Oper seit dem Tag der Uraufführung, dem 21. November 1831, durch die Académie Royale de Musique in der Salle Le Peletier. Die vorletzte, freilich nun in der jetzigen Salle Garnier, hatte 1893 stattgefunden. Seitdem war Giacomo Meyerbeers „Robert der Teufel", das Flaggschiff der Grand' Opéra französischer Bauart, die Seine nicht mehr heraufgekreuzt.

Allein – auch der jetzige Pariser Wiederbelebungsversuch dürfte kaum zu einer Meyerbeer-Renaissance führen. Die „Große Oper", Frankreichs kulturhistorisch imponierendster Beitrag zum musikalischen Welttheater, löst im Orchester, auf der Bühne wie im Zuschauerraum offenbar nur noch Verlegenheit aus: eine Dreieinigkeit des Mißbehagens, und das nach einem reichlichen Halbjahrhundert des Welterfolgs.

„Robert der Teufel", die Dampfwalze des kolossalen Genusses, die den „Hugenotten" wie den „Propheten" Bahn brach und Meyerbeer künstlerisch weltweit inthronisierte (*1838 stand das Werk selbst in Kalkutta schon im Programm*), eröffnete das Zeitalter der musikberieselten Schaulust. Das Genre der „Großen Oper" verlegte sozusagen die Arena von Verona ins geschlossene Opernhaus und versuchte, deren mordsmäßige Effekte aus einer einzigen Kraft schöpferisch hochzuhebeln: ein Gesamtkunstwerk fraglos auch dies, wenn auch eins der prunkenden Geltungssucht, die in keinem gesunden Verhältnis stand zur vergleichsweisen musikalischen Dünnblütigkeit. Meyerbeers Erfolg basierte auf dem Mißverständnis, man könne sich ein Werk niemals überhören, an dem man sich nicht sattsehen könne.

Noch das Einfachste wird mit dem unsinnigsten Aufwand gesagt. Die Schwierigkeiten schießen üppig ins Kraut und durchwuchern das Stück von vorne bis hinten. Dabei scheinen sie immerfort austauschbar. Meyerbeers Methode, immer das Doppelte der benötigten Musik zu komponieren, sie auf den höchst denkbaren Effekt mit der Schere zurechtzustutzen und die Übergänge notfalls mit Hilfe des Leimtopfs zu collagieren, bewirkt ein wachsendes Desinteresse an den Personen der Handlung. Die singen alle wie aus einem Munde. Himmel und Hölle sind eins, trotz Orgel und Harfe fürs Benedeien und des schweren Blechs und des Flötengequietschs für die Verdammnis der Hölle.

**Meyerbeer denunzieren oder ihn rechtfertigen? – Szene aus Petrika Ionescos Inszenierung der Oper „Robert der Teufel"** FOTO: AGENCE BERNAND

Die Pariser Produktion in Ausstattung und Regie von Petrika Ionesco weiß nicht recht, was sie will: Meyerbeer denunzieren oder ihn rechtfertigen. Sie geht törichterweise gleich beide Wege. Noch während der Ouvertüre sieht man einen Zeichentrickfilm, in dem der Horror um die Fassade der Opéra segelt. Blutig tropfen die Buchstaben des Namens Meyerbeer aus den Fenstern nieder. Auf viel kommende Lustigkeit macht man sich auf Anhieb gefaßt. Sie bleibt vollständig aus, bis endlich im dritten Akt die berühmten Nonnen ihren Gräbern entsteigen. Es ist eine Szene, die Kulturgeschichte gemacht hat. Marie Taglioni, die Göttliche, tanzte in ihr erstmals auf Spitze. Das romantische Ballett war damit geboren. Eine Ausstellung im Musée de l'Opéra, veranstaltet gemeinsam mit der Bibliothèque Nationale (bis 20. September, Katalog 100 Franc) macht das deutlich.

In Ionescos Inszenierung wird gerade diese Szene mit Hilfe der Choreographie André Prokovskys rücksichtslos parodistisch niedergerüpelt. Die Aufführung torkelt aus ihrem pompösen Ernst plötzlich hinüber in Alberei, um sich gleich darauf wieder selbst zur Ordnung zu rufen. Sie ist sich ihrer schwierigen Sache immer wieder höchst ungewiß.

Dabei hat Thomas Fulton, der junge Amerikaner, alles musikalisch sicher im Griff. Man spielt und singt streng im Takt. Es kommt zu keiner nennenswerten Entgleisung, aber auch zu so etwas wie musikalischem Volldampf kaum. Auf diese Weise entreißt man sicher kein Werk dem Vergessen. Fulton breitet es aus, darzustellen vermag er es nicht.

Das schwierigste an der Meyerbeer-Renaissance in der französischen Originalgestalt ist die Besetzung der Hauptpartien, wobei man noch nicht einmal mit Sicherheit sagen kann, welches die Hauptrollen sind. Denn ausgerechnet Robert ist ein musikalisch sehr armer Teufel, eine dramatische Null sozusagen, um den der Boden immerfort schwankt, was sich bei Alain Vanzo offenbar bis in die Intonation auswirkt. Er singt den blassen Helden mit wenig übernatürlichem Glanz.

Aber auch Samuel Ramey, der elegante Lieblingsschurke im europäischen Operndienst, vermag wenig, die Rolle Betrams auf finstere Art zu verteufeln. Er singt mit seiner mächtigen, frischen Stimme die Teufelpartie, als sei er gar kein Einpeitscher zum Bösen und nicht fortwährennd geängstigt, den eigenen Sohn der Hölle nicht rechtzeitig anzuliefern als Braten und die eigene Teufelshaut dadurch zu retten.

June Anderson legt sich als Isabelle da schon ganz anders ins Zeug. Sie durchleidet nicht nur ihre schmerzensreiche Wartepartie, die ihr nach fünf heiklen Stunden den bösen Geliebten beschert, sie kämpft sich sehr erfolgreich durch Meyerbeers Notengeglitzer und läßt selbst Straß noch Brillanten gleich schimmern. Sie ersingt sich wiederholt Jubelgeschrei. Auch Michèle Lagrange kommt auf ihre sanftmündige Art als Alice, des Teufels brave Stiefschwester, zu Publikumsehren. Doch Techniker, Maschinisten, Bühnenarbeiter der Oper formieren an diesem Abend mit Nachdruck Frankreichs musikalische Ehrenlegion.

KLAUS GEITEL

Zürcher Ausstellung: „Die Muschel in der Kunst"

# Wo die Venus erwachte

Muscheln erinnern uns an das Meer, an die ungebundene Weite – und an unsere Kindheit. Denn als wir klein waren, hörten wir das ferne, noch unbekannte Meer in der großen Muschel rauschen, die als Erinnerungs- und Zierstück auf dem Vertiko stand. Dem Reiz der Schneckenhäuser und Tierschalen, ihrer Vielfalt in Größe und Farbe kann man sich nur schwer entziehen, heute nicht, und schon gar nicht zu Zeiten, als die Tierwelt fremder Länder den Seßhaften wahrhaft exotisch erschien. Deshalb wurden sie sorgfältig in den Kunstkammern der Renaissance bewahrt. Und wer es sich leisten konnte, ließ die seltenen Stücke sorgfältig fassen, zu kunstvollen Schalen oder Dosen umarbeiten.

In den berühmten Nautilus-Pokalen entfaltete sich einst die ganze Kunstfertigkeit der Goldschmiede. Beispiele davon sind im Zürcher Museum Bellerive zu sehen. Dort geht es um „Die Muschel in der Kunst" von der Renaissance bis zur Gegenwart. Das ist ein höchst anregender Spaziergang durch die Kunst- und Kulturgeschichte – oft auf dem schmalen Grat zwischen Kunst und Kitsch. Denn einerseits lebt der Brauch, Muscheln zu Gebrauchsgegenständen umzugestalten, bis in unsere Tage fort, wenngleich dabei oft die Muschelform in anderen Materialien – in Silber oder Porzellan vor allem – nachgebildet wird. Andererseits war die Muschel ein typisches Attribut der Meergeister und Wassergötter, die seit der Renaissance die Malerei und Plastik bevölkern.

Nicht nur bei Botticelli erwacht Venus in einer großen Muschel zum Leben, auch noch zu Jugendstil-Zeiten muß eine bronzene Meermaid mühevoll das Haus einer Nautilusschnecke in den Armen halten, damit es als Lampenschirm dienen kann. Und schließlich darf man auch den heiligen Jakobus mit der Muschel am Hut und die großen Pilgerfahrten zu seinen Ehren nach Santiago de Compostela nicht vergessen, die allerhand Muschelsouvenirs zeitigten.

Die Muschel in der Kunst ist eigentlich ein zu weites Feld. Aber in Zürich gelang es, eine so kluge Auswahl zu treffen, daß alle Gebiete – Malerei, Graphik, Stoffmuster, die verschiedenen Formen des Kunstgewerbes – mit wenigen typischen Beispielen präsent sind. Zugleich verrät die Ausstellungsgestaltung Witz. Nicht nur bei den zeitgenössischen Arbeiten, wie dem kuriosen „Muschelkopf" von Karin Kuhn, der Arcimboldis malerische Phantasie ins Plastische umsetzt, sondern auch bei den älteren Beispielen. So wurde das gemalte „Stilleben mit Muscheln und Korallen" von Balthasar van der Ast aus dem 17. Jahrhundert in einem Glaskasten mit Muscheln und Korallen aus einer Konchylien-Sammlung nachgebaut, so daß sich Kunst und Natur auf sehr amüsante Weise begegnen.

Solche Ausstellungen, die nicht mit einer Fülle protzen, die eigentlich nur noch dem Fachmann imponiert, sondern die sich vernünftig zu beschränken wissen und darum der Aufnahmefähigkeit des Besuchers entgegenkommen, wünschte man sich mehr. (Bis 11. Aug.; Katalog 18 sfrs)

PETER DITTMAR



**„Amor auf zwei Muschelschalen"", zeitgenössischer Stich nach Raffael-Fresken, um 1520** FOTO: KATALOG

Lugano zeigt Meisterwerke aus ungarischen Museen

# Klänge aus der Puszta

Die Villa Favorita in Lugano, Heimstatt der Sammlung Thyssen-Bornemisza, sonnt sich derzeit im Glanz der „Meisterwerke aus ungarischen Museen". 41 Bilder aus dem Budapester Museum Bildender Künste und der 16 aus der Nationalgalerie im ehemaligen Königsschloß von Buda kamen jetzt als Gegengabe für 47 alte Meister aus der Thyssen-Sammlung, die für drei Monate in Ungarn zu sehen sein werden, nach Lugano.

Aus dem 1896 gegründeten Museum Bildender Künste, das mit seiner ausgewogenen Repräsentation der europäischen Schulen zu einem der wichtigsten Museen der Welt gehört, wurden als Vertreter der altdeutschen Malerschule Tafeln von Dürer, Altdorfer und Lukas Cranach dem Älteren entsandt. Giorgione, Lorenzo Lotto, Carraci, Ricci, G. Tiepolo und Bernardo Bellotto sind die wichtigsten Zeugen der italienischen Schulen. Für Spanien stehen El Greco, Zurbaran, Velasquez und Goya, für die holländische und flämische Schule Rubens, Frans Hals, Pieter Jansz Saenredam und Aelbert Cuyp, und für die französische Malerei Delacroix, Charles Daubigny, Eugène Boudin, Courbet, Manet, Monet und Gauguin. Adolf Menzels „Missionsgottesdienst in der Buchenhalle bei Kösen" (1896) und das faszinierend in Brauntönen gemalte Porträt des Malers Pàl Szinyei Merseb von Wilhelm Leibl (1869) leiten über zu den Werken ungarischer Maler vom Beginn der nationalen Kunst um 1830 bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts.

Sechs Tafelbilder anonymer Meister des 15. Jahrhunderts gehören zu den im Westen fast unbekannten Leihgaben des 1957 zur Stärkung des Nationalbewußtseins gegründeten Nationalmuseums von Budapest. Die Gemälde des 19. Jahrhunderts fügen sich stilistisch in die europäische Tradition der Zeit ein, sind aber, wie z. B. „Oktoberwind" von Lázlo Paál oder die zauberhafte „Ungarische Puszta" von Károly Markó (1853), unverkennbar vom nationalen Temperament geprägt.

József Rippl-Rónai (1861–1927) ist zwar ein Mitglied der Nabis und Freund von Bonnard, Maillol und Vuillard, aber seine „Dame in weißgetupftem Kleid", zwischen Jugendstil und Postimpressionismus beheimatet, trägt eine ebenso persönliche Handschrift wie die zwischen Klassizismus und Naturerlebnis angesiedelten Bilder von Szinyei Merse oder Mihály Munkácsy. Merses „Bildnis einer Dame in Lila" von 1874 gehört zu den großen repräsentativen Porträts des 19. Jahrhunderts in der Nachfolge Gainsboroughs. Nirgends einzuordnen ist dagegen der extravagante Tivadar Csontváry Kosztka, der hier mit dem großformatigen Ölbild „Wallfahrt zu den Zedern des Lybanon" von 1907 vertreten ist.

Das Gros der Bestände des Budapester Museums Bildender Künste stammt aus dem Besitz der Krone und aus Kollektionen hoher Aristokraten und Geistlicher. Allein die Sammlung des Fürsten Esterhazy, die der ungarische Staat 1871 erwarb, enthielt 637 alte Meister. Die sieben El-Greco-Bilder hingegen, ein Stolz des Museums, wurden ihm zu Anfang des Jahrhunderts von dem Sohn eines Rabbiners, Marczell de Nemes, geschenkt, einen Sammler, Händler und Amateur-Maler, der seine Erwerbungen „korrigierte", wenn er es für nötig hielt. Aus Courbets „Trois Anglaises" zum Beispiel ließ er eines der jungen Mädchen, das ihm nicht gefallen wollte, verschwinden.

Ein stündlicher Schiffsdienst von der Seepromenade in Lugano zum Park der Thyssenvilla enthebt die Besucher der Favorita für zwei Franken aller Parknöte. (Bis 15. Okt.; Katalog, deutsch, französisch, italienisch, 25 000 Lire)

MONIKA von ZITZEWITZ

## KULTURNOTIZEN

**Die Stadt Yancheng** wurde 676 vor Christus angelegt. Das ergaben die Ausgrabungen dieser größten in China freigelegten Stadtanlage, die jetzt nach zehnjähriger Dauer abgeschlossen wurden.

**Zeitgenössische Kunst Wiens** wird im Pavillon de l'Orangerie in Straßburg vorgestellt.

**Claude Lelouch** erhielt für seinen Film „Partir, revenir" beim dritten Festival des romantischen Films in Cabourg den Preis für den besten Beitrag.

**Gemälde des Norwegers Victor Sparre** sind bis zum 28. Juli im Essener Folkwang-Museum zu sehen.

**Die „Theatertage für Frankophone"**, die in dieser Woche im Centre Pompidou stattfinden, wollen das Theater als Ausdrucksmittel der französischen Sprache dokumentieren.

**William Styron**, amerikanischer Schriftsteller, wurde mit dem Cino Del Duca-Preis 1985, der mit 65 000 Mark dotiert ist, ausgezeichnet.

**Pietro Tellini**, Drehbuchautor vieler Filme von Antonioni und Fellini, ist im Alter von 69 Jahren in Florenz gestorben.

## JOURNAL

### Das Musical „Cats" kommt nach Hamburg

**DW. Hamburg**

Das Erfolgsmusical „Cats" von Andrew Lloyd Webber, das in London, New York und Wien seit Jahren vor ausverkauften Häusern läuft, soll von März 1986 an im zur Zeit leerstehenden Hamburger Operettenhaus gespielt werden. Die neugegründete „Stella Theaterproduktions-GmbH" hat die Rechte an „Cats" exklusiv für die Bundesrepublik erworben. Wie ihr Geschäftsführer Friedrich Kurz mitteilte, wird das Musical von privaten Investoren finanziert werden und mit deutschen Schauspielern, jedoch unter der Kontrolle des Londoner Originalteams, produziert. Kurz rechnet mit einer mehrjährigen Laufzeit in Hamburg.

### Festival Europäischer Musik in Berlin

**dpa, Berlin**

Mehr als 550 Musiker, Solisten und Chorsänger aus neun Nationen werden anläßlich des Europäischen Jahres der Musik beim „Festival Europäischer Musik" erwartet, das vom 12. bis zum 19. Oktober im Berliner Congress Centrum stattfindet. An fünf Abenden sind u. a. das Orchester der Staatsphilharmonie Krakau unter Tadeus Strugala, das von Ed Spanjaard geleitete niederländische „Limburg Symphonie Orkest" sowie ein Chorensemble der amerikanischen Chopin-Society beteiligt.

### Textilkunst Biennale künftig in Krefeld

**DW. Krefeld**

Die Textilkunst Biennale der deutschsprachigen Länder soll künftig immer im Textilmuseum Krefeld stattfinden, wo bereits die 3. Biennale zu sehen war. Das hat der Veranstalter, die „Deutsche Grupee Textilkunst", beschlossen. Zugleich wird angestrebt, die Ausstellung anschließend auch noch an einem anderen Ausstellungsort zu zeigen. So steht für die nächste Biennale 1987 Osnabrück fest.

### Römische Statue aus dem dritten Jahrhundert

**DW. Rom**

Eine römische Frauenstatue ist bei archäologischen Ausgrabungen in der Nähe von Rom auf der alten Konsularstraße Tiburtina gefunden worden. Die wahrscheinlich aus dem dritten Jahrhundert nach Christus stammende, 1,90 Meter große Figur ist allem Anschein nach die Abbildung einer Priesterin. Obwohl die Statue – mit bedecktem Haupt und einem Musikinstrument – nur 40 Zentimeter unter der Erde lag, ist sie völlig unversehrt.

### Musik, Theater Ballett beim Aberdeen-Festival

**J. St. Aberdeen**

720 junge Künstler aus vierzehn Ländern erwartet die schottische Stadt Aberdeen zum „Aberdeen International Youth Festival". Am Eröffnungsprogramm am 31. Juli sind u. a. 105 Sänger aus Ahrensburg beteiligt. Am 3. August präsentiert dann das Ahrensburger Jugend-Sinfonieorchester zusammen mit dem Bela Bartok Universitätschor aus Ungarn einen Wiener Galaabend. Neben der Musik sind beim Festival auch Ballett und Theater vertreten. Die Mitwirkenden des Festivals, das seit 1967 alljährlich stattfindet, sind nicht älter als 25 Jahre.

### Fünfte Orgelakademie in Frankreich

**AFP, Paris**

Zum fünftenmal findet in diesem Jahr vom 30. Juni bis 6. Juli in der Region Ile de France rund um Paris die Internationale Orgelakademie statt. Teilnehmer kommen aus Österreich, Spanien, den Beneluxstaaten und Frankreich. Die Hauptkurse werden von den französischen Orgelvirtuosen Michel Chapuis, André Isoir und Louis Robilliard in drei verschiedenen Orten gegeben. Chapuis unterrichtet in Mitry-Mory alte französische Orgelwerke. Isoir gibt Kurse mit Werken von Bach in Notre Dame des Ardents in Lagny, Robilliard spielt in der Kathedrale von Meaux Werke der deutschen Romantik und der französischen Moderne.

### Das Filmfestival von Moskau

**AFP, Moskau**

Rund 500 Filme, darunter das neue Werk von Elem Klimow „Geh und sieh", sind bei den 14. Internationalen Filmfestspielen zu sehen, die vom 28. Juni bis 12. Juli in Moskau stattfinden. 104 Länder sind auf dem alle zwei Jahre veranstalteten Festival vertreten. Juryvorsitzender ist Sergej Gerassimow. Zum zweitenmal nimmt dieses Jahr auch China an den Moskauer Filmtagen teil. Mit Hommages werden die verstorbenen Regisseure François Truffaut und Grigori Kosinzow gewürdigt. Zu den Ehrengästen gehören die Schauspielerinnen Hanna Schygulla und Fanny Ardant sowie ihr Kollege Lino Ventura.

# Weltweiter Bombenalarm beunruhigt die Fliegerei

## Fachleute skeptisch über den Bericht des Augenzeugen

DW. Frankfurt

Auch zwei Tage nach dem Absturz der Boeing 747 der „Air India" reißen die Bombendrohungen nicht ab. Gestern nacht lag wegen eines blinden Alarms eine österreichische DC 9 in Rom fest. Bereits am Tag zuvor mußte ein japanisches Großraumflugzeug aus dem gleichen Grund in Akita notlanden. Gleichwohl haben die jüngsten blutigen Ereignisse, die Anschläge auf den Flughäfen Frankfurt und Tokio sowie der Jumbo-Absturz vor Irland, nach Beobachtung der deutschen Pauschalreiseveranstalter bei zahlreichen Gästen zwar Verunsicherung hervorgerufen, aber keine Stornierungswelle ausgelöst. Wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei den großen Veranstaltern ergab, wurden Buchungen in den letzten Tagen nur in Ausnahmefällen rückgängig gemacht. „Das hängt wohl damit zusammen, daß der Charterflugverkehr von den Ereignissen nicht betroffen war", meinte ein Sprecher von ITS in Köln.

Eine kurzzeitige „leicht höhere Stornoquote als normal" meldete allein der Branchenzweite NUR-Touristic in Frankfurt. Man erwarte eine Beruhigung aber noch in dieser Woche, sagte NUR-Chef Rolf Pagnia. Erfahrungsgemäß halte die Verunsicherung bei den Kunden nur wenige Tage an. Bei ITS, dem drittgrößten Reiseveranstalter, äußerten lediglich „zwei Kunden" den Wunsch, von einem anderen Airport als dem Frankfurter abzufliegen.

Eine Delegation der internationalen Lufttransportvereinigung (Iata) wird heute in Athen mit einer Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen auf dem Athener Flugplatz beginnen. Das teilte der griechische Regierungssprecher Dimitris Maroudas gestern mit. Ministerpräsident Andreas Papandreou hat vor dem Parlament die Bereitschaft seiner Regierung unterstrichen, mit der IATA zusammenzuarbeiten und Schwächen im Sicherheitssystem zu beseitigen, falls sie festgestellt würden.

Eine Delegation des Bundesinnenministeriums hat in den letzten Tagen in Athen Gespräche über die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Flughafen geführt und nach Informationen von unterrichteter Seite die Zusage erhalten, daß die separaten Passagierkontrollen durch die Fluggesellschaften fortgesetzt werden dürfen. Diese separaten Kontrollen, die die Fluggesellschaften in Athen, teils durch ihr eigenes Personal, teils durch private Agenturen vornehmen lassen, sollten ursprünglich vom kommenden Monat an verboten werden.

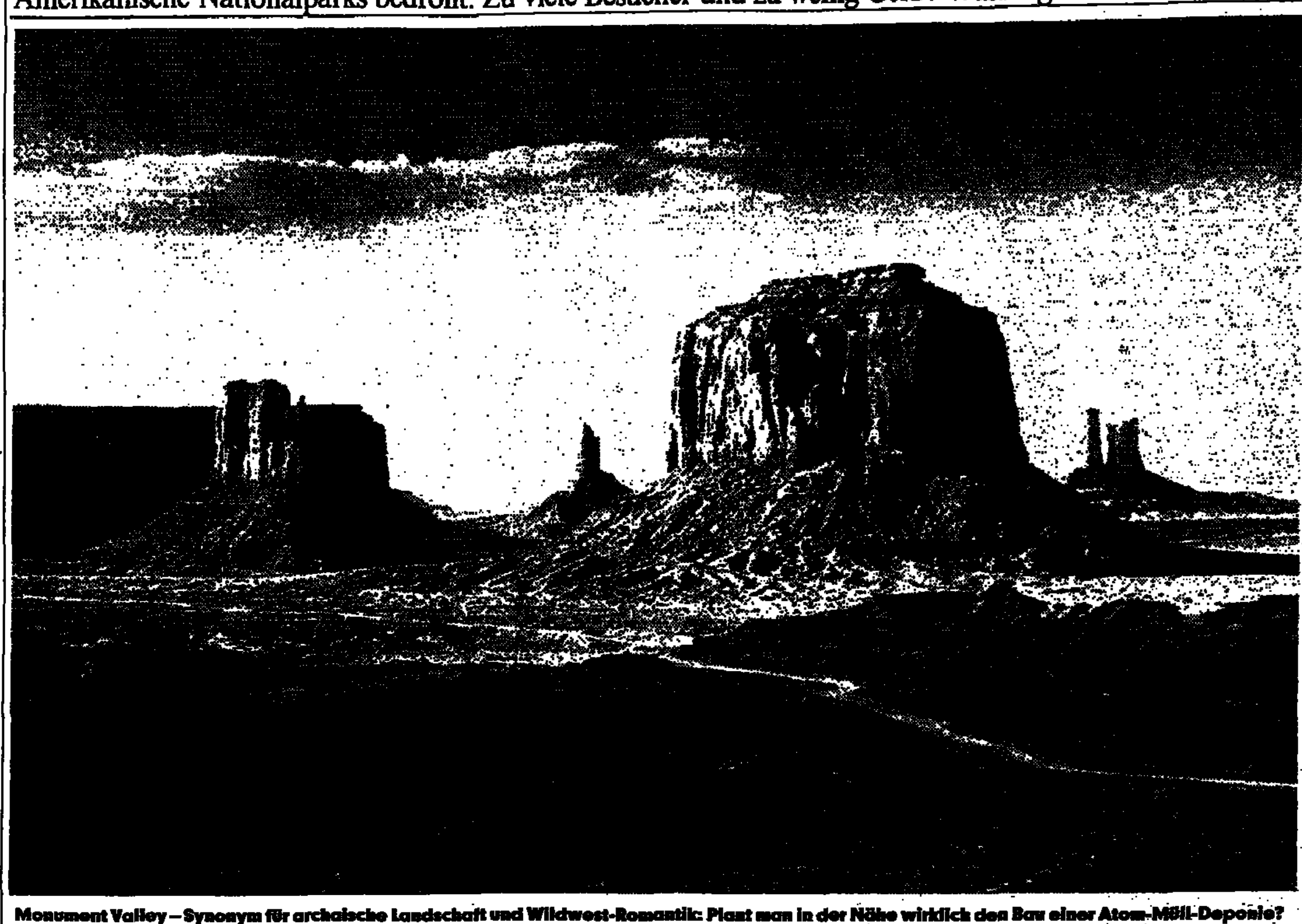
Zwei Tage nach dem vermutlich durch eine Bombe verursachten Absturz der indischen Boeing 747 vor der irischen Küste haben Hubschrauber und Flugzeuge der britischen und amerikanischen Luftwaffe die Suche nach Überlebenden eingestellt. Nur noch Schiffe suchen das Meer weiter nach Opfern und Wrackteilen ab. Damit dürften sämtliche 329 Passagiere, darunter 28 Amerikaner, und Besatzungsmitglieder für tot erklärt werden.

Der Einsatz der fliegenden Suchtruppen wurde eingestellt, nachdem im Laufe der vergangenen beiden Tagen nur noch eine einzige Leiche geborgen werden konnte. Insgesamt sind 131 Tote gefunden worden. Die übrigen Menschen, die sich an Bord befanden, sind zusammen mit der Maschine im Meer begraben.

Die Suche draußen auf See konzentriert sich auf die sogenannte schwarze Box, von der sich Experten Aufschlüsse über die Ursache der Katastrophe erhoffen. Inzwischen reagieren Experten skeptisch auf die detaillierten Zeugenaussagen eines panamaischen Kapitäns, der die Explosion aus acht Seemeilen Entfernung gesehen haben will. Kann man aus dieser Entfernung erkennen, daß die Explosion im Heck der Maschine stattfand? fragen sich Fachleute. Weitere Hinweise erwarten die Behörden von den Ergebnisse der Pathologen. Ein Team von sieben Ärzten untersucht seit gestern die 131 Opfer. Mit Resultaten wird jedoch nicht vor morgen gerechnet.

Für die Versicherungsgesellschaften weitete sich der Absturz zu einer der teuersten Luftfahrt-Schadensfälle aus. Der „Air-India-Jumbo" war, wie jetzt am Londoner Assekuranzmarkt durchsickerte, mit 85 Millionen US-Dollar (umgerechnet 263,5 Millionen Mark) versichert. An erster Stelle werde die staatliche indische „General Insurance Corporation of India", die die „Air India"-Risiken zu hundert Prozent gezeichnet hat, für den Schaden aufkommen müssen.

## Amerikanische Nationalparks bedroht: Zu viele Besucher und zu wenig Geld / Washington kürzt das Budget



Monument Valley – Synonym für archaische Landschaft und Wildwest-Romantik: Plant man in der Nähe wirklich den Bau einer Atom-Müll-Deponie? FOTO: R. DIETRICH

### Nationalparks – Amerikas Superidee

Exakt 333 Gebiete machen das berühmten „National Park System" der Vereinigten Staaten aus. Dazu gehören die einmaligen Naturwunder Nordamerikas: Der Grand Canyon ebenso wie Monument Valley, der Bryce Canyon oder Death Valley, aber auch Land- und Küstenstriche, Naturerscheinungen wie Steinbrücken oder berühmte Schlachtfelder wie das von Gettysburg. Es umfaßt ferner Friedhöfe, historische Stätten, Geisterstädte und Denkmäler wie die Präsidentenfiguren am Mount Rushmore. Sogar die „Mall", Washingtons Prachtstraße, das Weiße Haus und die New Yorker Freiheitsstatue zählen zu den Schätzen.

Angefangen hat es mit dem Yellowstone Park, der 1872 als weltweit erster Nationalpark von der Washingtoner Regierung eingerichtet wurde. Die Amerikaner haben ihre Sehenswürdigkeiten stets so ernst genommen, daß sie sie von Anfang an zentral der Bundesregierung unterstellt haben – gesundes Mißtrauen gegen allzuviel Föderalismus?

Heute umfassen alle Parks eine Gesamtfläche von 125 900 Quadratkilometern. Das entspricht ziemlich genau der Hälfte der Bundesrepublik Deutschland, wie die Karte zeigt. Die Parks sind gerecht verteilt. Außer Delaware hat jeder Staat wenigstens eine geschützte Region. Von den 333 Gebieten sind 37 echte „Parks". 78 der geschützen Plätze sind mehr oder weniger „nur" Nationaldenkmäler wie die Freiheitsstatue vor Manhattan, weitere 63 offerieren geschichtsträchtige Orte, darunter nicht wenige Schlachtfelder. Das Gesamtbudget wird nach einem ausgeklügelten System aufgeteilt. Die jetzige Kürzung macht eine gerechte Verteilung nahezu unmöglich. C. W.

### „Geschenke Gottes" in Gefahr

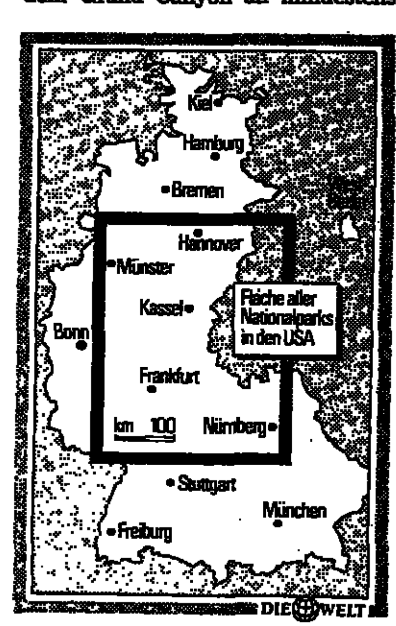
ERNST HAUBROCK, Washington

Für die meisten Besucher ist die Stätte wie ein Wallfahrtsort. Ergriffen von der überwältigenden Majestät und grandiosen Schönheit der Natur stehen sie am Rand des Abgrunds und können sich nicht sattsehen. Die Sonne malt eine Sinfonie in Farben auf die ragenden Wände, Kegel und Zinnen, leuchtet die Tiefe aus und treibt ihr verwirrendes Spiel mit Licht und Schatten: der Grand Canyon, der am meisten bewunderte Nationalpark der Vereinigten Staaten.

Doch dort, wo früher über der gewaltigen, in hundert Millionen Jahren vom Colorado River ausgewaschenen Schlucht nur der Ruf des Adlers und das Singen des Windes in den Föhren zu hören war, zerreißt heute das Stakkato von Hubschraubern die Stille, klicken Kameras unablässig, verpesten Auspuffgase eines endlosen Stroms von Touristenbussen die Luft. Um den Grand Canyon wie um viele der 333 geschützten Gebiete in den USA, von den tropischen Jungferninseln in der Karibik bis zu den Tundren Alaskas, steht es nicht gut.

Die „Geschenke Gottes", wie die Nationalparks und anderen Monumente auf den Schildern mit Verhaltensregeln an den Eingangstoren gern genannt werden, leiden seit einem Jahrzehnt immer deutlicher an Überbenutzung und Unterfinanzierung. Die fast 300 Millionen Besucher, die in der diesjährigen schon begonnenen Hauptreisezeit erwartet werden, sind zuviel. Und die 658 Millionen Dollar, die im gegenwärtigen Bundeshaushalt für das „National Park System" und damit für die Pflege der Parks zur Verfügung gestellt werden, sind zuwenig. Im Zuge der Bemühungen, das immer größer klaffende Haushaltsdefizit zu reduzieren, hat die Reagan-Administration die Parkmittel um rund 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr reduziert und sich damit, wie John Oakes, der frühere Chefredakteur der „New York Times", schreibt, an einem „amerikanischen Heiligtum vergriffen".

Die Ursache für den Niedergang liegt aber nicht nur in der falschen Sparsamkeit der Regierung. Selbst in jenen Parkgebieten, wo die Mittel reichen und der Besucherstrom durch Einführung einer Tagesquote und Sperrung reguliert wird, können von außen kommende Umweltschäden nicht aufgehalten werden. So läßt zum Beispiel der unentgiftete Abrauch von Kupferschmelzen und Kohlekraftwerken, die mehrere hundert Kilometer entfernt liegen, über dem Grand Canyon an mindestens hundert Tagen im Jahr einen Smog-Vorhang fallen, der den Blick völlig versperrt oder durch graue Schwaden trübt.




Bohrungen nach Erdgas und Thermaldampf in der Nachbarschaft des Yellowstone Nationalparks im Grenzdreieck der Staaten Montana, Wyoming und Idaho drohen berühmte Geyser wie „Old Faithful" versiegen zu lassen. Die Besiedlung, der Holzschlag und die Ausbeutung von Bodenschätzen in früher unberührten Wald-, Prärie- und Küstengebieten bedrohen rund 20 benachbarte Parks.

Die Verantwortung für einen Teil dieses Raubbaus in den letzten Jahren trägt James Watt, der als erster Innenminister der Reagan-Regierung Schürf- und Nutzungsrechte auf eine Weise vergab, daß er schließlich unter dem Druck des öffentlichen Protestes für den Präsidenten zu einer zu schweren Bürde wurde und seinen Abschied nehmen mußte. Das Innenministerium ist laut Verfassung verpflichtet, die Natur des Landes zu schützen und zu pflegen. Mit Watt, der zuvor als Lobbyist die Interessen von Bergbau- und Ölkonglomeraten vertreten hatte, war der Bock zum Gärtner gemacht worden.

John Oakes listet in seinem Artikel ein Dutzend berühmter Parks auf, die schon schweren Schaden erlitten haben oder denen Gefahr droht wie „Canyon Lands" in Utah mit dem einmaligen „Monument Valley". Dort soll in unmittelbarer Nähe eine Atommüll-Deponie eingerichtet werden.

Leidenschaftlich appelliert Oakes an seine Leser, jene Politiker in Regierungspartei und Opposition zu unterstützen, die sich für den Schutz der Nationalparks einsetzen. Doch gegenwärtig scheint es so, als kämpften sie auf verlorenem Posten.

# LEUTE HEUTE

### Straß(en)-Fest

Roms prominente Bürger feiern jetzt ihre pompösen Sommerfeste. Den Auftakt zur Ballsaison bildete das „Straß-Fest" der Prinzessin **Beatrice von Bourbon** auf der Terrasse des „Eden Hotels" in Rom. Die mehreren hundert Gäste durften an der fröhlichen Feier nur teilnehmen, wenn sie Straßschmuck angelegt hatten oder straßbesetzte Kleider trugen. Selbst die Herren mußten sich wenigstens Straßnadeln an den Schlips oder ins Knopfloch stecken.

### Fest verankert

Bärendiebstahl wird im US-Bundesstaat New Hampshire geahndet. In Oregon ist die Jagd auf öffentlichen Friedhöfen verboten. Dies sind zwei Beispiele antiquierter Gesetze, die die amerikanische Rechtsanwältin **Susan Twarog** gesammelt und in einem Buch (Titel: „Rechtskuriosa – ein Kompendium") herausgegeben hat. Die seltsam anmutenden Statuten wurden niemals außer Kraft gesetzt, haben somit noch heute Gültigkeit.

### Festgenommen

Auf der Piazza Dante in Genua überfiel sie eine Frau und riß ihr die Kette vom Hals. Die Polizei ertappte die Diebin und nahm sie kurzerhand fest. Es handelte sich um die deutsche Komtesse **Federica Dietsch**. Sie ist der Genueser Polizei keine Unbekannte mehr, wurde sie doch bereits mehrmals wegen Einbruchs und Prostitution angezeigt.

### Festmarsch

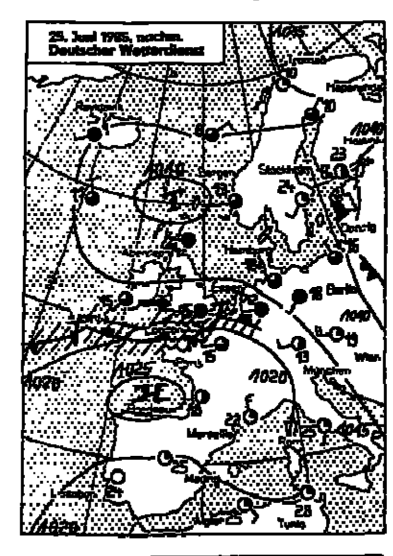
Auf seinem 1000 Kilometer langen Festmarsch bei Nulldiät von der Nordsee zu den Alpen hat der Fastenwanderer **Christoph Michl** (38) ge-



stern Nürnberg passiert. Heute geht er durch das Altmühltal. Seine körperliche Verfassung ist nach eigenen Angaben gut. Bisher habe er bei seinem Marsch etwa 14 Kilogramm Gewicht verloren. Er lebt noch bis Freitag nur von Wasser. Dann will er in Tegernsee sein Ziel erreicht haben.

# WETTER: Weiterhin kühl

**Wetterlage:** Deutschland bleibt im Zustrom frischer und wolkenreicher Atlantikluft von Westen her, wobei mitgeführte Regenfronten das Wetter weiterhin unbeständig gestalten.




**Vorhersage für Mittwoch:**

Im gesamten Bundesgebiet verbreitet Bewölkung. Zeitweise Regen oder Schauer. Höchsttemperaturen um 16, am Oberrhein bei 19 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 12 und 7 Grad. Mäßiger, in freien Lagen böiger Wind aus Südwest bis West. In den Alpen in 2000 Metern um plus 2 Grad.

**Weitere Aussichten:**

Wechselhaft. Weitere Schauerniederschläge. Für die Jahreszeit sehr kühl.

**Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 18° | Kairo | 31° |
| Bonn | 13° | Kopenh. | 14° |
| Dresden | 16° | Las Palmas | 24° |
| Essen | 12° | London | 15° |
| Frankfurt | 14° | Madrid | 25° |
| Hamburg | 18° | Mailand | 22° |
| List/Sylt | 14° | Mallorca | 27° |
| München | 13° | Moskau | 23° |
| Stuttgart | 15° | Nizza | 21° |
| Algier | 25° | Oslo | 20° |
| Amsterdam | 17° | Paris | 15° |
| Athen | 28° | Prag | 17° |
| Barcelona | 23° | Rom | 25° |
| Brüssel | 16° | Stockholm | 24° |
| Budapest | 20° | Tel Aviv | 26° |
| Bukarest | 21° | Tunis | 28° |
| Helsinki | 23° | Wien | 19° |
| Istanbul | 21° | Zürich | 17° |

**Sonnenaufgang*** **am Donnerstag:** 5.07 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 15.43 Uhr, Untergang: 1.52 Uhr
*in MEZ; zentraler Ort Kassel

# Italien: Krieg der Sender um Platz im Satelliten

KLAUS RÜHLE, Rom

In Italien ist ein Sternenkrieg zwischen dem staatlichen Fernsehen (RAI) und Silvio Berlusconi, dem Besitzer der drei privaten Fernsehnetze (Kanal 5, Italien 1 und Netz 4) ausgebrochen. Es geht um den Zugang zum ersten europäischen Fernsehsatelliten für Direktübertragungen. Der Tdf-1, wie er heißt, gehört dem französischen Staat. Eine Gesellschaft, bestehend aus dem amtlichen französischen Fernsehen, der Bertelsmann-Gruppe und Silvio Berlusconi, hat die Betriebsrechte gepachtet. Der Tdf-1 soll 1987 seine Tätigkeit aufnehmen.

Der italienische Großindustrielle, der praktisch das Monopol des privaten Fernsehens in Italien besitzt, hat damit die RAI überspielt und sich eine Scheibe der kommenden Satellitenprogramme gesichert. Angeblich half Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi ihm, indem er ihn durch ein persönliches Schreiben beim französischen Staatspräsidenten Mitterrand einführte. Berlusconi kann es nun bald verschmerzen, daß er, wie alle privaten europäischen Fernsehnetze, von den Eurovisionsprogrammen ausgeschlossen ist.

Die RAI macht alle erdenklichen Anstrengungen, um den Vorsprung Berlusconis aufzuholen. Sie versucht, doch noch in den Club des Tdf-1 zu kommen. Als Ausweichlösung bleibt ihr das Eigenprojekt des Satelliten „Olympus", der aber erst 1988 in Aktion treten kann. Die RAI vertraut darauf, daß Berlusconi nicht das nötige Geld von fast einer Milliarde Mark pro Jahr aufbringen wird, um die Satellitenprogramme zu finanzieren.

# „Totes" wiederbelebt

## Kosmonauten reparierten Raumstation „Saljut Sieben"

W. WILL, Houston/New York

Höchstes Lob zollen NASA-Wissenschaftler den beiden sowjetischen Kosmonauten Dschanibekow und Sawinyk, die es nach amerikanischer Einschätzung fertiggebracht haben, die schwer beschädigte Raumstation „Saljut Sieben" zu reparieren, und damit vor dem Verfall zu retten.

„Was die Sowjets und damit die sowjetische Raumfahrt geschafft haben, kann nur als großartige Leistung bewertet werden", erklärte dazu James Oberg, einer der besten Kenner und Analytiker der sowjetischen Raumfahrt in Houston. Nicht allein die an Bord vorgenommenen Reparaturen erscheinen bewundernswert. Auch die Tatsache, daß die beiden Kosmonauten überhaupt an der Raumstation anlegen konnten, wird in den US-Techniker-Kreisen als äußerst bemerkenswert beurteilt, denn „Saljut Sieben" wird als „totes Gerät" bezeichnet, das über keinerlei einsatzbereite elektrische Quellen mehr verfügte. Nach Erkenntnissen der amerikanischen Weltraumaufklärung waren alle elektrischen Systeme an Bord der sowjetischen Raumstation bereits vor über einem halben Jahr ausgefallen.

„Saljut Sieben" war im Oktober vergangenen Jahres letztmalig von Kosmonauten besucht worden. Im März diesen Jahres gab es dann seitens der Sowjets eine offizielle Erklärung, der entnommen werden konnte, daß die Raumstation ihre Aufgabe erfüllt habe und ein Nachfolgemodell zu erwarten sei.

Unter diesen Umständen überraschte der Start der beiden Kosmonauten Anfang Juni. Sie „betraten absolutes Neuland", meint ein NASA-Techniker in Huntsville und er erläutert: „Wir wissen inzwischen mit absoluter Sicherheit, daß die Raumstation ‚tot' war – als Folge eines massiven elektrischen Kurzschlusses. Kein Gerät an Bord funktionierte mehr, weder Radar noch elektronische Rendezvous-Hilfen. Trotzdem bewerkstelligten die beiden Kosmonauten das Rendezvous, trotzdem konnten sie an der Raumstation anlegen und sie betreten. Das ist schon eine fantastische Leistung."

Der US-Weltraumaufklärung zufolge dauerten Anflug und Rendezvous über 50 Stunden, während dafür normalerweise lediglich 20 bis 25 Stunden benötigt werden. Nachdem die beiden sowjetischen Raumfahrer am 8. Juni „Saljut" entern konnten, reparierten sie die Raumstation binnen weniger Tage. Den Beweis, daß „Saljut Sieben" wieder voll einsatzbereit ist, erbrachte – so die US-Analyse – die unbemannte, vollautomatische Versorgungskapsel „Progress 24": Sie machte am vergangenen Sonntag an „Saljut" fest und hatte Treibstoff und Versorgungsgüter für die Kosmonauten an Bord. Das automatische Anlegen von „Progress" war nach US-Einschätzung nur möglich, weil alle „Saljut"-Systeme wieder voll einsatzbereit waren.

Wie lange die beiden Kosmonauten nun an Bord bleiben und wie lange „Saljut Sieben" überhaupt noch benutzt wird, bleibt abzuwarten. „Mit der Reparatur dieser scheinbar hoffnungslos ‚zerstörten' und hilflos durch den Raum torkelnden Raumstation haben die Sowjets große Flexibilität und außergewöhnliche Kompetenz bewiesen", meinte James Oberg in Houston.

# *Zu Unrecht steht der Vollmond im Verdacht*

AFP, New York

„Vollmond-Verbrechen" sind für die amerikanischen Psychologen James Rotton und Ivan Kelly bislang nicht nachweisbar. Die beiden Wissenschaftler werteten 37 Studien aus, in denen ein Zusammenhang zwischen Vollmond und Verbrechen oder ungewöhnlichem Verhalten von Menschen konstatiert wurde. In ihrer jetzt in der jüngsten Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift „Psychology Today" veröffentlichten Untersuchung kommen die beiden zu dem Schluß, nichts lasse darauf schließen, daß der Vollmond eine Anhebung der Kriminalitätsrate nach sich ziehe. Dies sei vielmehr ein „hartnäckiger Aberglaube".

Rotton und Kelly führten als Begründung für ihre These an, die zu diesem Thema gemachten Studien seien „wissenschaftlich nicht einwandfrei" und „heben sich gegenseitig auf". Die am stärksten für eine Vollmond-Theorie gesprochen hatten, schienen wissenschaftlich gesehen die wertlosesten zu sein. Als Paradebeispiel führten sie eine Untersuchung über die Häufigkeit von Verkehrsunfällen an, die im Bundesstaat Colorado erstellt wurde. Die Autoren hatten erklärt, in Vollmondnächten würden mehr Autounfälle registriert als sonst. Bei der Überprüfung stellten Rotton und Kelly jetzt fest, daß in dem untersuchten Zeitraum die Mehrzahl der Vollmondperioden auf Wochenenden fielen, an denen gewohnheitsgemäß nachts stärkerer Verkehr herrscht. Die Theorie des „Bei Vollmond Mord" ist Rotton und Kelly zufolge höchstens für Horror-Filme gut.

# Regen, Regen Regen und das Obst schimmelt

dpa, Hamburg

Wann wird es endlich Sommer? Das fragen sich derzeit viele Deutsche. Am Donnerstag ist Siebenschläfer und noch immer ist das Wetter schlecht. Gestern war es weitgehend zu kühl für die Jahreszeit und vielerorts naß. Für heute ist keine Besserung angesagt. Und morgen? Eine alte Bauernregel sagt, wenn es am Siebenschläfer-Tag regnet, regnet es sieben Wochen lang. Ursache des Wetters sind Ausläufer eines Tiefdruckgebietes über Schottland. Nur einzelne Zwischenhochs sorgen zwischendurch dafür, daß die Sonne hinter den Wolken hervorlugt. Die Temperaturen erreichen kaum 18 Grad. Der verregnete Frühling und der feuchte Sommeranfang haben in der Landwirtschaft und im Gartenbau zu ersten Schäden geführt. Erdbeeren und Kirschen werden wegen der Feuchtigkeit zunehmend von der Schimmelfäule befallen, so daß die Obstbauern mit Ertragseinbußen rechnen müssen. Auch bei der Heuernte drohen beträchtliche Qualitätsverluste.

### Hungertod droht

AP, Washington

Tausende Menschen in Westsudan sind nach Angaben der amerikanischen Hilfsorganisation AID vom Hungertod bedroht, weil in sudanesischen Häfen lagernde Lebensmittelhilfen nicht in die Dürregebiete transportiert werden. Die sudanesische Eisenbahn besitze die notwendige Transportkapazität sagte ein AID-Vertreter am Montag in Washington.

### Staus auf Brennerautobahn

dpa, München

An den Ferien-Wochenenden von Mitte Juli bis Mitte August wird es für Autofahrer auf der italienischen Brennerautobahn voraussichtlich eng werden. Ursache sind nach ADAC-Informationen von gestern Baustellen im Brenner-Tunnel sowie auf der Strecke zwischen Gossensaß und Sterzing.

### Sechs Jahre fremdes Herz

AP, London

Der 58 Jahre alte Keith Castle, der Brite, der am längsten mit einem eingepflanzten Herzen gelebt hat, ist am Montag abend in London aus ungeklärten Gründen gestorben. Es ist lediglich bekannt, daß er sich in diesem Jahr einer Beinartherien-Bypass-Operation unterzogen hatte.

### Teuerster Tunnel

SAD, Paris

Der bisher teuerste Autobahntunnel Frankreichs soll demnächst im Norden von Paris eingeweiht werden. Der 400 Meter lange Tunnel unter der Marne soll die Ringautobahn zwischen der Nordautobahn von Roissy und der Südautobahn von Orly verbinden. Die Gesamtkosten des Autobahntunnels betragen 400 Millionen Franc (133 Millionen Mark). Voraussichtlich wird er im kommenden Jahr für den Verkehr freigegeben.

### Unterhaltsverzicht

dpa, Karlsruhe

Es ist nicht sittenwidrig, wenn eine Frau im Rahmen eines Ehevertrages im Fall einer Scheidung auf den Unterhalt verzichtet. Nach einem Urteil des IVb-Familiensenats des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) gestern ist dies auch dann der Fall, wenn sich später eine Unterhaltsbedürftigkeit wegen der Betreuung eines Kindes ergeben kann. (Az.: IVb ZR 22/84 vom 24. April 1985)

### Schweizer Arzt log

SAD, Paris

Als Lügner ist der vermeintliche Schweizer Arzt entlarvt worden, dem in Paris angeblich sein Mercedes 250 mit zwei Koffern mit „Aids"-Kulturen gestohlen waren. Wegen falscher Anzeige und Betrug wurde der „Arzt" gestern in Paris in Polizeigewahrsam genommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der 40jährige Raymond Rivat muß auch mit einer Anzeige wegen falscher Titelführung rechnen, da er sich als „Prinz von Sachsen" ausgab.



### ZU GUTER LETZT

*„Das Schreien des menschlichen Säuglings übt auf die soziale Umwelt nachhaltige Wirkungen aus, denen sich niemand ohne weiteres zu entziehen vermag und die nur durch erfolgreiches Beruhigen des Kindes zu beheben sind." Aus einem Artikel über die Verhaltensbiologie des Kindes im Juniheft der Fachzeitschrift Sozialpädiatrie.*

